

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die schlagzeilige Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Besondere Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inseerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 10. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Bauernbetrug.

Die Zollvorlage ist nicht nur nach der Art ihres Zustandes ein Werk der Gewalt, des Rechtsbruchs, des Betruges und des Diebstahls, sie ist schon in ihrer Entstehung von Anfang an nichts als ein Täuschungsversuch größten Stils, der dann durch die Praktiken der Zollmehrheit zur Vollendung gedieh. Auf bloße Behauptungen hin wurden die Agrarzölle aufgestellt, Beweise gab es nicht, wie man jede landwirtschaftliche Enquete verweigerte. Man wußte wohl, daß an einer ernsthaften statistischen Erhellung der ganze Plan zu Grunde gehen mußte; weil jedermann sofort erkannt hätte, daß die Agrarzölle, die angeblich um der „Bauern“ willen geschaffen und erhöht wurden, in Wirklichkeit nicht nur die Massen des Industrieproletariats, sondern vor allem auch die landwirtschaftliche Bevölkerung in schamloser Weise ausbeuteten, um jener Ostelber willen, die noch immer den Anspruch erheben, daß das ganze Volk ihnen Frondienste leisten mußte.

Der Zolltarif ist der ungeheuerlichste Bauernbetrug, der erfunden werden kann, und nur der Umstand rettet die Junker vorläufig vor einem politischen Bauernkrieg, daß die Landproletarier noch zu wenig aufgeklärt sind, um ihre eignen Interessen richtig zu verstehen und ihr Schicksal energisch in die Hand zu nehmen.

Man weiß längst, daß das Gerede von den Getreidezöllen, die den Bauern helfen sollen, eitel Schwindel sei. Der Schaden aber, den die Bauern durch die Getreidezölle erleiden, ist bisher immer noch zu niedrig eingeschätzt worden. Eine soeben erschienene Schrift weist nun der Lüge für immer den Kehraus, sie entlarvt die freche Bauernfeindschaft der Zollpolitik der Junker und der ihnen hörigen Regierung, und ihre unwiderleglichen Ergebnisse wirken geradezu verblüffend, obwohl man das, was sie beweisen, längst wußte.

Von berufender Seite, aus der Feder des Regierungsassessors Dr. Hecht beim Statistischen Landesamt in Karlsruhe, ist eine Monographie über die badische Landwirtschaft erschienen, die u. a. die Ergebnisse einer im gegenwärtigen Zeitpunkt hochbedeutenden statistischen Untersuchung über die Frage anstellt, welches Interesse die badische Bauernbevölkerung an den Getreidezöllen hat. Dr. Hecht kommt dabei zu den folgenden Ergebnissen: Unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung des badischen Landes haben an den Getreidezöllen

kein Interesse (weil den Bedarf an Getreide selbst deckend)	14,6 Proz. aller Familien
ein geringes Interesse (da der Verkauf von Getreide unter 20 Centner bleibt)	7,0 „ „
ein mäßiges Interesse (da der Verkauf 20—100 Centner beträgt)	6,2 „ „
ein erhebliches Interesse (da der Verkauf 100 Centner übersteigt)	0,8 „ „
gegenteiliges Interesse (weil sie keine oder nicht genügend Broterträge bauen)	70,7 „ „

Es handelt sich, wohl gemerkt, in diesen Zahlen bloß um die bäuerliche Bevölkerung des Landes, während die in Industrie und Handel thätige, die natürlich erst recht kein Interesse an Getreidezöllen hat, sowie auch alle übrigen Berufsständchen in die Untersuchung nicht mit eingeschlossen sind. Also selbst wenn man die letzteren alle aus dem Rahmen der statistischen Erhebung ausschließt, ergibt sich noch die überraschend hohe Ziffer von 70,7 Proz. der reinbäuerlichen Bevölkerung, die durch die erhöhten Getreidezölle direkt geschädigt werden, während weitere 14,6 Proz. zum mindesten kein Interesse an jenen haben. Den nicht weniger als 85,3 durch die Getreidezölle benachteiligten oder doch zum mindesten nicht begünstigten Bauernfamilien des Landes stehen nur 14,7 Proz. gegenüber, die ein Interesse an den Zöllen haben, und selbst unter diesen wieder hat mehr wie die Hälfte von denselben nur mäßige Vorteile zu erwarten. Etwa ein halbes Prozent der landwirtschaftlichen Familien sind die Ausbeuter der Zölle.

Nun bildet die Landwirtschaft treibende Bevölkerung aber nur einen Bruchteil der Gesamtbevölkerung des badischen Landes. Nach den amtlichen Ergebnissen der letzten Berufszählung vom 14. Juni 1895 ernährten sich von den insgesamt 1 719 238 Einwohnern des Landes 729 187 oder rund 42 Prozent von Landwirtschaft (worum Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei mit inbegriffen sind), während 769 265 Personen, d. i. etwa 44 Prozent, in Industrie und Handel, der Rest mit 220 786 Köpfen in den übrigen Berufsarten (Militär, Hof, kirchliche Dienste, sogen. freie Berufe) thätig oder ohne Beruf waren. Die zusammen 1 090 051 nicht von Landwirtschaft lebenden Per-

sonen haben natürlich von vornherein kein Interesse an Getreidezöllen, werden durch sie vielmehr, da sie das Mehl und Brot verkaufen, nur geschädigt. Zu ihnen kommen nun aber als Leidensgenossen noch die oben erwähnten 70,7 Proz. der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die ebenfalls Mehl und Brot kaufen müssen, weil sie nicht genügend Broterträge bauen. Von den insgesamt 729 187 bäuerlichen Bewohnern des Landes sind dies 510 565; als Gesamtzahl aller derjenigen, die im Großherzogtum an den Getreidezöllen nicht nur kein Interesse haben, sondern durch sie direkt geschädigt werden, ergibt sich demnach die relativ ungeheure Zahl von 1 600 616 Personen, denen nur 118 622 gegenüberstehen, die an den Zöllen (und auch diese, wie gezeigt, zum weitaus größten Teile nur sehr mäßig) interessiert sind.

Volle 93 von je 100 Bewohnern des badischen Landes haben von den Getreidezöllen nicht nur keinen Vorteil, sondern direkten materiellen Schaden, und nur die restlichen 7 unter 100 sind an den Zöllen auf Getreide interessiert.

Zu beachten ist noch, daß in Baden der Bauernstand von eigenem Besitz (2—20 Hektar) verhältnismäßig stark verbreitet ist. 44,5 Proz. fällt auf diese Kleinbauern, während in Ostpreußen nur 30,1 Proz. hierzu rechnen. Die Parzellenbauern (bis 2 Hektar) machen in Baden nur 54,2 Proz., dagegen in Ostpreußen 57,1, in Westpreußen 60,3, in Westfalen 71,6 Proz. aus. Das ist der Zahl der Betriebe nach. Noch mehr tritt die Vorherrschaft des Kleinbäuerlichen Besitzes von 2—20 Hektar in die Erscheinung, wenn man die landwirtschaftlich benutzte Fläche vergleicht, von der in Baden 71,1 auf diese Klasse kommt, in Ostpreußen nur 18,8 Proz. Baden ist ein typisches Land des Kleinbauernums, dessen landwirtschaftliche Bevölkerung mit 41,3 Proz. der Gesamtbevölkerung es außerdem zu dem hervorragendsten Agrarstaat Deutschlands macht. In Preußen beträgt der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur 34,8 Proz., in Sachsen gar 13,8 Proz.

Diese für die Verteidiger des Brotvuchers geradezu vernichtenden Ergebnisse der Hechterschen Untersuchung kommen gerade noch zur rechten Zeit, um im bevorstehenden Reichstags-Wahlkampf den Gegnern des agrarischen Ueberzöllnerums als schneidigste Waffe zu dienen, an deren Schärfe auch die geriebenste Lügenkunst der Brotvucherer zu scheitern werden muß.

Die Freisinnige Zolllüge.

Durch Streitigkeiten über die Anwendung der Geschäftsordnung, durch Fäufung von Änderungsanträgen und durch Dauerreden, mehrfach über 2 Stunden hinaus, wurde, behauptet Eugen Richter A B C, seitens der Socialdemokratie schon in der Tarifkommission Obstruktion getrieben. Da ist es pathologisch und politisch interessant, sich in Erinnerung zu rufen, wie die „Freisinnige Zeitung“, begründet durch Eugen Richter, bis zu der Zeit über die Zolltarif-Vorlage und die angebliche Obstruktion dachte, wo eine Vertagung des Reichstages über den Sommer 1902 hinaus noch unentschieden war.

Man erkennt in dem Verhalten der Freisinnigen Volkspartei deutlich zwei verschiedene Phasen gegenüber der Zolltarif-Vorlage. Zuerst Bekämpfung der Tarifvorlage von etwa denselben Gesichtspunkten ausgehend wie die Socialdemokratie:

1. In der Vorlage, und nicht in den Ueberforderungen der agrarischen Schreier liegt die Gefahr; denn darin, zu nehmen was sie kriegen kann, unter dem Vorbehalt, demnachst noch mehr zu fordern, ist die Zollmehrheit stets einig gewesen.
 2. Eine sachliche Bekämpfung und Klarlegung der einzelnen Tarifpositionen ist von nöten.
 3. Alle geschäftsordnungsmäßig zulässigen Mittel müssen in Anwendung gebracht werden, um die Vorlage möglichst zu Fall zu bringen.
 4. Den Wahlkampf muß die Zollfrage beherrschen.
- Von der Zeit an, wo die Vertagung des Reichstages in sicherer Aussicht stand, wechselt allmählich die Taktik dahin:
1. Der Zolltarif muß vor der Wahl erledigt sein, damit bei der Wahl eine Unterstützung der Freisinnigen durch das Centrum und die Konservativen, möglichst in noch reichlicherem Maße wie bei der letzten Wahl, zu Stande kommen kann.
 2. Die Mehrheit hat das Recht, ihren Willen durchzusetzen.
 3. Deshalb ist es, auch wenn der Zolltarif für die Gesamtheit gemeingefährlich ist, nicht die Pflicht der Tariffeinde, Hindernisse für ein Zustandekommen des Tarifs zu errichten.

Die Verschiedenheit in dieser freisinnigen Taktik ist ja noch in aller Gedächtnis. Indes verlohnt es sich vielleicht der Mühe, den Eingang citierten Behauptungen des A B C einige Citate aus der „Freis. Ztg.“ anzuführen und dann die Frage zu erörtern: welches waren die im A B C gemeinten „Streitigkeiten über die Anwendung der Geschäftsordnung“?

I. Die Freisinnige Zolltätigkeit vor dem Verrat.

Aus dem Neujahrs-Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ vom 1. Januar 1902:

„Die Regierung will zunächst einen neuen Zolltarif haben und alsdann neue Handelsverträge zu Stande zu bringen. Auf dem Wege dahin können sich ihr Schwierigkeiten der verschiedensten Art entgegen. Der neue Zolltarif kann in die Brüche gehen, sowohl wegen der formellen Schwierigkeiten, eine solche Gesetzesvorlage in mehr als 1000 Abstimmungen ohne eine feste Mehrheit zum Abschluß zu bringen, als auch weil sich schließlich

von rechts und links eine Mehrheit zusammenballen kann, die aus entgegengelegten Gründen die Vorlage verwirft.“

„... Der Wahlkampf — mag er nun in dieses Jahr fallen oder erst in das Jahr 1903 — wird sich in erster Reihe um Zollfragen drehen.“

Aus Nr. 4 der „Freis. Ztg.“ vom 5. Januar 1902:
 „Man schlägt eben vor, um etwas zu erreichen“, mit diesem Worte soll nach der „Staatsbürger-Zeitung“ eine leitende Persönlichkeit im Rande der Landwirte die Politik des Bundes gegenüber dem Zolltarif-Entwurf gekennzeichnet haben. Dieses Eingeständnis ist aber eine Bekätigung des Urteils, das außerhalb der Bundeskreise längst allgemein über die bündlerische Taktik herrscht.“

In Nr. 19 der „Freis. Ztg.“ vom 23. Januar 1902 wird bestritten, daß die Kommissionsverhandlungen durch Schuld der Linken langsam vorwärts schreiten. Die Zolltarif-Novelle im Jahre 1885 habe sich nur auf 21 von 43 Rummern des Zolltarifs erstreckt und habe doch in der zweiten Beratung 28 Plenar-sitzungen erheischt, deren Verhandlungen 661 Druckseiten ausmachten. „Nicht irgend welcher Obstruktionsanfang der Socialdemokraten in der Kommission fällt für die Dauer der Beratungen ins Gewicht; die Verhandlungen werden nicht gestört durch Unzufriedenheit und werden ebensowenig aufgehalten durch namentliche Abstimmungen. Die „Kreuz-Zeitung“ redet ihren Freunden zu, möglichst wenig zu reden und unerbittlich Schluß zu machen. Aber gerade die Agrarier haben durch ihre Anträge zur Regierungsvorlage in betreff der Verzollung der Zuteile in der Kommissionsberatung am Montag eine lange Diskussion veranlaßt. Auch früher ist dies der Fall gewesen, und künftig, wenn erst die Frage der Mindestzölle und der weiteren Erhöhung der Getreidezölle zur Sprache kommt, wird dies noch mehr der Fall sein.“

Nummer 23 der „Freisinnigen Zeitung“ vom 20. Januar 1902 sagt:

Obstruktionsmus wirkt die „Kreuz-Zeitung“ der Zolltarif-Kommission vor und spricht von einer Wosstellung des Parlamentarismus. Wer hält denn jetzt in der Zolltarif-Kommission hauptsächlich einen solchen Fortgang der Beratungen auf? Es sind dies die schwerwiegenden Anträge, die gerade von den Freunden der Vorlage und der „Kreuz-Zeitung“ gestellt sind. Sie haben nur die völlige Umgestaltung des Retorsions-Paragraphe, die Anträge in Beziehung auf die gemischten Transilager, den Zolltarif und die Verwendung der Ueberzölle hervor. Weshalb ist es schon vorgekommen — und wird sich noch öfters ereignen — daß die Regierung sich in der Ablehnung fundamentaler Änderungen, wie sie von der rechten Seite beantragt worden, auf die Linke stützt, die systematischer Obstruktion verdächtigt wird.“

Nr. 24 der „Freisinnigen Zeitung“ vom 20. Januar 1902 schreibt:
 „In der Zolltarif-Kommission war das Bild völlig verändert. Während die Presse der Rechten über Verschleppung der Verhandlungen durch die Linke klagt, zieht die Rechte in der Kommission mit ihren schwerwiegenden Anträgen die Verhandlungen hin. Regierung und Linke bekämpfen gleichmäßig die den Zollkrieg vorbereitenden Anträge der Agrarier.“

In Nr. 27 der „Freisinnigen Zeitung“ vom 1. Februar 1902 heißt es im Leitartikel „Sobiel Arbeit um ein Reichentum“:
 „Nicht irgend welche Obstruktion von socialdemokratischer oder anderer Seite hemmt den Fortgang, sondern überhaupt der durch die ganze Vorlage nach allen Richtungen aufgekärte Widerstreit der Ansichten zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Gruppen in der Kommission untereinander und mit der Regierung.“

Nr. 30 vom 12. Februar 1902 besetzt, „in der Zolltarif-Kommission tritt das Eintreten der Agrarier immer deutlicher hervor.“

Nr. 39 vom 15. Februar 1902 betont bei Besprechung der Geschäftsordnungs-Debatte, die zur Niederlegung des Vorkisses seitens des Herrn von Nordhoff führte: „Gegen eine solche Ver-gewaltigung erhob die Linke mit Recht lebhaften Widerpruch.“

In Nr. 37 der „Freis. Ztg.“ vom 8. März 1902 wird betont, es sind alle gewissenhaften Abgeordneten, welche Richtungen sie auch vertreten, verpflichtet, diesen Tarif nicht in Busch und Bogen zu erledigen, sondern Nummer für Nummer eingehend zu beraten. In derselben Nummer stimmt die „Freisinnige“ der Behauptung der „Mündener Allg. Ztg.“ und der „Münchener Ztg.“ bei, daß der vorliegende Reichstag vergeblichen Versuche und dadurch nur Verzögerung herbeiführt.

In Nr. 64 der „Freis. Ztg.“ vom 18. März wird zum Beweis der Nichtigkeit der — stets von den Socialdemokraten verteidigten — Behauptung, daß die Wandler nur zum Schein übertriebene Forderungen stellen, eine Aeußerung des späteren Abgeordneten von Rautter citiert. Sie geht dahin, v. Wangenheim habe deshalb den Kompromißvertrag nicht unterschrieben, „damit desto besser gehandelt werden könne“.

Im Leitartikel der Nr. 63 vom 27. April 1902 heißt es:
 „Es ist also überall mindestens der Tarifsay der Regierungsvorlage angenommen worden. Um so Anerkennungswerter ist es, daß die linke Seite der Kommission trotzdem dem aushält und sich bei jeder Tarifposition bemächtigt, in sachlicher Weise die Gründe vorzubringen, welche stattdessen für eine Erhöhung, in den meisten Fällen für eine Zollermäßigung sprechen. Aber man predigt lauten Ohren. Agrarisch ist hier Trumpf.“

Am 6. Mai 1902 (Nr. 103) schreibt die „Freis. Ztg.“:
 „Erstaunlich rasch, so meint die „Kreuz-Ztg.“, schreitet die Arbeit der Zollkommission vor bei den industriellen Zöllen, weil die linke Seite es nicht mehr der Reihe wert erachtet, auch die nicht landwirtschaftlichen Zölle mit dem früher angeführten Nachdruck zu bekämpfen.“

II. Wie sieht es mit der im A B C aufgestellten Behauptung, die Socialdemokraten hätten durch „Streitigkeiten über die Anwendung der Geschäftsordnung“ unzulässige Obstruktion getrieben?

Die „Freisinnige Zeitung“ hat stets im Gegensatz zum A B C, der Wahrheit entsprechend, behauptet, die Socialdemokraten wären bei den Geschäftsordnungs-Debatten der Kommission im Recht gewesen. Koch am 25. Juni weist sie enttäuscht den Vortour der „Berliner Neuesten Nachrichten“ zurück, der Abg. Müller-Sagan habe

*) Die badische Landwirtschaft am Anfang des 20. Jahrhunderts. Karlsruhe, Verlag der „Karlsruher Zeitung“.

Obstruktion, weil er sich gegen die willkürliche Art des Vor-
sitzenden Rittich in der Kommission auflehnte.

Ein Blick auf die Geschäftsordnungs-Streitigkeiten zeigt
klar, daß die Socialdemokraten hierbei fast durchweg zum
Scheitern und unter Willkür der freisinnigen
auftraten. Wir stellen nachfolgend die wichtigsten Streitigkeiten
in zeitlicher Folge zusammen:

1. Der erste Geschäftsordnungs-Streit fiel in der dritten Sitzung
der Kommission vor. v. Kardorff brachte nämlich einen Entsch.
antrag bei Beratung des Artikelparagraphe ein, bevor der Abgeordnete
Rittich (fr.) seine Resolution begründet hatte. Die Social-
demokraten protestierten hiergegen, brachten einen neuen Artikel-
paragraphe ein und verlangten, daß ihnen und dem Resolutionen-
entwerfer das Wort erteilt werde. Die Mehrheit, nämlich
auch Abg. v. Kardorff, stimmte den Socialdemokraten zu.
Dem Abg. Rittich wird es dadurch ermöglicht, seine Reso-
lution zu begründen.

2. Ein zweiter, folgenreicherer Zusammenstoß erfolgte in der
Sitzung vom 14. Februar. v. Kardorff wollte einen Antrag Müller-
Kulda: „die Beratung über den Antrag Gothein auf Vornahme von
Enquêtes bis nach der zweiten Lesung aussetzen“, ohne das
Wort zur Geschäftsordnung zu erteilen, zur Abstimmung bringen.
Die gesamte Linke protestierte energisch. Der Antrag wurde
gegen 4 oder 5 Stimmen abgelehnt. Kardorff legte den
Vorschlag nieder. Das Urteil der „Freis. Ztg.“ über diese
„Streitigkeit“ findet sich bereits oben in dem Abdruck aus Nr. 39
der „Freisinnigen Zeitung“.

3. In der 24. Sitzung beschwerten sich die Socialdemokraten
darüber, daß der Berichterstatter v. Wangerheim Petitionen mit
3431 748 Unterschriften gegen Getreidezölle nicht einmal erwähnt
habe. Der Vorsitzende Rittich und v. Wangerheim wiesen von
solchen Petitionen nichts. Es wird festgestellt, daß die Petitionen
seit Monaten auf Seite 7 des ersten Petitionsverzeichnis erwähnt
sind. v. Wangerheim entschuldigt sich wegen des „Verlebens“.

4. In der nächsten Sitzung, am 20. Februar, will der Vorsitzende
dem zuerst zum Wort gemeldeten Abg. Müller-Weinungen —
freisinnig — das Wort nicht erteilen, vielmehr dem Abg. Graf
Schwerin-Löwitz. Die Socialdemokraten protestieren hiergegen,
desgleichen die Freisinnigen, Centrumsmitglieder und
Nationalliberalen. Müller-Weinungen erhält das Wort. Er hält
eine etwa zwölfwändige Rede, bricht ab, als das Plenum
beginnt und die Mehrheit trotz des Beginns der Plenarsitzung nicht
schließen will.

5. In der Sitzung vom 21. Februar verlangen die Freisinnigen
und die Socialdemokraten, nicht gegen den Präsidenten des Hauses
und gegen die Plenarverhandlungen Obstruktion zu treiben, sondern
mit Beginn der Plenarverhandlungen zu schließen. In derselben
Sitzung protestieren die Freisinnigen und die Social-
demokraten gegen das Verlangen, eine Erklärung des Herrn von
Wangerheim zu Protokoll zu nehmen. Die Mehrheit schließt
sich ihnen an.

6. In der Sitzung vom 25. Februar protestieren die Social-
demokraten mit Erfolg gegen das Verlangen des Vorsitzenden Rittich,
der freisinnige Abgeordnete Bräsidle solle nicht auf die Ver-
hältnisse Döpreukens eingehen.

7. In der folgenden Sitzung protestieren die Socialdemokraten
gegen völlig ungenügende Berichterstattung v. Wangerheims über
Petitionen zu Reis und zu Datt. Die Freisinnigen schließen
sich dem Protest an. v. Wangerheim legt sein Bericht-
erstattungsamt nieder, an seine Stelle tritt Gothein.

8. In der Sitzung am 4. März wenden sich die Socialdemo-
kraten gegen die Geschäftsführung des Abg. Rittich, der dem Abg.
Gothein (Antragsteller) das Wort nicht erteilen will, weil v. Wanger-
heim ihm dies verbietet. Die Freisinnigen Abg. Müller-
Weinungen und Müller-Sagan schließen sich dem
Protest an. Müller-Sagan meint, Rittich degradieren sich
zum Lausungen der Kommission. Der social-
demokratische Antrag, Gothein das Wort zu erteilen,
wird mit vierzehn gegen neun Stimmen an-
genommen.

9. Die nächste Sitzung (6. März) führt abermals zu Zusammen-
stößen gegen Rittichs Leitung. Schließlich kommt ein Geschäfts-
ordnungs-Abkommen zu stande, durch welches es den Social-
demokraten möglich würde, das Wort zu erhalten (freilich oft
über eine große Reihe zur Diskussion zusammengezogener Positionen),
wenn sie einen Antrag gestellt hätten, während die „Freisinnige
Zeitung“ noch am 8. März die Ansicht vertrat, jeder gewissen-
hafte Abgeordnete sei verpflichtet, Nummer für Nummer ein-
gehend zu beraten. Von diesem Geschäftsordnungs-Abkommen ab-
sahen seltener Streitigkeiten vor.

10. In der Sitzung vom 7. März protestiert der freisinnige
Abgeordnete Müller-Sagan gegen eine an den Abg.
Freze gerichtete Bitte des Vorsitzenden, sich kurz zu fassen.

11. Am 12. März verlangen Stadthagen und Müller-Sagan,
daß dem Staatssekretär v. Richterhofen, dem Rittich das Wort ver-
weigert, das Wort, der Verfassung entsprechend, erteilt werde. Ihr
Verlangen wird erfüllt. Die „Freis. Ztg.“ sagt: „Die Unschick-
lichkeit des Vorsitzenden der Zolltarif-Kommission liegt vor aller Welt
klar zu Tage.“

12. Am 10. April will Rittich den Abg. Gradnauer daran
hindern, zur Begründung der Zollfreiheit von Rugholz von Wess-
baum sich auf eine Stelle aus der allgemeinen Begründung
der Vorlage zu beziehen. Rittich wird dahin belehrt, daß er
weder die Begründung der Vorlage, noch die Position selbst
verstehen habe. Er sieht das ein und giebt nach.

13. Am 11. April wird verlangt, daß die Abgg. Gerold, Wanger-
heim und Schwerin sich nicht so laut unterhalten, daß Bedel nicht
verstanden werden könne. Rittich verbietet sich eine Kritik seiner
Unfähigkeit. Die Minderer geben dem Verlangen nach Ruhe nach.

14. In der Sitzung vom 22. April wird von socialdemokratischer
Seite gegen den Versuch Rittichs protestiert, den freisinnigen
Abg. Rittich zu hindern, die Mißverfälschungs-Verordnung zu be-
sprechen.

15. In der Sitzung vom 23. September legen die Social-
demokraten und die freisinnigen Abgeordneten Müller-
Sagan und Pachnide dagegen Verwahrung ein, daß diesen
beiden Abgeordneten das Wort abgeschnitten wurde.

Die Wandlung in der Betrachtung der Dinge
sah in der „Freis. Ztg.“ etwa seit dem Beginn des Juni
statt. Am 8. Juni wird „aus auswärtigen Blättern“ — gemeint ist
die „Königsberger Hartungsche Zeitung“ — ein Artikel „Höllen-
qualen im Tarifansatz“ wiedergegeben. In dem Artikel wird über
die Reden von Socialdemokraten lamentiert. Der Artikel stammt
von dem Abgeordneten Müller-Sagan. Dieser Abgeordnete über-
nahm von jener Zeit an die freisinnige Führung in der Kom-
mission, bediente eine Zeitungs-korrespondenz mit Berichten über die
Arbeiten der Zolltarif-Kommission und schrieb für eine Reihe frei-
sinniger Blätter und die „Freis. Ztg.“. Diese Artikel, insbesondere
die Wochenberichte der „Freis. Ztg.“, werfen den Socialdemokraten
vor, nutzlose Anträge einzubringen, versuchen die Sachlage so dar-
zustellen, als lehne die Regierung die Vorschläge der Kommission
sicher ab und als ob die Heberzöllner-Forderungen ernst zu
nehmen seien. Gegen Schluß der Kommissionsberatungen wird
dem lebhaft der den Zolltarifern erwünschte Vorschlag beifolgt,
nicht mit dem Tarif, sondern mit dem Tarifgesetz im Plenum zu
beginnen.

Der Abgeordnete Müller-Sagan begann vom Juni an die
Ansiht zu vertreten, die Socialdemokraten hätten nur das Recht,
solche Anträge zu stellen, die Gnade vor den Augen der Mehrheit
finden würden. Häufigerer Umgang mit Mitgliedern der Mehrheit
brachte ihn, je notwendiger schuzollparteiliche Beihilfe für seine
Partei ihm schien, immer mehr zu der später auch von Richter im
Parlament vertretenen Ansicht, die Minderheit habe kein Recht, über
die Grenzen hinaus zu opponieren oder zu obstruieren, die die
Mehrheit billige.

So die Thatsachen. Durch ihren Dukt bricht der gauerisch zu-
sammengetrogene Rügenbau der freisinnigen Volkspartei“ elendiglich

zusammen. Der freisinnige Versuch, die Socialdemokratie einer
tribalen Taktik zu bezichtigen, erweist sich als bewährter Schwindel,
da nicht angenommen werden kann, daß die Herrin vom volks-
parteilichen Freisinn so schwer an Gedächtniswund erkrankt sind,
um nicht mehr von den wärllichen Geschehnissen im ersten Halb-
jahr 1902 und der Rolle, die sie selbst damals in der Zollkommission
spielten, in der Erinnerung halten zu können. Der freisinnige Ver-
such, die Socialdemokratie zu verächtigen, stellt den Verrat des
Freisinn in scharfer Beleuchtung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Januar.

In Baffermanns und Richters Spuren.

Daß die Verkümmernng der Geschäftsordnung im Reichstage
nichts wie ein erster Versuch war, einen Staatsstreik des Reaktion
vorzubereiten, ist wiederholt hervorgehoben worden. Jetzt rückt man
bereits mit den weiteren Plänen heraus. Herr Baffermann und
Herr Richter haben durch ihre Hilfe den Staatsstreikern Mut ge-
macht. Die „Post“ meinte gestern, man könnte im preussischen
Landtag nach dem Muster des Antrags Kardorff auch den Etat
ohne Spezialberatung en bloc erledigen, um die Reden der Barth,
Gothein und Genossen zu ersparen.

Vom Landtag schrieb das Blatt, den Reichstag aber
meinte sie. In der Dreiklassen-Kammer würden sich nämlich die
Junler und die Schwarzen solche Beschränkungen nicht gefallen lassen;
denn hier pflegen die Konservativen Jagelang über den — Geftänd-
Etat zu debattieren, während für die Schulen allerdings keine
Zeit da ist, und das Centrum findet niemals ein Ende mit seinen
Paritätatlagen. Also ist die neueste Anregung der „Post“ nur ein
maskierter Vorstoß gegen das Estatörecht und die Redefreiheit des
Reichstags. Selbst die parlamentarische Kritik der öffentlichen
Vorgänge soll vereitelt werden. Damit wäre der Parlamentarismus
überhaupt bestritten.

Die Herren Baffermann und Richter können stolz auf — ihre
„Post“-Schüler sein. Die „Rettung des Parlamentarismus“, von
der die „Anti-Obstruktionisten“ schwagten, ist eine Rettung vor
dem Parlamentarismus.

Die kapitalistische Presse Deutschlands

benutzt den Zoll-Vale-Streit zu einer Hege gegen das Gewerkschafts-
wesen überhaupt. Wir haben, schreibt uns unser Londoner Kor-
respondent, nicht das geringste Interesse, die Thatsachen zu kritisieren.
Und eine Thatsache ist es, daß der britische Trades-Unionismus vom
Jahre 1875 bis 1900 eine gewisse Ausnahmestellung innehatte. Eng-
land war der Ansicht, daß, da die Arbeitgeber freien Gebrauch von
ihrer Ueberlegenheit an wirtschaftlicher Stärke machen durften, auch
die Arbeiter in die Lage versetzt werden sollten, den Kampf gegen
die Arbeitgeber mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. Und
dazu gehörte ein energisches Vorgehen. Kommen Schlägerrien vor,
so wurden die Schuldigen mit einigen Wochen Gefängnis bestraft. Die
Richter waren in derartigen Prozessen stets milde gewesen, da
sie in den Gewerkschaften staatsbehaltende, das Gemeinwohl fördernde
Organisationen erblickten. Es war geradezu zum Axiom geworden,
daß die organisierte Arbeit zum Segen, die nichtorganisierte Arbeit
zum Fluch der Gesellschaft werden muß. Man lese z. B. die Schriften
des Bischofs von Durham, des Kanonikus Scott Holland &c., wo
diese Ansichten mit aller Klarheit ausgesprochen sind. Von diesem
durchaus richtigen Standpunkte gesehen, verloren die Streitigkeiten
bei Ausständen alles Kleinliche und Persönliche, und den Gewerkschafts-
methoden wurde ein ziemlich freier Spielraum gewährt. Darin
liegt ja auch ein Stück des Geheimnisses, warum die britischen Arbeiter
so schwer zum Socialismus zu bringen sind. Sie gewöhnten sich, im
Gewerkschaftswesen ihre einzige Rettung zu erblicken; alles andre
war ihnen Utopie, denn das Gute lag so nahe. Dies alles den
deutschen Arbeitern unumtunden herauszusagen, ist absolut nötig,
da die deutsche Bourgeoisie stets auf die Ordnungsliebe, auf das
Antirevolutionäre, auf den praktischen Sinn der britischen Arbeiter
hinweist. Geviß sind die britischen Arbeiter antirevolutionär und
erkennen die Klassenampfehre nicht an, aber sie hatten scheinbaren
Grund dazu, da man sie gerecht und als gleichberechtigte Klasse be-
handelt hatte. Die reaktionäre Presse Deutschlands glaubt sehr schlaue
zu sein. Vorerst rief sie den socialdemokratischen Arbeitern, ihre
Gesinnungen aufzugeben und nach dem Muster ihrer britischen Genossen
reine Gewerkschaftler zu werden. Jetzt aber soll auch das Gewerks-
vereinswesen so abgestumpft werden, daß die Arbeiter auf Gnade
und Ungnade dem Kapital ausgeliefert sind. Dem gegen-
über gilt es festzustellen, daß die Erfolge, die Ordnungslie-
be und das Antirevolutionäre des britischen Trades-
Unionismus nur Verhältnissen zu verdanken waren, die
in Deutschland gar nicht existieren. Sie ermöglichen es den
britischen Arbeitern, sich materielle und geistliche Bedingungen zu
erringen, die für Deutschland unmöglich sind. Es hat nicht den
geringsten Zweck zu leugnen, daß bei britischen Ausständen nicht sehr
selten Konflikte vorkamen, die in Deutschland mit Jahrzehnten von
Zuchthaus geahndet worden wären. Die Milde der britischen Richter,
die englische Demokratie, die englische Weltmarktstellung schufen
eigenartige Verhältnisse, in denen der Trades-Unionismus befruchtet
und konservativ werden konnte. Wir sehen nicht ein, warum dies
nicht hervorgehoben werden sollte. Geht die deutsche Bourgeoisie
daran, das deutsche Gewerkschaftswesen noch enger ein-
zuschließen und auch in Deutschland Zoll-Vale-Entscheidungen zu
veranlassen, so wird sie einer Arbeiterkassat begegnen, die
stets nur die schlimmsten Seiten und die erschütternden Wirkungen
des Kapitalismus kennen lernte, ohne je die englischen Vorteile und
Konzeffionen genossen zu haben, also gar nicht konservativ werden
konnte. Uebrigens in England wie in Deutschland — überall muß
der Tag kommen, wo der Kapitalismus nicht mehr im stande ist,
auch nur einen Teil der Arbeiterklasse zu befriedigen. Der Socialis-
mus steht und fällt mit der Frage, ob das Kapital den energischen,
körperlich und geistig kampffähigen Teil der Arbeiterklasse — die
Gewerkschaften — befriedigen kann oder nicht. Daß diese Frage im
vermeintlichen Sinne ausfallen muß, zeigt der Zoll-Vale-Prozess.
Dies ist kein einfacher Prozess; er ist vielmehr noch tiefgreifender,
sociologischer Bedeutung. Schon aus diesem Grunde allein müssen
alle wichtigen Thatsachen, die zu ihm führten, mitgeteilt werden.

Deutsches Reich.

Die Ingenieure der Krupp-Adressen.

Wir hatten neulich geschildert, wie die von dem Verein deutscher
Ingenieure, in Wirklichkeit von gewissen Hochprofessoren der technischen
Hochschule in Charlottenburg, in Kurs gesetzte Krupp-Adresse zu
stande kam. Die Versammlung wurde einfach am 3. Dezember mit
folgender Ansprache des Vorsitzenden Krause (Direktor bei Vorkfig)
aberrastet:

„Seit unserer letzten Zusammenkunft hat der Verein deutscher
Ingenieure eines seiner hervorragendsten Mitglieder, Herrn Friedrich
Alfred Krupp, durch den Tod verloren. Seit über die Grenzen
unres Vaterlandes hinaus gilt seit Jahrzehnten der Name Krupp
als der stichtbare Inbegriff der großartigsten Erfolge deutscher Technik
und industrieller Arbeit in folgendem Maße, daß wir getrost sagen
können, das ganze deutsche Volk, vom erhabenen Throne unres
kaiserlichen Herrn bis herab zur Hütte jedes gutgesinnten Arbeiters

war stolz auf diesen deutschen Namen. Nicht minder als durch ihre
technischen und geschäftlichen Erfolge war die Firma Krupp hervor-
ragend in ihren großartigen und vorbildlichen Schöpfungen der Für-
sorge für ihre Arbeiter, ihre Invaliden und Veteranen und deren
Angehörige.“

Nach beiden Richtungen hat der jüngst verstorbene Inhaber der
Firma, Herr Friedrich Alfred Krupp, den alten Namen seines Hauses
nicht nur zu wahren gewußt, sondern ihn durch seine Tugenden und
Erfolge in glanzvoller Weise geehrt. Um so befremdlicher für
unser deutsches Volk ist die Thatsache, daß gegen diesen Mann, der
durch seine persönliche Beiseidenschaft, die ihn trotz seiner un-
gewöhnlichen Erfolge auszeichnete, durch seine Herzengüte
und grenzenlose Wohlthätigkeit die Liebe und Verehrung nicht nur
seiner eignen Arbeiter und Beamten, sondern aller Gutgesinnten im
Land verdient hatte, ein Blatt, das sich als den Anwalt der deutschen
Arbeiterkassat betrachtet, die merkwürdigsten Schmähungen auszusprechen
konnte auf Grund lägenhafter Verleumdungen, die in den bedeutlichsten
Kreisen einer ausländischen Verbrecher-Gesellschaft ihren Ursprung
hatten. Empörend für jeden Unbefangenen muß auch der fanatische
Haß wirken, mit welchem dasselbe Blatt die beispiellos hochherzigen
Entsagen der Firma Krupp als schändliche Geldmacherei und Ueber-
vorteilung ihrer eignen Arbeiter hinzustellen versucht.

Ich bin überzeugt, daß ich Ihnen allen aus der Seele rede,
wenn ich unterm tiefempfundnen Schmerz über den Tod dieses
edlen Mannes und unsem Aicheln vor den gegen ihn gerichteten
Schmähungen Ausdruck gebe. Zugleich im Namen des Vorstandes
möchte ich die Bitte an Sie, sich damit einverstanden zu erklären, daß
wir an das Direktorium der Firma Krupp eine Adresse richten,
deren Wortlaut ich Ihnen sofort zur Genehmigung unterbreiten will.
Wir wollen auch noch weitere Kreise, die nicht unmittelbar unsem
Verein angehörend, aber im öffentlichen Leben in der Richtung von
Industrie und Technik zu dem Bewußtsein, zu seinen Werken oder
zu uns in Beziehungen stehen, veranlassen, sich unsem Kundgebung
anzuschließen.“

Daraufhin wurde, wie bekannt, die Adresse einstimmig an-
genommen, obwohl schon die famose Ansprache bewies, mit welcher
Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit diese „Ingenieure“ ihre
politischen Meisterstücke herstellen. Im ordinärsten „Post“-Stil
werden die völlig hilflosen Behauptungen und Verleumdungen
ausgesprochen. Kein Wort ist wahr daran, daß eine „ausländische
Verbrechergesellschaft“ die „lägenhaften Verleumdungen“ Krupps
aufgebracht habe. Unwürdig und lächerlich ist es auch, untre genaue,
mit einer Fülle von Thatsachen belegte Artikel der ausbeuterischen
„Wohlfahrtsvereine“ — eine Kritik, deren Widerlegung bisher
auch nicht einmal versucht worden ist — als empörende Ausbrüche
fanatischen Hasses zu denunzieren. Indessen mag die „angefällige“
Unternehmerrationalität und Unternehmerrationalität sich derart hinstellen
— uns ist es gleichgültig. Zu erwähnen dagegen ist, daß in jener
Versammlung zugleich behauptet wurde, die Krupp-Adresse habe vorher
verschiedenen Ministerien zur Genehmigung vorgelegen. Sollte man
da den Ingenieuren nicht abgeraten haben, unter Hinweis auf jene
in Regierungskreisen doch sehr bekannte Entmündigungssakture Krupp,
mit der sie gegenwärtig die Presse des Auslandes beschäftigt?

In diesen Tagen nun wurde in einer neuen Sitzung des Be-
zirksvereins deutscher Ingenieure ohne weitere Formlichkeit ver-
ständlich, daß die Adresse abgegangen und bereits der Dank der
Bitte und des Direktoriums der Firma Krupp eingetroffen sei. Der
Vorsitzende sprach seine Freude aus, daß sich unter den 7000 Unter-
schritten auch — 1800 von Arbeitern befinden.

Eine überraschend anpruchsvolle Forderung! Ein schmählicheres
Jiaslo des Nummels ist nicht denkbar. Trotz aller Beeinflussungen
haben sich also in Berlin nur 1800 Personen gefunden, die als
Arbeiter figurieren konnten. So ist diese Adresse ein ebenso
glänzendes Zeugnis für den kraftvollen, muthigen Stolz und die
Urkraft der Berliner Arbeiterkassat geworden, wie ein lächliches
Denkmal bürgerlichen Byzantinismus. —

Aus dem Reichsstat.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt die Hauptziffern weiterer Stats-
abschnitte mit. Fast allenthalben zeigt sich, daß die Regierungen
trotz der schwierigen Finanzlage erhöhte Ausgaben in den
Etat eingestellt haben, als ob wir im Golde nur so schwimmen.
Natürlich werden die neuen Kolonial-Eisenbahnbauten &c. mit
„dringenden Notwendigkeiten“ begründet. Das Ergebnis dieser un-
sinnigen Politik ist dann, daß zur Deckung der einmaligen Ausgaben
für 1903 ein Anleihebetrag von nicht weniger als fast 220 Millionen
anzunehmen ist.

Die Einnahmen des Auswärtigen Amtes sind im Etat für 1900
auf 1035 600 M. (+ 56 860 M.) berechnet. Die fortwährenden
Ausgaben beziffern sich auf 14 882 740 M. (+ 891 097 M.) Das
Auswärtige Amt nimmt für seinen inneren Betrieb mit 2 532 040 M.
ein Mehr von 63 090 M. in Anspruch. Neu erschienen u. a. Funktions-
zulagen für zwei weitere, mit der Wahrnehmung von Direktorial-
geschäften beauftragte vortragende Räte und die Beforderung für zwei
weitere ständige Hilfsarbeiter. Die Gehaltsbefragungen und Konstate
erfordern im ganzen 9 404 800 M. (+ 495 200 M.). Die
allgemeinen Fonds erfordern 2 044 048 M. (+ 204 880 M.);
u. a. ist bei dem Seminar für orientalische Sprachen in
Berlin eine neue Lehrstelle für die afrikanischen Sprachen vorgezogen.
Der Fonds für deutsche Schulen im Auslande soll diesmal die schon für
das vorige Rechnungsjahr geulante Aufbesserung um 100 000 M.
erfahren, um namentlich den Forderungen der Schulen in Rumänien,
der Türkei, Südafrika, Chile, Argentinien und Brasilien nachkommen
zu können; neu erscheint eine Forderung von 100 000 M. für Unter-
stützung von mittellosen Deutschen im Auslande, denen die Erfüllung
ihrer Militärpflicht erleichtert werden soll.

Die Kolonialverwaltung erfordert 831 201 Mark
(+ 128 457 Mark); bei der Zentralverwaltung wird u. a. eine neue
Stelle für einen vortragenden Rat verlangt; weitere Rekrutgaben
entstehen infolge der durch die Geschäftszunahme notwendig ge-
wordenen andern Arbeitsverteilung innerhalb der Kolonialabteilung.

Die einmaligen Ausgaben des Auswärtigen Amtes be-
laufen sich auf 847 000 M. (+ 68 070 M.). Die einmaligen Aus-
gaben der Kolonial-Verwaltung betragen 18 129 354 M.
(+ 3 712 037 M.); der Zuschuß für Deutsch-Ostafrika ist auf
5 614 800 M. (+ 749 000 M.), für Kamerun auf 1 582 600 M.
(+ 622 500 M.), für Deutsch-Südwestafrika auf 6 260 020 M.
(+ 1 874 800 M.), für Neu-Guinea auf 882 500 M. (+ 160 500 M.),
für Samoa auf 250 000 M. (+ 79 000 M.) beantragt. Für Togo
wird, wie bis vor wenigen Jahren, ein Reichszuschuß nicht ge-
fordert. Behufs Beendigung des Verunds der Belämpfung der
Malaria in Dar-es-Salaam werden 80 000 M. (+ 30 000 M.)
verlangt. Alles in allem betragen die einmaligen Ausgaben in der
Verwaltung des Auswärtigen Amtes 18 976 554 M. (+ 3 643 967 M.).

Der Hauptetat der Schutzgebiete schließt in Einnahme und Aus-
gabe mit 36 789 500 M. (+ 692 996 M.). Die fortwährenden Aus-
gaben betragen 25 217 259 M. (+ 1 262 763 M.), die einmaligen
Ausgaben 11 893 660 M. (+ 1 826 940 M.). Die eigenen Ein-
nahmen der Schutzgebiete betragen sich auf 9 350 030 M.
(+ 910 034 M.), so daß an Zuschüssen des Reichs in Anspruch ge-
nommen werden 27 388 570 M. (+ 1 573 030 M.).

Im Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet wird bei den ein-
maligen Ausgaben zur Fortführung der Eisenbahn Tanga-Plafesa-
storogwe bis Rombo die erste Rate von 1 000 000 M. verlangt. Wei-
geniger ist dem Etat der Vertrag zwischen dem Reichskongler und der
Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft vom 15. November 1902 mit
einer Denkschrift.

Der für das kommende Rechnungsjahr zum erstmalig gegliedert
aufgestellte Etat für die Expedition nach Ostafrika zeigt als Einnahmen
die zweite Zinsrate der Entschädigung von China mit

10 986 328 M., die rückständigen Zinsen aus der Zeit vor dem 1. Januar 1902 mit 1 834 436 M., die zweite Tilgungsrate der Entschädigung mit 527 510 M. an. Wie in den Erläuterungen mitgeteilt wird, ist der Zinsfuß vorläufig auf 25 Proz. berechnete Anteil Deutschlands an den Entschädigungszahlungen Chinas inzwischen endgültig auf 20,01567 Proz. festgesetzt worden. Die im Laufe des Rechnungsjahres 1903 zu erwartenden Entschädigungszahlungen Chinas an Deutschland betragen sich auf 11 513 888,52 M., wovon rund 10 986 328 M. auf Zinsen (für ein Jahr) und rund 527 510 M. auf den deutschen Anteil an der 2. Tilgungsrate entfallen. Was diese Zinsrückstände betrifft, so hat China in Aussicht gestellt, diese durch Monatszahlungen von monatlich 250 000 Taels zu tilgen. Von diesen im Rechnungsjahr 1903 zu erwartenden 12 x 250 000 Taels = 3 000 000 Taels gebühren Deutschland 20,01567 Proz., mit 600 470,10 Taels, die sich zum Kurse von 3,055 M. auf vorstehend bereits angegebenen Betrag von rund 1 834 436 M. berechnen.

Die Gesamtausgaben für alle beteiligten Verwaltungszweige sind auf 15 332 826 M. (= 17 921 998 M.) veranschlagt. Davon sind 11 762 606 M. (= 8 578 394 M.) laufende Kosten der Verwaltungsverwaltung. Das auswärtige Amt fordert einen Rest von 2 100 000 M. (= 9 404 824 M.) zur Entschädigung deutscher Privatpersonen und Gesellschaften für Verluste bei den Wirren. Als Beilage ist dem Etat eine Gesamtabrechnung der Einnahmen und Ausgaben aus Anlaß der ostasiatischen Expedition beigegeben. Nach dieser Berechnung stehen zur Verfügung noch 14 772 244 M., aus denen die für 1903 erwartenden neuen Kosten ihre Deckung finden sollen.

Der Etat der Reichsschuld bezieht die Ausgabe auf 99 750 920 M. (= 6 696 700 M.). Die Kosten der Verwaltung sind mit 815 920 M. (= 63 240 M.) veranschlagt, für die Verzinsung werden 98 935 000 M. (= 6 160 000 M.) erforderlich. Unverändert bleibt die Verzinsung der 3/4 Proz. Reichsschuld mit 43 400 000 M. Für die 3/4 Proz. Schuld sind 48 435 000 (= 4 635 000) M. angelegt; der diesem Titel beigelegten Verrechnung ist zu entnehmen, daß die noch offenen Kredite 112 209 517,94 M. betragen. Das am 2. Januar und 1. Juli zu verzinsende Schuldkapital dieses Typs beträgt 519 000 000 M. und erfordert einen jährlichen Zinsaufwand von 15 570 000 M.; das am 1. April und 1. Oktober zu verzinsende Schuldkapital derselben Art auf 1 088 700 000 M. angelegt und erfordert einen jährlichen Zinsaufwand von etwa 32 865 000 M. — Zur Verzinsung der Mittel, welche außerdem zur Deckung des Anleihebedarfs bestimmt sind, werden 5 600 000 M. (= 400 000 M.) eingestellt, und zwar wie im Vorjahre 3 200 000 M. für die Verzinsung der auf Grund der Anleihebewilligungen für 1900 ausgegebenen 4 Proz. Schatzanweisungen und 2 400 000 M. (= 400 000 M.) als unzulässiger Zinsbedarf des für die einmaligen Ausgaben für 1903 im Wege des Kredits zu beschaffenden Betrages von 219 921 739 M.

Einleitung der Handelsvertrags-Verhandlungen. Wie die Neue Freie Presse" mitteilt, ist der österreichisch-ungarischen Regierungskreise bekannt geworden, daß eine schriftliche Note der deutschen Regierung an die Ministerien von Oesterreich-Ungarn, Italien und Rußland, in Verhandlung über einen neuen Handelsvertrag einzutreten, in aller nächster Zeit zu erwarten sei. Die Einladung soll auch an die Schweiz und Belgien sowie an die Vereinigten Staaten gerichtet werden. —

Der Gipfel der Karreerei. Die „Freisinnige Zeitung“ beruft sich jetzt, um den Ministerialen Bericht zu beschönigen, auf Äußerungen des „Vorwärts“, welche die — Karrenreiter auf dem internationalen Kongress in Paris verurteilten. Der Vergleich ist so blödsinnig, daß man sich wirklich fragt, ob die „Freisinnige Zeitung“ nicht selbst anfängt, sich über die Polemik ihres Chefs lustig zu machen. Nur insofern läßt sich ein Zusammenhang allenfalls erkennen, als wir uns damals wie jetzt gegen die Verhinderung sachlicher Beratungen gewendet haben.

Außerdem zieht die „Freisinnige Zeitung“ gleichgültige Privatmeinungen, die im „Correspondent“ der Buchdrucker veröffentlicht worden sind, als sozialdemokratische Stimmen gegen Obstruktion heran. Sie kann in demselben Blatt auch eine Verteidigung des Zolltarifs selbst finden. Da die Zeitung des Verbandes ihre Verantwortung derartiger Lucertreibereien und übergeschwitzte Schwallen abgelegt hat, so haben derartige Extratouren kein Interesse für die Partei. —

In einem Jubiläums-Bilgerzug nach Rom im Frühjahr 1903 ruft die Kerfale Presse auf. Der Anruf richtet sich an alle, wahren und warmen Katholiken. Man liest da:

„Diesmal soll unsere Stundgebung um so feierlicher und großartiger werden, als die Feinde der Kirche mehr denn je sich anstrengen, das innige Band der Liebe und des Gehorsams, welches die Katholiken mit dem Nachfolger Petri verbindet, zu lockern und zu zerstören. Um so zahlreicher muß unsere Beteiligung sein, weil der hl. Vater selbst uns herzlich erwartet, weil er mit freundlicher Hirtenstimme uns zu sich eingeladen hat, damit unsere Gegenwart und unsere kindliche Liebe sein väterliches Herz tröste, und wir als Gegengabe aus seiner Hand den apostolischen Segen und aus seinem hohenpriesterlichen Munde Worte der Stärkung und Ermutigung empfangen können. . . .

Zeigen wir, daß in unserer Brust noch dieselbe begeisterte Liebe zur hl. Kirche und seinen Stellvertreter glüht, wie in den Tagen des schweren Kampfes um die kirchliche Freiheit! Beweisen wir, daß weder Verlockungen noch Verfolgungen und abwendig machen können von der Treue zum hl. Stuhle, der für uns ist die Grundbesse der Wahrheit und das unerschütterliche Felsenfundament unserer hl. Kirche.“

Es ist kein Jertum. Es heißt wirklich: 1903!! —

Jurist, „Säue“ und eheliche Arbeiter.

Man schreibt uns aus Halle vom 8. Januar:

Zwei Gerichtsurteile, die sich in der Gegenüberstellung wieder einmal recht harmlos ausnehmen, wurden in der heutigen Schöffengerichtssitzung gefällt. Zuerst war angeklagt der stud. jur. Lothar Ganda von Königsdorf wegen Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Der 23jährige Rusenjohn, der wegen allzuweiter Entfernung vom Erscheinen zur heutigen Verhandlung entbunden ist, hatte sich während seiner Studienzeit am Abend des 8. Juli zwei anständigen Damen gegenüber in der rüpelhaftesten Weise benommen. Als die beiden Verkäuferinnen Katha Piehabe und Eva Müller gegen 10 Uhr die verkehrsreiche Steinstraße entlang gingen, bot der Angeklagte den durchaus mannsfüßigen gelleideten Mädchen mit zweideutigen Redensarten in der ausdringlichsten Weise seine Begleitung an. Die Damen verbatnen sich dieses und wichen dem Angeklagten aus, letzterer verfolgte die Mädchen aber auf Schritt und Tritt und sagte schließlich: „Bedenken Sie, ich bin Jurist, ich will einmal zeigen, was ich kann.“ Schließlich verfehlte der Mensch der einen Verkäuferin einen Schlag auf den Kopf, und als das Mädchen schrie: „Mein Hut!“ entgegnete er: „Der kostet doch nur 25 Pfennige.“ Die beiden Mädchen schrien schließlich noch der Polizei, und als ein Polistill kam, beschloß der junge Rechtsgelehrte noch die Freiheit, den beiden Mädchen zuzurufen: „Wartet, Ihr Säue, wartet, da kommt ein Schuhmann, der soll Euch verhaften.“ Der Schuhmann befreite die beiden Mädchen und transportierte den gewalttätigen Widerstand leistenden Angeklagten nach der Wache. Der Angeklagte hatte zu seiner Entschuldigang angeführt, er wäre damals total betrunken gewesen. Die Weisungsurteile ergab aber, daß der Angeklagte vollständig nüchtern gehandelt hatte. Er wurde dem Strafamt gemäß zu 230 Mark Geldstrafe eventuell 26 Tagen Gefängnis verurteilt.

Gleich nach diesem Fall wurde verhandelt gegen die vier Mitglieder des Töpferverbandes Hippert, Stephan, Rohde und Pawlowski, die sich gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung vergangen haben sollten. Die Angeklagten, durchaus unbescholtene Arbeiter, sind bei dem Ofenfabrikanten Wöhme, wo nur organisierte Töpfer beschäftigt sind, in Stellung. Im August vorigen Jahres trat der Töpfer Karl Taubert unter der Vorspiegelung, er sei Verbandsmitglied, dort in Arbeit. Er hatte, wie er heute in der Verhandlung zugeben mußte, seine Kollegen belogen, dieselben angepöppelt und verhehrt. Als die Angeklagten entdeckten, daß Taubert, den sie in der kollegialsten Weise aufgenommen und behandelt hatten, gar nicht Verbandsmitglied ist, forberten sie unter dem Hinweis, sonst die Arbeit einzustellen, Tauberts Entlassung. Fabrikant Wöhme entließ Taubert aus sofort und die vier Angeklagten wurden heute deshalb nun zu je 1 Woche Gefängnis verurteilt. — Als im August v. J. der Wagenfabrikant Lindner über 20 Metallarbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum Metallarbeiter-Verbande auspererte, da lehnte der angerufene Staatsanwalt das Einschreiten gegen Lindner ab. Gegen die Töpfer wurde vorgegangen. — Ja, wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe.

Husland.

Oesterreich-Ungarn. Ausgleichs-Interpellation.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus nahm am Freitag vor Eintritt in die Tagesordnung Franz Kossuth das Wort und ersuchte den Ministerpräsidenten v. Szell um Aufschluß über die mit Oesterreich abgeschlossene Vereinbarung. Die Regierung habe bezüglich des Ausgleichs die Grenzen der zulässigen Forderung überschritten und beispiellose Geheimnistuerei getrieben. Er sei bereit, er solle sogar für unzeitig, daß der Ministerpräsident mit dem österreichischen Kabinett verhandelt habe, nachdem ein Ausgleich, den Vanshy und Badeni abgeschlossen, von der österreichischen Regierung nicht ins Leben gerufen worden sei, während die ungarische Regierung auf der Grundlage dieser Stipulationen ein Gesetz geschaffen habe. Es sei daher die Befürchtung gerechtfertigt, daß ein Koerber Nr. II die mit Koerber Nr. I abgeschlossenen Vereinbarungen nicht anerkennen werde, ebenso wie Koerber die Unterschrift Badenis nicht revidiert habe, sondern den von der früheren Regierung abgeschlossenen Ausgleich zu Gunsten Oesterreichs abzuändern bestrebt gewesen sei. Kossuth fragt, welche Garantien der Ministerpräsident besitze, daß den jetzigen Vereinbarungen nicht ein gleiches Schicksal bereitet werde, wie den zwischen Vanshy und Badeni geschlossenen Uebereinkommen.

Ministerpräsident v. Szell erwidert, Kossuth habe richtig gesagt, das Land habe ein Recht daran, zu erfahren, was der Inhalt des Ausgleichs sei. Allein der Redner habe auch, und zwar ohne Kenntnis der Vereinbarungen, auf Grund unzuverlässiger Nachrichten voreilige Kritik geübt, die er nicht berechtigt finde. Der Ministerpräsident fügt hinzu, er könne sich nicht über die mit der österreichischen Regierung geschlossene Vereinbarung äußern, bevor das Uebereinkommen nicht auch in aller Form abgeschlossen, revidiert und unterschrieben sei. Dies werde in den nächsten Tagen geschehen. Er werde die erste Gelegenheit benützen, um vor Entreichung der Gesetzentwürfe über den Ausgleich im ganzen Umfang mit allen Einzelheiten in voller Objektivität Aufschluß zu erteilen. Abg. Kossuth findet es eigenartig, daß er am letzten Tage der Verhandlungen die äußersten Anstrengungen behufs Zustandekommens des Ausgleichs gemacht habe. (Zwischenruf: Komödie!) Der Ministerpräsident fährt fort: Wer von Komödie spricht, hat keinen blauen Dunst von der Sache. Die Ansicht, daß, falls bis zum letzten Tag des Dezember ein Uebereinkommen nicht zu Stande gekommen wäre, der jetzige Rechtszustand ausgeschloß haben würde, ist unrichtig; es ist in dieser Ansicht weder Logik, noch Gerechtigkeit. Ich habe diese Meinung übrigens schon früher, und ich glaube glänzend, widerlegt. Ich habe die Verhandlungen beschleunigt, damit die Lage geklärt werde und ich im neuen Jahre dem Abgeordnetenhaus entweder den Abschluß des Uebereinkommens mitteilen könne oder den Eintritt einer Lage, in der wir zum selbständigen Zollgebiet übergehen können! —

Frankreich.

Achtstundentag in den Marinewerksstätten.

Paris, 8. Januar. (Fig. Per.) Der kürzlich in einigen Marinewerksstätten verhandelte achtstündige Arbeitstag hat sich durchaus bewährt. Marineminister Pelletan beschloß deshalb (wie wir bereits nach einem Telegramm meldeten, Redaktion), den Achtstundentag in sämtlichen Arsenalen und in allen außerhalb der Häfen befindlichen Marinewerksstätten einzuführen. Die Verfügung tritt in Kraft mit dem 15. Januar l. J.

Damit sind zwei Kategorien französischer Staatsarbeiter zum Genuß der achtstündigen Arbeitszeit gelangt: die der Post- und Telegraphen-Verwaltung (seit Milerand) und die der Marine.

Die Vernehmung der Jean Humbert. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Paris gemeldet: Jean Humbert, die gestern zum erstenmal vor dem Untersuchungsrichter erschien, antwortete in einem dreißigminütigen Verhör sehr trocken auf alle ihre Vergangenheit betreffenden Fragen. Sie lehnte jedoch jede Auskunft über die Crawford's ab. Sie erklärte, ihre übrigen Verwondungen wüßten nichts davon und sie selbst übernehme alle Verantwortung, sie würde aber die Wahrheit erst in der öffentlichen Gerichtsverhandlung sagen. —

Italien.

Der Kampf um das Eheheideungs-Gesetz dauert im Lande fort. Auf der einen Seite versuchen die Meritalen, das Gesetz zu Fall zu bringen; sie behaupten, dies im Interesse der Sittlichkeit und des Rechtes zu thun. In Wirklichkeit ist es der Kampf des Meritalismus gegen die Tendenzen des Latentsozialismus. Auf der andern Seite sind die Demokraten, vor allem die Sozialdemokraten, sehr eifrig und beharren allenfalls den Vermählungen ein, in denen Resolutionen zur Annahme gelangen, in welchen die Regierung ausgedrückt wird, den Wünschen der reaktionären Parteien nicht nachzugeben, sondern den Entwurf Gesetz werden zu lassen bezw. noch im Sinne der Demokratie zu verbessern. —

Zwischen der italienischen und der schweizer Regierung sind Schwierigkeiten bezüglich der Jura-Simplon-Bahn entstanden. Die Jura-Simplon-Gesellschaft muß eine Teilrente der Bahn an die schweizer Bundesregierung abtreten; nun verlangt die italienische Regierung aus strategischen Gründen ebenfalls einen Teil der Bahn, und zwar die Linie Jella-Domodossola. Der Simplon-Tunnel ist nahezu vollendet und man hofft die ganze Bahnstrecke bis Ende 1904 dem Verkehr übergeben zu können. —

Asien.

Zum Konflikt wegen der chinesischen Kriegsentwädigung schreibt die „Köln. Ztg.“: Laut dem Friedensprotokoll ist die Zahlung in Gold ausdrücklich vorgegeben, d. h. in Gold effektiv, oder in Silber zum entsprechenden Kurse. Am Tage der Unterzeichnung des Protokolls, am 7. September 1901, betrug der Kurs 3,05, er ist seitdem auf ungefähr 2,00 gesunken. Die Chinesen beanspruchten nun, daß der Kurs des Unterzeichnungstages, also 3,05, auch für alle folgenden Zahlungen, gleichviel wie der Kurs sich gestalte, Gültigkeit habe, so daß bei folgendem Silberkurs zwischen dem zu zahlenden Goldwerte und dem tatsächlich ausgezahlten Silber ein ganz erheblicher Unterschied bleibe, der z. B. bei der letzten fälligen Monatszahlung einen Unterschied von rund 1 800 000 Taels zu Ungunsten der Mächte ergeben würde. Für die Verteilung der ganzen An-

gelegtheit ist entscheidend, daß ausdrücklich Goldzahlung oder eine dem Golde kurzfristig gleichwertige Silberzahlung vorgegeben ist. Eine Zahlung in Silber zum Kurse vom September 1901 entspricht aber dem Goldwerte nach dem heutigen Kurse nicht, und es ergibt sich daher für China die klare Verpflichtung, seine Zahlungen so einzurichten, daß sie wirklich dem geschuldeten Goldwerte entsprechen. —

Afrika.

Der Feldzug gegen den Mullah. Dem „Reicherschen Bureau“ wird aus Obbia vom 4. d. Mts. gemeldet: Die Landung des ersten Teiles der englischen Somaliland-Expedition begann am 27. Dezember v. J. und war mit großen Schwierigkeiten verbunden, da kein Hafener vorhanden ist. Matrosen der englischen Kriegsschiffe „Perseus“ und „Pomone“ unterstützten die Truppen beim Bau eines Landungssteiges und von Befestigungen. Der Scheif Jussuf Ali wurde um Stellung von 3000 Kamelen ersucht und machte weitgehende Unterstützungs-Angebote. Es bestehen aber Gründe, seine Aufrichtigkeit zu bezweifeln, und man vermutet, daß er mit dem Mullah, der nur vier Tage von hier entfernt ist, in täglicher Verbindung steht und ihn über die Vorbereitungen der Engländer genau unterrichtet.

Um das Vorgehen der Engländer zu erschweren, fordern die Eingeborenen so hohe Preise, daß der Einlaß von Lebensmitteln an Ort und Stelle fast unmöglich wird, und da die Engländer sich auf italienischem Seesgebiete befinden, können sie den Eingeborenen gegenüber nicht mit der wünschenswerten Festigkeit auftreten. —

Das Amnestiegesetz für die Kap-Rebellen abgelehnt. Aus Pretoria wird gemeldet:

Minister Chamberlain hielt in Erwiderung auf die ihm von den Führern der Boeren überreichte Adresse eine Rede; er sagte darin, es würde ihm mehr gefreut haben, wenn die Adresse nicht bloß Forderungen, sondern auch einige Anerkennung dessen enthalten hätte, was die Regierung bereits für die Boeren gethan hat. Was die Bitte um eine Amnestie für die Rebellen angeht, so sagte der Minister, die Führer der Boeren hätten die Friedensbedingungen von Vereeniging in lokaler Weise angenommen und diese enthielten keine Erwähnung einer solchen Amnestie. Man verlange eine Amnestie für die Rebellen. Es sollten doch diese zuerst ihren eigenen Landsleuten versprechen, die sich ergeben und den Engländern Hilfe geleistet haben. Den verbannten Burghers werde die Rückkehr nicht gestattet werden, außer wenn sie die Bedingungen von Vereeniging annehmen. Was die in Europa weilenden Boeren betreffe, so sei es Aufgabe der Regierung, den Frieden zu erhalten; es werde jeder einzelne Fall nach seinen Besonderheiten geprüft werden; jene Burghers sollten ihr lokales Vorgehen durch Reichensablage über das nach Europa mitgenommene Geld beweisen. Die Einverleibung von Freiheit und Recht, erklärte der Minister weiter, in die Kolonie Natal sei unwiderruflich, doch erlangten die Bewohner dieser Städte die unmittelbaren Bürgerrechte gleich den übrigen Einwohnern von Natal. Bezüglich der Sprachenfrage werde die Regierung in lokaler Weise die Friedensbedingungen einhalten; die Klagen, die in dieser Sache vorgebracht werden, würden sorgfältige Berücksichtigung erfahren. Die Eingeborenen sollen angehalten werden, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die in der Adresse enthaltene Einladung, einige Bezirke des Landes zu besuchen, nahm der Minister an. —

Venezuela.

Der Rücktritt Hollebens

wird allgemein auf diplomatische Ursachen zurückgeführt. Auch wird offiziös zugegeben, daß Holleben nicht mehr auf seinen Washingtoner Posten zurückkehren, sondern völlig aus dem diplomatischen Dienst ausscheiden wird. Ueber die Ursachen der so plötzlichen und zu so auffälliger Zeit erfolgenden Verabschiedung Hollebens ergeht man sich in allerhand Konjekturen. Daß die Ablehnung des Schiedsgerichts-Unternahme durch Roosevelt Holleben die plötzliche Entlassung resp. Instruktion zugezogen habe, hält man für wenig wahrscheinlich, da ja sonst auch der englische Vorkämpfer, der gleichfalls seiner Regierung die Uebertagung des Schiedsgerichts an den amerikanischen Präsidenten empfohlen habe, hätte abberufen werden müssen. Man geht deshalb auf jenen Konflikt zurück, der durch das Verhalten Hollebens bei dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges hervorgerufen wurde. So wird dem „Berliner Tageblatt“ von seinem Londoner Korrespondenten gemeldet:

Hollebens angeblich nicht ganz freiwilliger Rücktritt von dem Washingtoner Posten wird von der englischen Presse als Desabonierung seiner Auslegung der bekannten Pauncetote-Depeche bezeichnet, die, wie erinnerlich, ergab, daß England bei Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges zu Gunsten Spaniens eine Intervention der Mächte gegen den Krieg zu erzielen suchte. Es wäre wünschenswert, festzustellen, daß Hollebens Rücktritt, wenn dieser überhaupt stattgefunden und er nicht bloß wegen Krankheit beantragt ist, nicht auf den Pauncetote-Fall zurückzuführen, und daß die deutsche Auffassung über diesen Fall noch immer dieselbe ist.

Die Pauncetote-Affaire hat während der Prinzenreise nach Amerika jodeln Stand aufgewirbelt, daß es ausgeschlossen erscheint, daß sie den jetzigen Rücktritt Hollebens verurteilt haben sollte. Auch die Enthaltungen des ehemals von Holleben beschäftigten Witte, die wir seiner Zeit mitteilten, auf die man jetzt hinweist, liegen so lange zurück, daß sie für die Abberufung Hollebens zum mindesten nicht ausschlaggebend gewesen sein können.

Ins Gebiet der politischen Humorstiche gehört schon die Lesart, daß Holleben derjenige gewesen sei, der die Aufmerksamkeit Wilhelms II. auf Rudhard Kipling gelenkt und damit bei der Erteilung im Jahre 1899 das kaiserliche Weisheitsdelegatogramm an die Gattin des Dichters indirekt veranlaßt habe, eine Aufmerksamkeit, auf die Kipling vor wenigen Tagen durch sein „Guten-Nacht“-Gebicht quittierte. Die sonst in Lokalität erwerbenden liberalen Blätter, wie die „Vossische Ztg.“ und das „Köln. Blatt“, stellen dem literarischen Interesse und dem Temperament Wilhelms II. durch eine derartige Konjekturen dem doch ein gar zu sonderbares Zeugnis aus.

Es bleibt also schon dabei, daß die Instruktion Hollebens auf andre, in dem venezolanischen Konflikt selbst liegende Vorkommnisse zurückzuführen ist. Möglich allerdings, daß die deutsche Diplomatie Amerika gegenüber bereits seit längerer Zeit Konfliktstoff aufspeicherte, der erst jetzt zur Explosion kam; aber die Punkte, die das Pulverfaß zum Anstößen brachte, wurde erst jetzt in Brand gesetzt. Da Herr v. Holleben nicht wie sein Handlanger Witte Enthaltungen veröffentlicht wird, wird man freilich zunächst kaum einen Einblick in das gemalte Intriquenspiel gewinnen, als dessen Opfer der deutsche Vorkämpfer in Washington gefallen ist.

Daß aber Amerika wieder einmal einen Sieg erforschten hat, geht schon aus folgender Meldung hervor:

Die Ernennung Speck v. Sternburgs zum kaiserlichen Geschäftsträger in Washington in Abwesenheit des Vorkämpfers v. Holleben wird nach einer Washingtoner Depeche des „Daily Telegraph“ sehr beifällig in den Vereinigten Staaten aufgenommen. Er ist mit den amerikanischen Methoden vollständig vertraut und mit den hohen Beamten gut bekannt. Seine Ernennung wird von dem Staatsdepartement als eine besonders glückliche dem Staat gegenüber als eine Amerikanerin, Miss Kingham aus Kentucky, zur Frau.

Stand der Verhandlungen

folgende Meldungen vor:
Caracas, 8. Januar. Die Antwort der venezolanischen Regierung auf die letzte Note der fremden Mächte ist heute vormittag dem Gesandten Pöwen übergeben

worden. Gestern wurden die Forderungen der Mächte nach zwei ereigneten Sitzungen des Kabinetts angenommen. In Ausführung eines von dem Staatssekretär Hay erteilten Befehles begibt sich Bowen am Sonnabend auf dem Kriegsschiff „Cincinnati“ nach Washington.

Die von den Mächten vorgeschlagenen Bedingungen umfassen bestimmte Abschlagszahlungen auf die gegen Venezuela geltend gemachten Ansprüche und sehen eine Garantie für den Rest vor.

Aus guter Quelle verlautet, daß die Frage betreffend die Aufhebung der Blockade nicht im Zusammenhange mit der gegenwärtigen Lage in Erwägung gezogen werden wird.

In Washington glaubt man, die Angelegenheit werde ohne Verweisung vor das Haager Tribunal erledigt werden, falls Venezuela hinreichende Sicherheit für die Zahlung einer Entschädigung bringe, da mehrere bedeutende New Yorker Finanzhäuser Venezuela Geldvorschüsse gegen Sicherheit durch die Zolleinnahmen anbieten. —

Aus Industrie und Handel.

Staatliche Zuwendungen an die österreichische Eisenindustrie. Das österreichische Ministerium will sich nicht den Vorwurf machen lassen, an Fürsorge für die unter der Krise leidende Eisenindustrie hinter dem deutschen Eisenministerium zurückzubleiben. In Beantwortung einer Denkschrift über die Kollage der Eisen verarbeitenden Industrien, sowie über die Ausführung rüchändiger staatlicher Bauten und Investitionen richtete der Ministerpräsident an das Präsidium des Vereins der Österreicher, Eisen- und Maschinenindustriellen Österreichs ein Schreiben, worin er mitteilte, daß die Eisenbahnverwaltung behufs Sicherung einer erhöhten und konstanten Beschäftigung der Eisen verarbeitenden Industrie für mehrere Jahre den Eisenindustriellen von 1903 bis 1905 Bestellungen im Werte von rund 80 Millionen Kronen zuzuführen beabsichtigt. Durch die von anderen Ressorts geplanten Bestellungen erhöhe sich diese Durchschnittsziffer um weitere 4 000 000 Kronen, wobei die Aufwendungen für die Durchführung der Wasserstraßenbauten, sowie für die Jahrbetriebsmittel der neuen Alpenbahn nicht berücksichtigt sind. Außerdem leitete die Regierung Verhandlungen mit den Privatbahnen wegen Ausfertigung eines Programms behufs möglichst ausgiebiger und gleichmäßiger Beschäftigung der Eisenindustrie für etwa drei Jahre ein.

Die Zuschrift des Ministerpräsidenten betont, daß er der vielfach vertretenen Ansicht, als ob ausschließlich in der Staatshilfe das Heil für die Industrie erblickt werden könnte, nicht beizutreten vermöge, vielmehr glaube er, an die aus der Vereinigung gleichartiger Produktionszweige hervorgehenden Verbände, welche in der Eisenindustrie und einigen damit zusammenhängenden Industriezweigen eine führende Stelle einnehmen, den Appell richten zu sollen, ihrerseits durch Kluge und maßvolle Preispolitik zur erweiterten Heranziehung des Konsums die Hand zu bieten, wodurch gewiß die gegen die jetzige Organisation der Industrie rege gewordenen Bedenken abgemildert und die Ueberwindung der Geschäftskrisis erleichtert würde. Ferner tritt der Ministerpräsident durch eine ziffermäßige Darstellung der bereits verwendeten Kredite, sowie unter Hinweis auf die diesbezüglichen Ausführungen des Finanzministers, ferner auf die von der gegenwärtigen Regierung sowohl nach ihrem Amtsantritt als auch später eingeleiteten und durchgeführten Investitions- und Wasserstraßen-Vorlagen der Beförderung entgegen, als ob die Regierung sich der staatlichen Investitionstätigkeit entziehen oder die Ausführung des gesetzlichen Investitionsprogramms verzögern würde.

Schienerweiterung auf Schnellzugstrecken. Wie vor kurzem berichtet, beabsichtigt die Eisenbahn-Verwaltung, die Schnellzugstrecken mit stärkeren Schienen auszurüsten, um einen ruhigeren Gang der Züge und eine größere Betriebssicherheit zu erzielen. Der Schließung sollen nun nicht nur die Erneuerungen in dem gewöhnlichen Umfange vorgenommen werden, sondern es sollen überhaupt in den nächsten Jahren nur stärkere Schienen für Schnellzuglinien beschafft werden. Die durch die Auswechslung gewonnenen, noch brauchbaren schwächeren Schienen sollen auf verkehrsschwächeren Linien eingebaut werden.

Dortmunder Handelsbank. Der Konkurs der Bank gilt als untermittelbar. Sie hat, wie die „Münchener Zeitung“ meldet, ihre Zahlungen seit einigen Tagen völlig eingestellt und es werden wieder Rechnungen noch Accepte noch sonstige unter Protest gegangene Wechsel eingelöst. Auch bei sorgfältiger Prüfung der Ausstände liegt bei der Handelsbank die Gewissheit vor, daß das vorhandene Vermögen, das im günstigsten Falle auf 600 000 bis 700 000 Mark geschätzt werden darf, die Schulden von über eine Million Mark längst nicht mehr deckt. Abgesehen davon, daß das Grundkapital natürlich als verloren anzusehen ist, dürften somit die Gläubiger nicht viel mehr als zur Hälfte befriedigt werden. Dazu liegen die Verhältnisse derart, daß einzelne Gläubiger seit Jahren durch Sicherheiten gequält sind, während andre ohne Deckung weit größere Ausfälle erleiden oder überhaupt nichts erhalten. Die Lage der Bank hat sich seit dem 28. November v. J. fast nicht verschoben, so daß die ungedeckte Forderung der Reichsbank noch immer rund 400 000 Mark beträgt. Die preussische Centralgenossenschaft soll die Absicht haben, die Haupt-Einlaufs- und Verkaufsgenossenschaft zu Dortmund, der sie einen Kredit von 2 1/2 Millionen Mark gewährt hat, zu halten, die Dortmunder Handelsbank dagegen fallen zu lassen. Die Haupt-Einlaufs- und Verkaufsgenossenschaft hat eine Versammlung einberufen, in der über die Beschaffung weiterer Mittel beschloffen werden soll. Ihre Genossen, die zu ihrem Anteil mit je 1000 M. haftbar sind, haben bei der Gründung ganze 10 M. eingezahlt und später eine weitere Einzahlung von 40 M. geleistet. Jetzt sollen sie veranlaßt werden, weitere 150 M. einzuzahlen.

Gerichts-Zeitung.

Kindererziehung. Unter außerordentlich starkem Andrang des Publikums begann gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I der sensationelle Prozeß gegen die Verführerinnen Jawidzki'schen Eheleute, welche beschuldigt sind, ihr 2-jähriges Töchterchen Hedwig Jawidzki forgesetzt derart mißhandelt zu haben, daß das Kind infolge dessen verstorben ist. Die Sache hat bereits dreimal das Schwurgericht beschäftigt, nachdem das Schöffengericht, vor welches die Sache ursprünglich verwiesen worden war, sich als unzuständig erklärt hatte. Die letzte Verhandlung vor dem Schwurgericht fand einen etwas tragischen Abschluß. Nach etwa siebenstündiger Verhandlung stellte der Vorsitzende Richter Dr. Müller, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwältin Dr. Werbauer, Ulrich und Dr. Löwenthal. Es sind gegen 30 Zeugen, zumeist weiblichen Geschlechts, außerdem acht medizinische Sachverständige. Die Angeklagte Ehefrau Adelheid Jawidzki ist 24 Jahre alt und stammt aus einem Dorfe bei Gnesen. Sie gibt an, daß sie im Jahre 1898 beim Dr. Gohn in Friedrichshagen in den Dienst getreten sei. Ihr Dienstherr habe bald ein intimes Verhältnis mit ihr angeknüpft. Als sich die Folgen dieses Umganges bemerkbar machten, habe sie den Dienst wieder verlassen. Im Mai 1899 habe sie einem kinde weiblichen Geschlechts das Leben gegeben, welches zunächst bei einer Pflegefrau und dann bei dem vom Gericht bestellten Vormund untergebracht worden sei. Im Herbst 1900 habe sie ihren Ehemann geheiratet, dem ihre Vergangenheit bekannt war. Ihr Mann, der damals Briefträger gewesen sei, wurde im Frühjahr 1901 zu einer Hebung entlassen. In dieser Zeit habe sie das Kind zu sich genommen. Nach der Anzeige soll die Mutter ihr Kind fortgesetzt in der unmenslichsten Weise gemißhandelt haben. Es liefen bei der Polizei wiederholt Anzeigen von Nachbarn der Angeklagten ein.

worauf ein Wachtmeister auch abgesehen wurde, um das Kind zu beschützen. Da er etwas Auffälliges an dem Körper des Kindes nicht zu entdecken vermochte, so blieben die Angeklagten ohne Erfolg. Im Juni 1901 brachten die Angeklagten das Kind, welches sich in einem Zustande hochgradigen körperlichen Verfalls befand, nach der Charité. Es ist hier am 14. August 1901 verstorben, nach dem Gutachten der Ärzte an den Folgen fortgesetzter Mißhandlungen. Der Körper, besonders Gesicht und Rücken, war bei der Entlieferung mit roten Flecken bedeckt, die bald eine bläuliche Färbung annahmen. Es zeigte sich, daß das Blut an diesen Stellen in Eiterung übergegangen war und hieran ist das Kind verstorben. Die angeklagte Ehefrau stellte keineswegs in Abrede, daß sie das Kind wiederholt mit einer Birkenrinde gequält habe, aber keineswegs in übertriebener Weise. Das Kind sei höchst unreinlich gewesen und habe deshalb Nüchternheit verdient. Auf Vorhalten des Präsidenten, ob sie nicht bei ihrer Vernehmung vor der Polizei gesagt habe, der Erzeuger des Kindes sei mit einer häßlichen, ansteckenden Krankheit befallen gewesen, erwiderte die Angeklagte, daß der Wachtmeister selbst diese Frage an sie gerichtet und sie dann wohl falsch verstanden habe; sie habe den Charakter der Krankheit nicht erkannt, sondern nur erwidert, der Mann sei durch und durch krank gewesen. Sie könne unmöglich glauben, daß das Kind infolge der Schläge mit der Rute gestorben sei. Der Angeklagte Ehemann Joseph Jawidzki erklärt, daß er das Kind nie gefoltert habe, aber allerdings wiederholt Zeuge gewesen sei, wenn seine Ehefrau das Kind mit der Rute geschlagen habe. Er habe sie auch einmal gewarnt, sie möge es nicht zu arg machen. Als die Untersuchung gegen ihn eingeleitet war, habe er sich bei seiner Behörde gemeldet und um seine Entlassung aus dem Postdienste gebeten. Nun sei er Hausdiener. Einen Haß gegen das Kind hatte weder er noch seine Ehefrau gehabt. Geschäftigkeit und Klatschhaftigkeit der Nachbarn hätten die Sache übertrieben und aufgeschaukelt.

Eine Anzahl von Nachbarn und Nachbarinnen, die als Zeugen vernommen werden, wissen wohl von häufigem Wimmern und Klagen des unglücklichen Kindes zu berichten, können jedoch bestimmte Mitteilungen über grausame Nüchternheiten nicht machen. Erwähnt seien die Aussagen zweier Zeugen.

Der Arbeiter Urban, welcher darauf vernommen wird, ist der Vormund des Kindes gewesen, das er sehr lieb gehabt habe. Während es bei ihm höchst artig und sauber gewesen sei, müsse später eine auffallende Veränderung mit demselben vorgegangen sein. Er habe es bejodet vier Wochen nachdem die Jawidzki'schen Eheleute es an sich genommen hatten und sei erschreckt gewesen über dessen Aussehen.

Frau Urban, die Ehefrau des Vormund, äußert sich über das Verhalten des Kindes ebenfalls in der lobenswerten Weise. Wenn es sich um Kostteile verändert habe, so könne nur mangelhafte Pflege schuld daran sein. Bei einem Besuche, den sie den Angeklagten abgehört habe, sei das Kind von der Mutter mittels eines Ausklopfers erheblich gequält worden. Als die Zeugin ihre Mißbilligung hierüber ausgesprochen, habe der Ehemann Jawidzki, der ebenfalls zugegen war, gesagt: „Ich was, das Baby ist sehr ungeschick, es wird überhaupt nicht alt, denn es ist zu weit vorgeschritten.“ Während der Gerichtsverhandlung wurde die Angeklagte Jawidzki wieder von Krämpfen befallen, so daß die Verhandlung auf eine halbe Stunde vertagt werden mußte.

Nach Vernehmung der Sachverständigen begründet Assessor Dr. Müller die Anklage. Hieran reißen sich in vorgerückter Abendstunde die Plaidoyers. Während der Verteidigungsgespräche wird die Angeklagte noch zweimal ohnmächtig. Schließlich wird ein Sofa herbeigebracht, auf dem die Angeklagte mehr liegend als sitzend dem Schluß der Verhandlungen betheiligen soll. Aber bald müssen die Ärzte sich wiederum um sie bemühen. Endlich konnten die Geschwornen sich zur Verurteilung zurückziehen.

Die Schuldfragen wurden sämtlich verneint. Die Angeklagten mußten freigesprochen werden.

Verfammlungen.

Zweiter Wahlkreis. Der Socialdemokratische Wahlverein hielt am Mittwoch in Habels Brauereiansicht eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Ein Antrag des Vorstandes, den Monatsbeitrag vom 1. Januar 1903 ab auf 25 Pf. zu erhöhen, wurde mit allen gegen 6 Stimmen angenommen. Der Beschluß hat rückwirkende Kraft. Darauf fand eine sehr gründliche Aussprache über den Stand der Organisation im Wahlkreise statt, die von Vorsitzenden Wolterski mit einer scharfen Kritik der Verhältnisse eingeleitet wurde. Wohl, so führte der Redner aus, nähme der Wahlverein an Mitglieder zu — seit der letzten ordentlichen Generalversammlung seien schon wieder 81 Neuaufnahmen zu verzeichnen —, aber unter den Mitgliedern fehle es an dem nötigen Eifer, Stumpfheit und Lethargie machten sich geltend; ebenso bei den Bezirksführern, die zum Teil die Mitglieder nicht genügend zu den Arbeiten heranziehen oder in den Sitzungen fehlten. Auf Grund der Stimmenverhältnisse bei den letzten Reichstagswahlen und der Kommunalwahl im vierten Bezirk, sowie der Tatsache, daß im zweiten Wahlkreise ein Weg von proletarischer Wähler findet, wies der Redner darauf hin, wie notwendig es ist, daß mit mehr Eifer als bisher gearbeitet wird, und forderte die Genossen auf, nun alle anderen Interessen zurückzustellen und sich mit aller Kraft dem Dienst der Partei zu widmen. Wo der Bezirksführer lässig ist, müssen die Mitglieder selbst darauf drängen, daß er seinen Pflichten nachkommt. — Es folgte eine sehr rege, dem Sinne des Referenten entsprechende Diskussion, an der sich die Genossen Berner, Hensel, Kläber, Scholz, Silberstein, Reimann, Lehmann, Bernhardt und der Reichstagsabgeordnete Fischer beteiligten. Kläber machte den Vorschlag, daß auf den Aufnahmeformularen auch die Nummer des Bezirks, wo der Betreffende wohnt, angegeben werde, um dadurch zu erreichen, daß die Neuaufnahmen schneller als es jetzt der Fall ist, zu den Parteiarbeiten und den Besprechungen herangezogen werden. Silberstein wünschte, daß eine Kommission eingesetzt werde, die den Mängeln, die in der Organisation vorhanden sind, nachforschen sollte, und daß in der Zeit bis zur Wahl in den einzelnen Bezirken periodisch festgesetzte Versammlungen abgehalten werden, wozu die Bezirksführer in einer ihnen geeignet erscheinenden Weise einladen sollten, und wobei auf die in den Gewerkschaften gebräuchlichen Formen Rücksicht genommen werden sollte. Lehmann machte den Vorschlag, für die Bezirksführer Karten einzuführen, um den Besuch der Bezirksführer-Sitzungen zu kontrollieren. Die familiären Vorkämpfe wurden schließlich dem Vorstand als Material zur Berücksichtigung überlassen.

Sodann wurde beschloffen, die Adressen von vier Genossen zu veröffentlichen, die bereit sind, Anmeldungen zur Parteimitgliedschaft an den Arbeitern für die Partei und zum Eintritt in den Wahlkreis entgegenzunehmen, und hierzu die Genossen: Paul Scholz, Josenstrasse 1; Hermann Berner, Mühlwalderstraße 30; Karl Buchholz, bei Sumpke, Wilhelmsstraße 59, und Richard Reimann, Nebenstraße 120, im Raden, ernannt.

Arbeiterentlassungen in den Unionwerken kamen am Donnerstag in einer von ca. 1500 Personen besetzten Metallarbeiter-Versammlung in Webers Gesellschaftshaus zur Sprache. Seit dem Oktober vorigen Jahres wurde in den Union-Werken mit erhöhter Kraft gearbeitet. Es erfolgten zahlreiche Neu-Einstellungen, verbunden mit Nacharbeit und Ueberstunden. Am Tage nach Neujahr dagegen wurde plötzlich den Arbeitern eröffnet, daß infolge weltwirtschaftlicher Lieferungsstörungen und dadurch entstehender Verluste die Direktion vor die Wahl gestellt sei, entweder den Arbeitern Lohnabzüge in Höhe von 20—25 Proz. zu machen oder eine Anzahl von ihnen zu entlassen. Die Betroffenen wählten sofort eine Kommission, die dem auch eine Besprechung mit dem Direktor Wolmann hatte. Hierbei erklärte der Direktor, betreffs der angekündigten Lohnabzüge sei eine Aenderung unmöglich. Es liege nicht in der Absicht der Direktion, die Arbeiter schlechter zu stellen, doch falls die Dreher nicht billiger arbeiten wollten, würde das Werk ca. 700 Arbeiter entlassen müssen. Uebrigens möchten die Dreher doch erst mal probeweise zu den neuen Lohnsätzen arbeiten. — Die Kommission konnte auf dieses Ansuchen nicht eingehen, eine Lohnreduktion könnten sich die Arbeiter unmöglich gefallen lassen. Da mit dieser Kommission eine Einigung im Sinne der Unternehmer nicht zu erzielen war, hatte die Direktion am andern Tage an allen Abteilungen einige Arbeiter zu sich bestellt. Doch auch diese erklärten geflohen, nicht billiger arbeiten zu können. Nach einer nochmaligen Besprechung mit der ersten Kommission erklärte der Direktor, die alten Löhne weiterzahlen zu wollen, doch müßten eine Menge bereits in Auftrag gegebener Arbeiten wieder zurückgezogen und alle überflüssigen Arbeiter entlassen werden. — Am folgenden Tage folgten die Entlassungen. Zuerst kamen die Kommissionmitglieder an die Reihe, die dem Direktor nach dessen eigenem Ausspruch besonders sympathisch waren, weil sie nicht kriechend zu ihm gekommen waren, sondern frei und offen die Interessen ihrer Mitarbeiter vertreten hatten. Einer von diesen war bereits im fünften Jahre auf dem Werke thätig. Ihnen folgten bis jetzt etwa 300 weitere Arbeiter.

Die Versammlung war sich darüber einig, daß dieser Vorstoß der Direktion weiter nichts als eine Spekulation war, um die Löhne im allgemeinen erheblich zu reduzieren. Scharf kritisierten die Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes, Biesenthal und Cohen, das Verhalten des Direktors. Koch steht bei der „Union“ etwaige Verluste auf die Arbeiter abzuwälzen gesucht, und noch stets sind die Kommissionmitglieder der Arbeiter entlassen worden. Auf der einen Seite werden, wie Biesenthal bereits vor Monaten ausführte, ohne daß eine Anklage seitens der Direktion erfolgt wäre, Hunderttausende für hohe Beamtengehälter geradezu weggeworfen und auf der andern Seite werden die Arbeiter fortwährend mit Lohnabzügen bedroht oder einfach aus Pflaster geworfen. Doch auch den Arbeitern der „Union“ dürfte schließlich einmal die Geduld reichen, und wenn es dort bei günstiger Gelegenheit zu einem großen Auslande kommt, so mag die Direktion sich selbst dafür verantwortlich machen. — Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die noch in der „Union“ beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erkennen an, daß die Dreher, indem sie lieber ihre Entlassung nahmen, als sich Abzüge gefallen zu lassen, ein großes Opfer für ihre Mitarbeiter gebracht haben. Die noch im Betriebe Beschäftigten verpflichten sich, sich der Haltung der Dreher würdig zu zeigen, indem sie sich ebenfalls unter keinen Umständen die von der Direktion geplanten Abzüge gefallen lassen.

Charlottenburg. Die Maler und verwandten Berufsgeoffen hielten am 6. Januar eine gutbesuchte Versammlung ab, die sich mit der Angelegenheit von 7 Kollegen bei der Firma Köhler, Bismarckstraße 73 beschäftigte. Der Referent Klemm schilderte den Sachverhalt folgendermaßen: Auf dem Neubau des Charlottenburger humanistischen Reform-Gymnasiums wurde am 30. Dezember v. J. an die bei der genannten Firma beschäftigten Maler das Ansuchen gestellt, da verschiedene Arbeiten (Katheder, Podium, Stühle etc.) bis zu einem gewissen Termin fertiggestellt sein sollten, am Neujahrstage zu arbeiten, jedoch nur für den gewöhnlichen Stundenlohn von 53 Pf. Seit dem 1. Oktober v. J. haben die Maler mit den Innungen Berlins und der Vororte einen Tarif abgeschlossen, der für Sonntagsarbeit einen Zuschlag von 80 Proz. aufweist. Die Maler erklärten, daß sie allenfalls arbeiten würden, jedoch unter der Bedingung, daß ihnen der tarifliche Zuschlag bezahlt würde. Das bewilligte der Arbeitgeber. Nachdem nun die Maler am Neujahrstage geschuftet und dem Arbeitgeber aus der Tasche geholt hatten, wurden sie am nächsten Tage schickte Herr Köhler nach dem städtischen Arbeitsnachweis um Ertrag; allerdings gingen diese von dort vermittelten Kollegen, als ihnen die Situation klar wurde, nicht an. Von einem privaten Arbeitsnachweis, der von Seiten der Innung, deren Mitglied Herr Köhler ist und ebenfalls von Seiten der Gehilfen gesperrt ist, bekam der Herr aus seinen Büros die gewöhnlichsten Arbeitskräfte. Der Referent wie auch die folgenden Disziplinardredner hielten das Verhalten des Herrn für eine verwerfenswerte Maßregelung, die unter keinen Umständen hingenommen werden kann. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung sieht in der sofortigen Entlassung der sieben gemahregelten Kollegen bei der Firma Köhler einen Akt von Unternehmervöllerei und erkennt in dem Verhalten des Herrn einen Durchbruch unfreiwillig mit der Innung vereinbarten Lohnsätzen. Die Versammlung beauftragt den Gehilfenausschuß, die Angelegenheit in der Charlottenburger Maler-Innung zur Sprache zu bringen, damit derartige Fälle in Zukunft unterbleiben. Die weiteren Schritte werden dem Vorstand der Organisation in der Angelegenheit überlassen.

Von einer Sperre nahm die Versammlung wegen der allgemeinen schlechten Konjunktur Abstand.

Steglitz. In der gutbesuchten Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins hielt der Vorsitzende Bielow einen Vortrag, in welchem er die Ereignisse der jüngsten Zeit auf dem Gebiet der inneren Politik Revue passieren ließ und die Aufgaben kennzeichnete, welche sowohl der Partei, als auch speziell untreu Verein in diesem Jahre erwachsen. — Hierauf wurde die Neuwahl der Bezirksführer und ihrer Stellvertreter vorgenommen, sowie eine Ergänzungswahl zur Lokalkommission.

Letzte Nachrichten und Depeschen.
Former-Ansicht in Solingen.
Solingen, 9. Januar. (W. S.) In der Etügelerei Voos legten die Former die Arbeit nieder, weil die Firma über entlassene Arbeiter eine schwarze Liste verfaßt hatte.

Venezuela.
London, 8. Januar. Das „Neuerliche Bureau“ erfährt, es würden Schritte gethan, welche darauf hingingen, in Washington eine Beratung zwischen Vertretern der an der venezuelanischen Angelegenheit beteiligten Mächte abzuhalten. Es werde erwartet, daß Präsident Castro den amerikanischen Gesandten Bowen beauftragen werde, als Vertreter Venezuelas an dieser Beratung teilzunehmen.

Washington, 8. Januar. (Meldung des „Neuerlichen Bureau“.) In hiesigen Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß der Weg zur Regelung der venezolanischen Schwierigkeit sehr frei wird, denn es zeigt sich, was bereits Depeschen aus Europa hatten annehmen lassen, daß die gleiche Ansicht besteht, die Angelegenheit, ohne daß man sich an das Haager Schiedsgericht wendet, zum Austrag zu bringen. Castro hat den Gesandten Bowen endgültig zu seinem Kommissar bestellt, und zwar ein paar Punkte hinsichtlich der Bedingungen, deren Regelung der in Washington abzuhaltenden Konferenz vorangehen muß, freundschaftlich erledigt werden können, wird erwartet, daß England und Deutschland ihre Vorkämpfer in Washington zu ihren Kommissaren ernennen werden. Wenn der Zusammenritt dieser Kommission erfolgt, wird dies mit Anwesenheit an dieselbe geschehen, daß sie sich demühe, den Streitfall endgültig hier in Washington zu erledigen. Bowen scheint voll Zuversicht zu sein, daß er eine solche Beilegung wird zu frande bringen können.

Zum nächsten Hoffen.
Genf, 9. Dezember. Die „Schweizerische Depeschagentur“ vernimmt aus sicherer Quelle, daß die in der Presse verbreiteten Nachrichten über eine der Kronprinzessin von Sachsen angebotene Jahresrente und die Reise des Erzherzogs Josef nach Genf reine Erfindungen sind. Die Verhandlungen zwischen Justizrat Köner und dem Abolaten Lagenal dauern fort.

Grubenbrand.
Leipzig, 9. Januar. (W. S.) Nach weiteren Meldungen aus Porphyr sind daselbst 32 Schächte ausgebrannt und 23 Häuser vernichtet worden. Vier Schächte stehen noch in Flammen. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht bekannt. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Sterzu 2 Bellagen.

Die Agrardebatte auf dem Parteitag der polnischen Socialdemokratie Galiziens.

Auf dem Parteitag der polnischen Socialdemokratie Galiziens wurde die ländliche Frage besprochen und eine entsprechende Resolution angenommen. Der Verlauf der Diskussion war folgender:

Abg. Daschnski führte aus, daß die Socialdemokraten Galiziens das erste Mal eine praktische Arbeit unter der bäuerlichen Bevölkerung bei den Reichstagswahlen 1897 betrieben haben. Wir haben damals große Erfolge aufzuweisen gehabt und seit dieser Zeit haben wir die Landagitation nicht aus den Augen verloren. In Krakau erscheint seit vielen Jahren das sozialistische Bauernblatt „Pracow Ludu“, außerdem existiert in Krakau ein unentgeltliches Rechtsbureau, welches von Tausenden von Bauern benutzt wird.

Die Bauernstreiks haben gezeigt, daß die Agrarfrage in Galizien brennend ist. Die Streiks zeigten in greller Beleuchtung das Elend der ländlichen Bevölkerung, von welcher 87 Proz. so arm sind, daß sie, wie konservative Gelehrte konstataren, ein halbes Jahr hindurch kein Brot genießen. Die Wälder und Hütebenen bilden das Monopol des Großgrundbesitzes, wodurch die Viehzucht des Bauern verläumert wird. Die ersten Anfänge der bäuerlichen Opposition sind durch den Berrat Stojalowski und durch die Uebernahme der Volksparteier in die Brüche gegangen. Es zeigte sich, daß nur die Socialdemokratie eine zielbewußte Organisation der ländlichen Bevölkerung durchzuführen kann und wird. Wenn auch über den Bauern, als Grundbesitzer innerhalb unsrer Partei verschiedene Ansichten vorhanden sind, so existiert Einmütigkeit über den Schutz des Bauern als Proletarier. Die Mittel des Massenkampfes, die in der Stadt wirksam sind, können wir auch auf dem Lande anwenden. Vor allem aber müssen wir die Landarbeiter organisieren, damit sie nicht wehrlos den niederrädrigen Verfolgungen preisgegeben sind.

Kedner verliest seine Resolution und betont, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die westgalizischen Landarbeiter ihren Brüdern im Osten nicht mehr als Streikbrecher in den Arm fallen werden.

Die Resolution lautet:

Der Landarbeiter-Streik, welcher im Vorjahre ausbrach, war eine notwendige Abwehr der ausgebeuteten Bauern gegenüber den überaus niedrigen Arbeitslöhnen, dem herrschaftlichen Wucherstystem und der ökonomischen Ausbeutung im allgemeinen. Die Ausbeutung dieser Volksbewegung durch Chauvinisten verschiedener Nationen ist ein dem Volke schmerzlicher Betrug. Im Interesse des Gedeihens dieses bei uns noch so schwachen Kampfmittels wie der Agrarfrage muß vor allem das Massenbewußtsein des polnischen und des ruthenischen Landvolkes, ferner das Solidaritätsgefühl infolge der gemeinsamen Interessen des Landvolkes beider Nationen gehoben werden. Gegen das unvorbedachte, leistunglose Provozieren von Streiks muß Verwahrung eingelegt werden, so wie gegen das Preisgeben der Interessen der Streikenden durch unehrliche Vermittler. Der Parteitag anerkennt ferner die Notwendigkeit einer energischen Agitation zum Zwecke der Organisierung des Landvolkes auf Grund eines klar abgefaßten, alle Interessen der ländlichen Bevölkerung umfassenden Programms. Zu diesem Zwecke ist innerhalb der Partei eine entsprechende Organisation zu bilden, welche dem nächsten Parteitag ein fertiges Projekt eines Agrarprogramms vorlegen und in der Zwischenzeit die Organisation der bäuerlichen Vertrauensmänner durchführen könnte.

Dr. Ladislaus Gumprowicz erklärt, auf seine jener Socialisten zu sehen, welche das Verhältnis zwischen Groß- und Kleingrundbesitz anders als das Verhältnis zwischen Groß- und Kleinindustrie auffassen. Der Großgrundbesitz ist kein Produkt des Kapitalismus, sondern ein Ueberbleibsel des Feudalismus, ein Privilegium. Der Kleinbesitz ist ihm gegenüber konkurrenzfähig. Ueberall dort, wo die natürliche Entwicklung des Bauern durch die Institution der Herrschaftsgebiete nicht gehemmt wird, wurde eine freiwillige Genossenschaftsbewegung ins Leben gerufen, und zwar zum Zwecke des Anlaufens von Geräten und Maschinen, von Gebrauchsarbeiten, zum Zwecke des Verkaufes, des Kredites usw. Wir müssen auch in Galizien denselben Weg einschlagen und den Bauer im Kampfe gegen den Großgrundbesitz stärken, und zwar durch kooperativgenossenschaftliche und Raiffeisen-Kassen. Wir müssen die Lösung angeben: fort mit dem Großgrundbesitz! Der Weg zum Socialismus führt nicht durch den Großgrundbesitz, sondern durch die Wirtschaft freier Bauern, welche ihren Boden zwar einzeln bebauen, aber in kooperativgenossenschaftlichen Vereinigungen vereinigt sein werden. Ich weiß — sohöher der Redner —, daß nicht alle Mitglieder des Kongresses unsere Vorschläge gutheißen werden. Als Material für eine umfassende Diskussion werden sie jedoch nicht ohne Wirkung bleiben.

Der ruthenische Socialdemokrat Semen Wihl führte aus: Die Socialdemokraten haben an der Streikbewegung teilgenommen und ihrem Einflusse ist es zu danken, daß die Streiks die Form eines geregelten Massenkampfes angenommen haben. Die socialdemokratischen Abgeordneten haben auch am wirksamsten die Interessen der streikenden Landarbeiter im Parlamente vertreten. Kedner polemisiert dann mit den Ausführungen des Dr. Gumprowicz und erklärt, daß bei den jetzigen Verhältnissen nur eine Arbeit im Sinne der Anträge des Abg. Daschnski möglich ist. Kedner glaubt überhaupt nicht an die Möglichkeit eines einheitlichen Agrar-Programms, welches absolute Geltung für alle Verhältnisse hätte.

Den Verlauf des galizischen Landarbeiter-Streiks besprechend, erklärt Kedner, daß die Ursachen und die Entstehung des Streiks mit nationalpolitischen Motiven gemein haben. Wahr ist nur, daß der Streik von den ruthenischen und polnischen Nationalisten mißbraucht worden ist. Der Ursprung des Streiks ist in den blutigen Junitagen in Lemberg zu suchen. Eine der Forderungen der Lemberger Bauarbeiter war, daß nichtorganisierte, von den Dörfern zurückgebliebene Arbeiter nicht in Lemberg beschäftigt werden. Die Unternehmer mußten sich dieser Forderung fügen und entließen die Provinzarbeiter, welche in ihre Heimatsorte gingen und dort während der Entgegnung zu streifen begannen. Die ersten Landarbeiter-Streiks brachen in Lemberger Bezirk aus. Das zweite Streikzentrum war Ternopol. Auch hier war eine Bauarbeiter-Vogelbewegung im Zuge mit der Spitze gegen die unqualifizierten und nichtorganisierten Provinzarbeiter, welche dann ein Ferment in die Dörfer brachten.

Es lag im Interesse der Schlachta, dem Streik nationalpolitische Motive zu untergeben. Die jungen Volkstümer der ruthenischen nationalen Partei gingen in die ihnen von der Schlachta gestellte Falle und glaubten, Ministerpräsident Koerber werde mit ihnen palieren. Sie waren ganz stolz auf einen Artikel im „Pester Lloyd“, welcher den Dr. Koerber zum Friedensstiller mit den Ruthenen ermahnte. Im „Dilo“ stellten sie einen Delalog der ruthenischen Forderungen auf, die aber so ungeheuerlich waren, daß selbst deren Verfasser dieselben als einen Witz bezeichnet hat. Den Schlachta war dieser Delalog ein gefundenes Fressen, und ihre Frechheit feierte wahre Orgien. So wurde die ganze Bewegung der Bauern zur Entgleisung gebracht. Gestreikt haben nur polnische Bauern, während hingegen ruthenische Großgrundbesitzer die Streikenden mit gleichen Mitteln wie die Schlachta belästigt haben. Schon jetzt werden Duzolen und Masuren als Streikbrecher gedungen!

Die Auswüchse des ruthenischen Nationalismus verurteilt der Redner nicht nur als Socialdemokrat, sondern auch als Athene.

Kedner schließt mit der Konstatierung, daß die polnische Socialdemokratie die einzige von den polnischen Parteien war, welche dem ruthenischen Volke Sympathien und tatsächliche Unterstützung gebracht hat.

E. Gaeder kritisiert den Standpunkt des Dr. Gumprowicz und sagt, daß bei den heutigen Verhältnissen Galiziens von einer ökonomischen Aktion unter den Bauern nicht die Rede sein kann.

Gumprowicz habe die Begriffe: Eigentum und Produktion verwechselt. Er behauptet, daß die Kleinproduktion der Großproduktion überlegen ist; warum also will er denn die Kooperativgenossenschaften gründen, welche doch nichts anderes als Großproduktion sind, wobei nur das Eigentum zerstückelt bleibt. Gumprowicz habe uns nichts Neues gesagt: die bäuerlichen Genossenschaften, Raiffeisenkassen, Parzellierungsbanken existieren schon seit langen in Galizien, sie haben aber nichts mit Socialismus gemein. Nicht dazu haben wir in Galizien jahrzehntelang blutige Opfer gebracht, um dann Raiffeisenkassen zu gründen. Auf dem flachen Lande Galiziens müssen wir die Fahne des sozialen Krieges aufhissen. Die Streiks der ruthenischen Bauern haben uns den Weg klar vorgezeichnet. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen, wurde die Resolution des Abg. Daschnski einstimmig angenommen.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Bei der Stadtverordneten- und Stadtratswahl in Gnanau siegte der socialdemokratische Kandidat. Mit ihm zieht der fünfte Socialdemokrat ins Stadtparlament ein. In Oshenwärd in Hamburger Landgebiet wurden in der dritten Klasse die beiden socialdemokratischen Kandidaten gewählt.

Polizielles, Gerichtliches usw. Grober Unfug.

Wegen Verbreitung eines Flugblattes über die Steuerzuschläge wurde dem Genossen Troll in Liederan (Sachsen) eine Polizeistraf von 10 Mark auferlegt. Die Polizei hat es leicht. Sie braucht sich nicht mit „Begründungen“ abzugeben. Anders die Gerichte. Wenn die so einem Umstürzler wegen groben Unfuges bestraft werden wollen, so müssen sie auch sagen, was sie unter grobem Unfug verstehen. Dem Schöffengericht in Deberan, an das sich Genosse Troll wandte, kam diese Schwierigkeit auch zum vollen Bewußtsein und es zog sich deshalb auf eine Störung der Sonntagsruhe zurück. Das ist einfacher. Bei den 10 Mark blieb's aber. Troll ging nun ans Landgericht in Freiberg und dieses im Bewußtsein seiner juristischen Meisterschaft nahm's mit dem groben Unfug auf. Es blieb auch hier bei den 10 Mark. Meisterschaft läßt sich die Begründung:

Wenn sich auch niemand belästigt gefühlt habe, so sei das Flugblatt doch geeignet, daß in die Bevölkerungslaffen zu tragen. Dadurch sei der Bestand des groben Unfuges gegeben.

Selbst ein medienburgischer Staatsanwalt führte am Donnerstag vor dem Landgericht Kostitz in der Berufungssache eines wegen groben Unfuges Verurteilten aus:

Grober Unfug liegt nur dann vor, wenn das Publikum in seiner Allgemeinheit beunruhigt und belästigt würde und wenn solches außerdem öffentlich in die Erscheinung tritt. Es genüge allerdings, wenn die Belästigung oder Beunruhigung nur eine einzelne Person treffe, aber es genügt nicht, daß solche Belästigung oder Beunruhigung nur dem einzelnen zum Bewußtsein komme, sondern es müsse dies der Fall sein auch bei andern.

Dieser Auffassung schloß sich das medienburgische Gericht an und erkannte auf Freisprechung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Verband der Möbelpolierer hat sich durch Abstimmung mit 361 gegen 141 Stimmen für die obligatorische Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung erklärt. In der letzten Generalversammlung des Verbandes wurde deshalb beschlossen, die Unterstützung ausserhalb einzuführen und zwar so, daß Mitglieder, welche dem Verbands 1/4 Jahr angehören, pro Tag 7 Pf. erhalten. Bei einer Mitgliedschaft von einem Jahr 1 M., bei zwei Jahren 1,25 M. und bei drei Jahren 1,50 M. Die Unterstützung wird vom nächsten Tage der Arbeitslosigkeit an ausbezahlt. Die näheren Bestimmungen über die Regelung des Arbeitsnachweises wurden hierauf festgelegt. Der wöchentliche Beitrag beträgt jetzt 60 Pf., er tritt am 5. Januar in Kraft.

Als Ausschussmitglieder wählte die Generalversammlung Kiese, Ritzsche, Weber, Siebert und Lorenz. Ferner wurde beschlossen, in Weihenau einen Arbeitsnachweis zu errichten.

Kleidung, Metallformer und Gießerei Arbeiter! Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß der Betrieb von Eimer, Sebastianstraße, streng gesperrt ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Eine Organisationskammer unter gewerkschaftlicher Flagge wollen die Berliner Anarchisten betreiben. In ihrem Organ „Neues Leben“ ist zu lesen:

„Freie Gewerkschaft aller Berufe Berlins und Umgegend“ nennt sich eine neugegründete gewerkschaftliche Organisation, deren Hauptaufgabe in der Propagierung und Förderung der Idee des Generalstreiks und der dazu notwendig bedingten sozialen Genossenschaften besteht soll. Außerdem leistet die „Freie Gewerkschaft“ ihren Mitgliedern in allen aus den bestehenden Arbeitsverträgen resultierenden Streitigkeiten Rechtschutz sowie Unterstützung bei Maßregelungen, Ausperrungen und Streiks bei einem Eintrittsgeld von 30 Pf. und einem wöchentlichen Beitrag von 25 Pf.

Die Bemerkung ihrer Hauptaufgabe will die freie Gewerkschaft durch Vorträge und Beschaffung einer guten Bibliothek zu erreichen suchen und ist es wohl daher Aufgabe aller derjenigen, welche mit den bestehenden Industrieverbänden infolge ihres immer mehr und mehr ausbreitenden Unterführungsweises und ihres Centralismus, sowie auch der bestehenden lokalen Organisationen, die nach Ansicht des leitenden Redakteurs ihres Organs, der „Einigkeit“, und ihrer Hauptvertreter als erste Aufgabe die Erziehung der Arbeiter zur socialdemokratischen Partei haben sollen, nicht einverstanden sind, sich der freien Gewerkschaft nicht anzuschließen. Die erste ordentliche Vereinsversammlung findet am 10. Januar 1903, abends 9 Uhr, im Lokale von Herrn Henkel, Holmannstraße 33, statt. In derselben soll außer Vertragsentrichtung Aufnahme neuer Mitglieder aus allen Berufen, Wahl der Verwaltung und des aus je einem Delegierten aller vertretenen Berufe zusammengesetzten Ausschusses, dessen Aufgabe in der Unternehmung der Lage der einzelnen Berufe und im Erwägen der zur Abänderung notwendigen Schritte besteht, eine Besprechung über die vorläufige einflussreiche Taktik zur Heranziehung von Mitgliedern und zum Ausbau der freien Gewerkschaft stattfinden.

Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß die „Freie Gewerkschaft“, dies von einigen anarchischen Wurzelpflanzen gegründete Vereinigen mit dem gewerkschaftlichen Auswahlgeld, irgendwelche Berechtigung erlangen oder gar die Gewerkschaftsbewegung beeinflussen könnte. Das neue Organisationskammer kann allenfalls ein Sammelpunkt werden für ein Häuflein solcher Elemente, denen es in keiner Arbeiterorganisation, die ernste, praktische Arbeit leistet, wohl ist, und die deshalb für ihre Quertreibereien noch eine ganz besondere Sonderorganisation brauchen.

Deutsches Reich.

Zum Bergarbeiter-Ausschuss in Obersachsen meldet Wolffs Bureau aus Weutchen vom 9. Januar:

Nach Mitteilung der Verwaltung der Florentinergrube sind bei der heutigen Prüfung auf Carnalls Frauendenschacht 370 und auf dem Redensbläschschacht 210 Mann nicht eingefahren. Die Ordnung

wird durch die Gendarmerie aufrechterhalten. Der Betrieb geht weiter.“

Man hat zwar bis jetzt noch nichts davon gehört, daß die Ordnung gestört ist oder deren Störung auch nur in Aussicht steht, aber Gendarmen und Polizisten dürfen nun einmal nicht fehlen, wenn Arbeiter irgendwo streifen.

Zum Weberstreik in Meerane wird uns geschrieben, daß zur Zeit Verhandlungen des Vorsitzenden des Textilarbeiter-Verbandes und der Streikkommission mit den Vertretern des Fabrikantenvereins stattfinden, um, wenn möglich, eine Beilegung des Streiks zu erzielen.

Maßregelungen von Bergarbeitern. In den sächsischen Bergwerksdistrikten fanden kürzlich die Knappschaftswahlen statt. Bei früheren Gelegenheiten wurden stets eine Anzahl von Bergarbeitern, die sich an der Agitation für den Arbeiter genehme Mandatanten beteiligten, gemäßiget. Diesmal haben die Arbeiter nun alles unterlassen, was den Grubenbaronen Ursache zur Maßregelung geben könnte, insbesondere hat man die öffentliche Wahlagitation auf das notwendige Maß beschränkt, aber das alles hat nicht gehindert, daß auch jetzt wieder eine Anzahl von Arbeitern dem Terrorismus der Grubenbesitzer zum Opfer gefallen sind. Die Wahlen sind im Sinne der organisierten Bergarbeiter ausgefallen, nicht die Streiker, sondern organisierte Arbeiter sind als Knappschaftsaffiliierter gewählt worden, und aus Kecker darüber wurden im Zwickauer und im Delonitz-Lugauer Revier Maßregelungen vorgenommen. So haben die Grubenbesitzer wenigstens Rache genommen wegen des Wahlergebnisses, welches nicht nach ihrem Wunsch ausgefallen ist.

Einigungsamtliche Abmachungen gebrochen. Zwischen den organisierten Badergehilfen und der Badermeister-Jungung in München waren seitler Zeit vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt Vereinbarungen getroffen worden, wonach zu Weihnachten in der Nacht vom ersten zum zweiten Feiertag in allen Baderereien der Betrieb ruhen und infolge dessen am zweiten Feiertag die Baderläden völlig geschlossen bleiben sollten. Ebenso sollte es zu Ostern und zu Pfingsten gehalten werden. Die Vorstandschaft der Jungung war redlich bestrebt, den Vereinbarungen Geltung zu verschaffen, doch bald kamen die Gehilfen dahinter, daß eine ganze Anzahl von Badermeistern und Mitgliedern der Jungung das gegebene Wort nicht zu halten beabsichtigten. In den weitesten Kreisen hatte man sich mit dieser Keuerung abgefunden, und es würde die strikte Durchföhrung der Maßnahme bei der Münchener Bevölkerung auf keinerlei Widerspruch gestoßen sein. Da erschien unerwartet einige Tage vor Weihnachten eine von 36 Badermeistern unterzeichnete Bekanntmachung, worin gesagt war, daß sie, die Bader, sich an den Einigungsbeschluss, bezu. die Entscheidung des Einigungsamtes nicht hielten. Das Vorgehen der 36 Badermeister machte auch andere Meister unzufrieden, und der Effekt war, daß, wie die „Augsburger Abendzeitung“ wissen will, in ca. 320 von 580 Baderereien vom 1. auf den 2. Weihnachtstag gearbeitet und demgemäß am 2. Feiertag die Läden offen gehalten wurden, während ca. 200 Badermeister an dem Beschlusse festhielten. Wie es bezüglich der besprochenen Abmachung in Zukunft gehalten wird, muß sich erst zeigen. Die Gehilfenschaft wird auf jeden Fall mit Nachdruck auf die Erfüllung der Vereinbarungen dringen.

Ausland.

Der Streik in Barcelona ist zu Ende. Die ausländischen Journalisten und Hafenarbeiter haben am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag Frau Marie Hofmann einen Vortrag über das Nothdenk der Frau. Den interessantesten Ausführungen folgte die zahlreich besetzte Versammlung mit lebhaftem Interesse. In den Vorträgen schloß sich eine sehr rege Diskussion. Die nächste Vereinsversammlung findet am 19. Januar in den Armhölhlen statt, wo Herr Privatdozent Dr. Gottschalk über die Hygiene der Entwicklungsjahre sprechen wird. Gäste sind sehr willkommen.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß die bis 10. Januar nicht abgelieferten Krania-Billets als verkauft angesehen werden. Der Vorstand.

Sociales.

Gewerbliche Tarifverträge und Schiedsgerichte.

Zu dem in unserer Nr. 1 vom 1. Januar enthaltenen Artikel unter dieser Ueberschrift erhalten wir mit der Bitte um Veröffentlichung folgende Zuschrift:

Gegenüber den bisher laut gewordenen Stimmen vertritt ich die Meinung, daß der § 6 des Gewerbegerichts-Gesetzes auf die eigene Gerichtsbarkeit der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker die mehrfach behauptete Wirkung nicht haben kann, und zwar aus folgenden Gründen: Der § 6 des G.-G. scheidet in seinem zweiten Absatz von Schiedsverträgen, durch welche die Zuständigkeit der Gewerbegerichte ausgeschlossen sei. Wenn ich dem Wortlaut des § 6 folgen darf, so ist zunächst festzustellen, daß Schiedsverträge innerhalb der Tarifgemeinschaft überhaupt nicht bestehen. Ein Schiedsvertrag existiert beispielsweise in Berlin bei der Jungung Berliner Buchdruckermeister, und hier ist auch dem Gesetz bereits Genüge gethan; denn hier ist neben einer gleichen Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch der unparteiische Vorsitzende in der Person eines Anwalts vorhanden. Dieser Schiedsvertrag schaltet allerdings die Zuständigkeit der Gewerbegerichte für gewerbliche Streitigkeiten innerhalb der Jungungsbezirke aus, die Sprüche dieses Schiedsvertrags sind auch rechtswirksam, und die Anerkennung des Schiedspruches kann durch die wirksamen Schiedsvertrag auch durch Zwangsgewalt erzwungen werden.

Bei den Schiedsgerichten der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker kann aber von einem solchen Schiedsvertrag keine Rede sein, und deshalb ist bei der Zusammensetzung der Schiedsgerichte weder dem § 6 des G.-G. Rechnung getragen worden, noch nach derselben nach meiner Ansicht auf diese Schiedsgerichte zur Anwendung gebracht werden. Die Schiedsgerichte bestehen zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und besteht der Vorsitz zwischen beiden Gruppen stets von Eignung zu Eignung; genau so liegt es bei der Verfassungssitzung für die Schiedsgerichte, dem Tarifsaute der deutschen Buchdrucker. Diese tariflichen Instanzen befassen sich nach § 51 des Tarifs lediglich mit „Streitigkeiten über die Auslegung der Bestimmungen des deutschen Buchdrucker-Tarifs“, nicht aber mit solchen Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage, die ihrer Natur nach vor die Gewerbegerichte gehören. Es ist demnach durch die tariflichen Schiedsgerichte die Zuständigkeit der Gewerbegerichte absolut nicht ausgeschlossen. Klagen der letzteren Art werden nur dann von den tariflichen Schiedsgerichten verhandelt, wenn beide streitenden Parteien die Streitbildung durch das tarifliche Schiedsgericht ausdrücklich wünschen. Im übrigen sind die tariflichen Schiedsinstanzen nur für diejenigen Prinzipale und Gehilfen zuständig, die der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker angehören.

Der § 51 des Tarifs bestimmt weiter, daß die Schiedsgerichte zur eventuellen Mittels bei „Abschließung von Vereinbarungen“ berufen sind. Um einer irrtümlichen Deutung dieser Bestimmung vorzubeugen, möchte ich bemerken, daß es ja dabei lediglich um die Abschließung eines Einheitspreises handelt, bei welchem die Vor- und Nachteile einer den Gehilfen zugewiesenen Accordarbeit an einander in ein gerechtes Verhältnis gebracht werden sollen;

eine Differenz über den festzusetzenden Preis muß deshalb zwischen den Parteien gar nicht bestehen, sondern diese wollen einfach den Rat tarifbildender Sachgenossen hören, um sich entweder gleich vor dem Schiedsgericht oder später allein über einen solchen Einheitspreis zu verständigen.

Die Urteile der tariflichen Schiedsgerichte sind, wie der § 6 des Gewerbegerichts-Gesetzes voraussetzt, auch nicht rechts-wirksam im Sinne des Gesetzes, so wenig wie die tariflichen Schiedsgerichte Erzwaltungs- oder die Rechte einer Gerichtsbehörde besitzen noch beanspruchen. Die Urteile sind nur rechtsgültig im Sinne des Buchdrucktariffs, und tarifrechts- verbindlich für alle tariftreuen Prinzipale und Gehilfen im Buchdruckgewerbe. Deshalb sagt auch der § 51 des Tarifs in seinem letzten Absatz, daß

„die Mitglieder der Tarifgemeinschaft verpflichtet sind, in den für die Schiedsgerichte zuständigen Fällen die tariflichen Instanzen anzurufen, und daß die Entscheidung dieser Instanzen für die betreffenden Mitglieder unbedingt verbindlich ist.“

Tariftreue Prinzipale oder Gehilfen, die sich dieser Bestimmung des § 51 nicht fügen wollten, würden eben aufhören tariffrei zu sein und kämen deshalb aus der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker aus. Würde ein solcher Fall eintreten, dann hätten beispielsweise die tariftreuen Gehilfen einer Buchdruckerei, die diese Bestimmung des § 51 des Tarifs mißachteten, das Recht und die Pflicht, ihr Arbeitsverhältnis bei der Firma unter Einhaltung der ordnungsmäßigen Kündigungsfrist zu lösen, während im umgekehrten Fall die Firma das Recht hätte, die Gehilfen zu entlassen. Die Arbeitsnachweise der Tarifgemeinschaft würden in einem solchen Falle an die tarifbrüchige Firma Arbeitskräfte nicht vermitteln oder die tarifbrüchigen Gehilfen in die Listen der Arbeitsuchenden nicht eintragen.

Gegenüber den sonach ganz eigenartig gelagerten Verhältnissen im Buchdruckgewerbe vertritt ich die Ansicht, daß die Zusammenfassung und Rechtsprechung der tariflichen Schiedsinstanzen durch den § 6 des Gewerbegerichts-Gesetzes gar nicht berührt werden kann und daß deshalb für dieselben keine Veranlassung vorliegt, sich diesen gesetzlichen Vorschriften, die für ganz andere Verhältnisse geschaffen sein dürften, anzupassen.

Die für die Mitglieder der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker bestehende moralische Verpflichtung zur Anerkennung der Schiedsprüche hat bisher auch eine solche Respektierung gefunden, die das Verlangen nach einer Umgestaltung der bisherigen tariflichen Gerichtsbarkeit gar nicht aufkommen ließ. Denn von den Hunderten von Urteilen, die innerhalb des sechsmonatigen Bestehens der Tarifgemeinschaft durch die 35 Schiedsgerichte gefällt worden sind, blieben bisher nur sechs Urteile nicht anerkannt, und zwar in fünf Fällen von Prinzipalen, in einem Falle von einem Gehilfen. In nur zwanzig Fällen konnten sich die Schiedsrichter zu einem mit genügender Majorität gefällten Urteil nicht einigen, und zwar in besonderen deshalb nicht, weil nach ihrer Meinung eine Unklarheit des tariflichen Gesetzes vorlag und sie deshalb die Entscheidung über den strittigen Fall lieber der gesetzgebenden Körperschaft, dem Tarif-ausschuß bezw. dem geschäftsführenden Tarifamt, als Berufungsinstanz überließen. Alles dies spricht doch wohl dafür, daß trotz Fehlens des unparteiischen nichtstaatlichen Vorsitzenden die Rechtsprechung durch die tariflichen Instanzen eine gerechte sein muß und daß ohne Rechtsirrtumlichkeit der Entscheide diese doch seitens der Parteien als tarif-rechtsgültig anerkannt und respektiert werden. Weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach dürften deshalb die bestehenden Einrichtungen im Buchdruckgewerbe mit dem § 6 des Gewerbegerichts-Gesetzes kollidieren.

Paul Schliebs
Geschäftsführer im „Tarifamt der deutschen Buchdrucker“.

Wie mit Arbeiterleben gespielt wird. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich vor der Strafkammer in Rasthor in Ober-schlesien der Ziegeleibesitzer Gottlieb Giese, der mehrere Ziegeleien im Kreise Rasthor besitzt, und sein Ziegeleimeister Johann Schäfer zu verantworten. Auf den Ziegeleien des Herrn Giese sind die Unglücksfälle an der Tagesordnung. Zweimal bereits ist der Herr wegen fahrlässiger Tötung bestraft, dem zwei der Ziegelei-Unfälle haben bereits mit dem Tode von Arbeitern geendet. Damals war Herr Giese zu drei und vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das hat ihn jedoch nicht rüchridtsvoller gegen seine armen Arbeiter gemacht. Die Vorstandsregeln in seinen Ziegeleien waren auch im Oktober des vergangenen Jahres so mangelhaft, daß eine vier Meter hohe Lehmannwand, an der Arbeiter beschäftigt waren, ein-stürzte und dabei eine Leertotung verursachte. Diese Leertotung ist der Arbeiter Jetter und schlug ihn auf der Stelle tot. Die Strafkammer stellte ein Verdict über die beiden Angeklagten fest und verurteilte Giese zu acht Monaten, Schäfer zu drei Monaten Gefängnis.

Wenn man sich erinnert, daß ein sozialdemokratischer Redakteur wegen einer Beleidigung, der gewissermaßen auch nur eine Fahrlässigkeit zu Grunde lag und die nachträglich wieder gut gemacht wurde, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, so wird man über die Verschiedenheit der Bewertung dieser Handlungen wohl verwundert sein dürfen.

Am Gesetz liegt es übrigens nicht, denn dieses bedroht die Beleidigung (§ 186) mit höchstens zwei Jahren Gefängnis, während für fahrlässige Tötung in einem Falle wie dieser bis zu 5 Jahren Gefängnis angedroht ist.

Zur Bleiweißfrage.

Ueber Versuche mit Bleiweiß und Zinkweiß berichtet die „Soc. Praxis“:

Die „Société de Médecine publique et de Génie sanitaire“ in Paris hat zur Prüfung dieser Frage eine Kommission ernannt, die sich mit der offiziellen Vertretung der Unternehmer (Chambre des Entrepreneurs de peinture) in Verbindung setzte. Eine aus Delegierten beider Korporationen bestehende Kommission, in der ein Arzt, ein Chemiker, ein Architekt, der Vizepräsident, der Syndikus und der Sekretär der Malerkammer vertreten waren, führte sodann eine Reihe von Versuchen in Paris aus. Die Farben, sowohl das Bleiweiß wie das Zinkweiß, wurden von den Malermeistern in der Qualität und in Mengen, wie sie im Handel üblich sind, geliefert. Das Protokoll führte der Sekretär der Malerkammer, und dieser erstattet auch einen offiziellen Bericht im „Office du Travail“. Nach diesem Bericht wurden die Versuche ausgeführt im Freien auf einer Mauer, auf zwei eisernen Fensterrahmen, auf Beschlägen einer Thür, auf Türen und Pfosten von Holz, im Innern endlich auf einer im Dunsten belegenen Wand. Der Anstrich mit Bleiweiß und mit Zinkweiß wurde überall unter völlig gleichen Bedingungen von einem Arbeiter des Vizepräsidenten der Malerkammer ausgeführt, und zwar in der Zeit vom 20. August bis 1. September 1902. Dem Bericht ist eine sehr eingehende chemische Analyse der verwendeten Farben beigelegt, ebenso genaue Angaben der zum Anstreichen der verschiedenen Flächen nötigen Mengen. Die erzielten Ergebnisse dieser Versuchsreihe, deren Wichtigkeit die sämtlichen Mitglieder der Kommission, Gelehrte wie Interessenten, mit ihrer Unter-schrift bestätigen, werden folgendermaßen geschildert: 1. Was die Leuchtbarkeit der Verwendung beider Farbstoffe betrifft, so stellen die Malermeister wie die Arbeiter fest, daß hier keinerlei Unterschied besteht. 2. Mit Bezug auf die Deckkraft wurde von sämtlichen Kom-missionsmitgliedern konstatiert, daß Bleiweiß und Zinkweiß die gleiche Fähigkeit zu decken besitzen. 3. Dasselbe ist der Fall hinsichtlich des Trocknens. Im Freien wie im Innerraum trockneten beide Farben mit der gleichen Schnelligkeit. 4. Die einzige Frage, die noch offen bleibt, ist die nach der Beständigkeit und dem Widerstand gegen atmosphärische Einflüsse. Hier schloß bis jetzt die Möglichkeit, ein Resultat zu gewinnen, da die Zeit zu kurz war. Erst in 5 bis 6 Jahren wird eine bestimmte Antwort möglich sein. Die Kom-mission wird sich zu diesem Zweck alljährlich einmal versammeln.

Sam Herzstreik in Vera liegt heute eine ausführliche Erklärung des Vorstandes der Textilbetriebskasse vor. Es wird darin mit- geteilt, daß das Lauscha 3,80 Mk. pro Stoff und Jahr beträgt (die Stoffe hat über 8000 Mitglieder und 28 Ärzte, der Jahresdurchschnitt aus der Stoffenpreis beträgt deshalb für einen Rand

1100 Mk.). „Naturheilkundige“ waren schon öfter für die Kaffe thätig und wurden erst aus dem Lauscha bezahlt, dann außerhalb des Lauscha und zuletzt war sogar ein Mitglied des Ärztevereins angestellt, das die Naturheilmethoden bei Bedarf anwandte und gerade deshalb angestellt worden war. Dieser Arzt wurde mit Zustimmung des Ärztevereins wieder aus dem Lauscha bezahlt. Der jetzt an-gestellte Dr. Engelmann, der ebenfalls nur nach Bedarf das Natur-heilverfahren anwendet, ist nur nicht Mitglied des Ärztevereins, die Anstufung, die der Vorstand der Kaffe über die Befähigung und den Charakter des Herrn eingeholt hat, sind aber tadellos. Mitglied des Ärztevereins ist er nur deshalb nicht, weil er nicht zur Mitglieds-schaft zugelassen wurde. Ein vertragliches Recht haben die Ärzte zu ihren Forderungen nicht.

Ein vom Ministerium verfaßter Ausgleich ist zunächst ge-scheitert. Die Stimmung des Publikums ist den Ärzten nicht günstig.

Die gestern mitgeteilten Angaben der „Neuhäuser Tribüne“ über den Dr. Weise werden heute von dem Blatte als unrichtig zurückgenommen. Die Wächlerin habe keine ärztlichen Hilfe mehr bedürft. Damit fallen natürlich auch alle an diese Mitteilung ge-schüpften Betrachtungen über Dr. Weise. Dagegen wird der andre Fall, die Zurückweisung eines verunglückten Arbeiters durch einen andern Arzt, auch von anderer Seite bestätigt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Gewerkschaften! Vereine! Donnerstag, den 22. Januar finden in den einzelnen Wahlkreisen öffentliche Versammlungen statt, in denen die Meinung der Arbeiterchaft Berlins und der Vororte über die unerhörten Rechtsbrüche und Vergewaltigung der Reichstags-mehrheit zum Ausdruck kommen soll. Wir erlauben deshalb alle Gewerkschaften und Vereine, an diesem Tage Versammlungen nicht einzuberufen zu wollen.

Die Vertrauensleute für Berlin umliegende.

Erster Wahlkreis. Dienstag findet eine Versammlung in den „Sprehallen“, Kirchstraße, statt, in welcher Genosse Arons über das Thema: „Ist das Reichstags-Wahlrecht in Gefahr?“ referieren wird. Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Wahlvereins-Vorstand.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburger Volkshaus einen großen Festkommers zur Stärkung des Wahlbonds. Das abwechslungsreiche Programm wird zweifellos alle Teilnehmer befriedigen. Des Morgens um 11 Uhr treffen sich die Genossen zum zwanglosen Frühstück. Der eigentliche Kommerz beginnt nachmittags um 8 Uhr im großen oberen Saale. Im unteren Saale findet zu gleicher Zeit Tanz statt. Eintrittskarten zum Preise von 25 Pf. sind durch die Vorstände der örtlichen Wahl-vereine zu beziehen. In Anbetracht des guten Zweckes erlauben wir um recht rege Beteiligung.

Der Vorstand.

Der Les- und Diskussionsklub „Südost“ feiert am Sonntag, den 11. Januar, im Gewerkschaftshaus sein 12. Stiftungsfest. Genosse Paul Singer hält die Festrede. Die Vertrauensperson.

Niedorf. In der am Sonntagabend 6 Uhr bei Hoppe statt-findenden öffentlichen Versammlung wird die Diskussion über das Erfurter Programm fortgesetzt. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

In Potsdam beginnt die für dies Jahr besonders umfangreiche Propaganda am Sonntag mit einer Flugblatt-verbreitung. Potsdam ist parteigenösslich in Bezirke eingeteilt, denen je ein Bezirksführer vorsteht. Daß dieser allein nicht die Aufgabe der Schriftenverbreitung übernehmen kann, ist ein-leuchtend und daher ist es Pflicht aller Genossen, helfend einzu-greifen. Es gilt diesmal einen heißen Kampf zu führen; deshalb ist es notwendig, daß jeder Genosse seine Kraft einsetzt. Da, wie schon bemerkt, am Sonntag die erste Verbreitung in diesem Jahre stattfindet, erlauben wir nochmals alle Parteigenossen, sich hierzu zur Verfügung zu stellen. Die Ausgabe an die Bezirksführer er-folgt am heutigen Sonnabendabend 8 Uhr bei G. L. S. Wer mit der Einteilung noch nicht Bescheid weiß, möge sich zu dieser Zeit einfinden, wo dann seine Zuteilung erfolgt. Frisch ans Werk!

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins für Potsdam und Umgegend.

Rummelsburg. Zum Zwecke der Gewerbegerichtswahl findet am Sonntag 8 Uhr morgens nochmals eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich in ihren Bezirks-lokalen einzufinden.

Lokales.

Arbeitslosigkeit und Gewerbegericht.

Auch beim Gewerbegericht haben sich die Wirkungen des Arbeits-mangels, unter dem die Arbeiterbevölkerung leidet, recht deutlich bemerkbar gemacht. Das Gewerbegericht Berlin hat im Jahre 1901/02 eine weitere Verminderung der Klagen ge-habt. Diese Verminderung wird in dem jetzt vom Magistrat ver-öffentlichten Jahresbericht des Gewerbegerichts-Vorsitzenden haupt-sächlich aus der „Fortdauer des schon im Vorjahre herrschenden, im Berichtsjahre aber noch verhärtet zur Geltung gelangten wirtschaft-lichen Niederganges“ erklärt. Von den im letzten (bezw. vorletzten) Jahre beim Gewerbegericht eingegangenen 11 185 (bezw. 11 533) Klagen wurden 483 (497) noch vor einem ersten Termin er-ledigt, so daß für die Rechtsprechung 10 702 (11 036) Klagen übrig blieben. Diese verteilten sich auf die einzelnen Kammern in folgender Weise: I. Schneiderei und Näherei 2513 (2379) Klagen, II. Textil-, Leder- und Putzindustrie 745 (783), III. Langgewerbe 929 (1040), IV. Holz- und Schnitzstoffe 594 (708), V. Metalle 1166 (1348), VI. Nahrung, Weherbergung, Erziehung 2487 (2405), VII. Handel- und Verlegherwerke 1842 (1824), VIII. Verschiedenes 926 (980). Eine starke Verminderung der Klagen haben besonders die Kammern III, IV und V gehabt. Hier war schon im vorigen Jahre ein beträchtlicher Rückgang eingetreten; vor zwei Jahren waren auf diese drei Kammern noch 1193, 1864 und 1462 Klagen ge-kommen. Bei Kammer III (Langgewerbe) dauert die Ver-minderung sogar schon fünf Jahre hindurch an. Diese Kammer hatte im Jahre 1896/97 noch 2093 Klagen gehabt. Erst das laufende Jahr 1902/03 wird hier wieder eine Vermehrung der Klagen bringen, da im Frühjahr und Sommer 1902 eine Vermehrung der Bau-thätigkeit eingetreten ist.

Aus den sonstigen Angaben des Jahresberichts dürften noch die folgenden von Interesse sein. Die Erledigung der Klagen erfolgte auch im letzten (bezw. vorletzten) Jahre wieder nur in der Winterzeit der Fälle, in 2908 (bezw. 2919) Fällen, durch die Kammern selber in einer Verhandlung mit Beisitzern. Von allen 10 702 (11 036) für die Rechtsprechung verbliebenen Klagen wurden erledigt: 5364 (5755) durch Vergleich, 1 (0) durch Verzicht, 29 (40) durch Anerkenntnis, 2534 (2609) durch Zurücknahme, 1060 (988) durch Versäumnisurteil, 1064 (1102) durch kontradiktorisches Urteil, 650 (482) waren am Schluß des betreffenden Berichtsjahres noch nicht erledigt. Die Kläger waren, wenn die noch vor einem ersten Termin erledigten Klagen mitgezählt, also die weiter oben genannten 11 185 (11 533) Klagen sämtlich berücksichtigt werden, 551 (632) mal Arbeitgeber und 10 634 (10 901) mal Arbeitnehmer, speziell 2889 (3188) mal weibliche Arbeitnehmer. In 40 (23) Fällen handelte es sich um Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern desselben Arbeitgebers. Der Streitgegenstand war unter anderem: rückständiger Lohn 6106 (6721) mal, Ent-schädigung wegen kündigungsfreier Entlassung 4653 (4802) mal, Herausgabe von Werkzeug, Arbeitsbüchern usw. 530 (474) mal, Aus-stellung eines Arbeitszeugnisses 315 (335) mal, Wiederaufnahme der Arbeit 50 (62) mal usw. Hierbei ist jeder einzelne Anspruch mit-gezählt, auch wenn, wie es vielfach geschah, mit einer Klage gleich-zeitig mehrere Ansprüche geltend gemacht wurden. Bei den meisten Klagen handelte es sich um Geldansprüche. Diese betragen

4962 (5303) mal bis 20 Mk., 3759 (3525) mal 20—50 Mk., 1639 (1773) mal 50—100 Mk., 597 (608) mal über 100 Mk. Der höchste Betrag war 2016 (1170) Mk., der niedrigste 25 (32) Pfennige.

Die Nordverschwörung des Pastors Riemann. Recht dunkle An-deutungen über die Ursachen, welche zur Ermordung des Gastwirts Klisch geführt haben, hat bei der vorgestern erfolgten Beerbigung des Getöteten ein Geistlicher, der Archidiaconus Dr. Riemann von der Nikolaiskirche, gemacht. Ein Bericht des „Verf. Tagebl.“ über die Leichenrede lautet:

Der Geistliche wies darauf hin, daß der so plötzlich seiner Familie durch Mörderhand Entzogene ein Opfer seines Ordnungssinnes und guter Sitze, die das müsse am Sarge des Ermordeten öffentlich bekannt werden, im Berliner Gastwirtsstand noch bestehen, geworden sei. Der Bösewicht, welcher statt der Waffe die Nordwaffe gegen einen braven Familienvater geführt, sei nur der elende aus-führende Arm von Genossen gewesen, welche Ordnung und Sitze verabscheuen.

Was bisher über den schlimmen Fall bekannt geworden ist, geht unfres Wissens einzig dahin, daß die Mordthat aus Ursachen rein persönlicher Natur verübt wurde, die mit dem Ordnungssinn und der guten Sitze des auf so schreckliche Weise ums Leben gekommenen Gastwirts gar nichts zu thun haben. Nach den Ausführungen des Geistlichen aber handelt es sich um eine Verschwörungsgesellschaft, die den Klemmer-Randh wahrscheinlich durchs Los bestimmt hat, Herrn Klisch auf jeden Fall aus der Welt zu schaffen. Der Umstand, daß der Pastor die Verschworenen gemein als Genossen bezeichnet, welche Ordnung und Sitze verabscheuen, deutet darauf hin, daß er die Nordbuben persönlich kennt und um ihre verabscheuungswürdigen Pläne weiß. Wir halten es für selbstverständlich, daß der Geistliche die Polizei von seiner sensationellen Entdeckung bereits in Kenntnis gesetzt hat; würde er doch andernfalls eine schwere Verfehlung begehen. Um so überraschender ist es allerdings, daß von dieser sensationellen Wendung in der Nordfrage kein Wort an die Öffentlichkeit gekommen ist. Antliche Jugendpöbelheit ist, wo der Pastor sein Geheimnis am offenen Grabe bekannt gegeben hat, jetzt zwecklos; wenn nicht die Polizei, so ist doch der Pastor es der Bevölkerung Berlins schuldig, den Zeitungen über seine furcht-bare Entdeckung Näheres mitzuteilen. Wir erwarten bestimmt, daß dies heute geschieht.

Der Kaiser und die Stadt Berlin. Im „Viesfelder Gen.-Anz.“ ist zu lesen: „Ueber eine interessante Aeußerung des Kaisers, die geeignet ist, manche Berliner Vorgänge einer andern als der bis-herigen Beurteilung zu unterziehen, haben wir aus sicherer Quelle folgendes erfahren: Als vor einigen Tagen der neue Polizeipräsident von Berlin, Herr v. Borries, vom Kaiser empfangen wurde, äußerte dieser im Laufe des Gesprächs, er lege großen Wert darauf, daß sich der Polizeipräsident mit der Stadt Berlin gut stelle; er (der Kaiser) habe bei früheren Konflikten viel Ärger gehabt.“

Diese Aeußerung wird, mag sie authentisch sein oder nicht, in Berliner Bürgerkreisen Entzücken hervorrufen. Denn diese Kreise können selbstverständlich nur mit der „Stadt Berlin“ gemeint sein und nicht die starken Bevölkerungsabschnitte, die der Sozialdemokratie angehören und deshalb nach wie vor von der Polizei beargwöhnt und bekämpft werden müssen. Wenn der neue Polizeipräsident den Versuch machen sollte, sich mit der Stadt Berlin im erwünschten Sinne gut zu stellen, dann wird er gleich andern Leuten zu der Einsicht kommen, daß der Freisinnspolitiker sehr zu Unrecht im Geruch revolutionärer Stimmung steht. Er ist ein zahmes Tier, das fromm aus der Hand frisst und sich gern bemühen wird, den Kaiser davon zu überzeugen, daß auf ihn die bei der Ein-weiheung der Alexander-Kaserne gesprochenen Worte nicht gemüht sein können:

„Wenn die Stadt Berlin noch einmal wie im Jahre 1848 sich mit Frechheit und Unbotmäßigkeit gegen den König erheben wird, dann seid ihr, meine Grenadiere, dazu berufen, mit der Spitze Eurer Bajonette die Frechen und Unbotmäßigen zu Paaren zu treiben.“

Der freisinnige Landtagswahl-Kandidat für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis, ist gestern abend im großen Saale der Brauerei Königsplatz proklamiert worden. Mit 380 gegen 261 Stimmen, welche auf Stadtdirektor Dr. Juid fielen, wurde Stadtd. Rosenow als Kandidat aufgestellt. Damit hat die zur Zeit dem Abg. Richter feindliche Richtung den Sieg davon getragen. Die beiden Parteien kämpften arg miteinander, doch scheint der Personenkultus, den die eingeschworenen Wassertrinker mit Eugen Richter treiben, der Mehrheit doch bedenklich zu sein. Die Geschwindigkeit, mit der dieser Unglücksdamm seine Partei ruiniert, schloß vielen Leuten Mißtrauen ein und als Herr Juid sich zu der Geschmackslosigkeit verließ, sein Programm sei Birchow und Richter, war nach der „Verf. Ztg.“ sein Schicksal besiegelt.

Der Schluß der Versammlung muß sehr erbaulich gewesen sein. In einem Zeitungsbericht lesen wir: „Als Wahlmann Albert Sachs das Wort nahm, begann der Standal mit um so größerer Heftigkeit, Aufse: Runter von der Bühne, Maul halten usw, vernahm man. Der Wahlmann mußte schließlich abtreten. Endlich wurde unter großem Lärm die Abstimmung mit Stimn-jetteln vorgenommen. Ein großer Teil der Wahlmänner hatte in-zwischen den Saal verlassen. Gegen 12^{1/2} Uhr nachts verließ der Vorsitzende Schöler: Es seien 644 Stimnjettel abgegeben worden. Davon haben erhalten Rosenow 380, Juid 261 Stimmen. Eine Anzahl Jettel enthalten andre Namen, einige seien unterschrieben. Die absolute Mehrheit hat Rosenow erhalten. Ich schloße die Ver-sammlung. — Hier erhob sich der Standal von neuem. Stadtd. Kast rief: „Wir protestieren gegen diese Abstimmung.“ Man vernahm Aufse wie „sauler sauler!“, „Rumpig!“ Mit Hochrufen, die teils Rosenow, teils Juid galten, verließen schließlich die erregten Wahl-männer den Saal.“

Die Große Berliner und ihre Abonnenten. Zu Konflikten zwischen Straßenbahn-Abonnenten und Straßenbahn-Angestellten führen die neuen Bestimmungen über die Ausstellung von Zeitkarten. Be-sonders ist die Ausfertigung eines Antrags auf Ausbändigung eines Abonnements nicht mehr erforderlich, dagegen hat der Abonnent die Verpflichtung, seinen Vor- und Zunamen sowie die Wohnung mit Linte eigenhändig auf die Vorderseite der Karte einzutragen. Die Schaffner der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft sind an-gewiesen, in allen Fällen, in denen die Bedingung nicht erfüllt wird, die Zeitkarte dem Abonnenten abzunehmen und Jahrgeld entrichten zu lassen. Die Forderung auf Ausfertigung der Unterdrift ist um so mehr berechtigt, als Hunderte von Karten allmonatlich verloren, gefunden oder gestohlen gemeldet resp. von Abonnenten verleiene Karten angehalten werden. Hierzu kommt, daß auch die Photo-graphien mitunter recht zweifelhafter Art sind und für einen Identitätsnachweis keineswegs genügen. — Während zahlreiche Abonnenten aus Nachlässigkeit die Ausfüllung der Karte gänz-lich verabsäumen oder unvollständig bewirken, betreiben andre Zeitkarteninhaber gänzlich ihre Unterdrift. Infolgedessen werden täglich zahlreiche Karten von den Schaffnern den Abonnenten ohne weiteres fortgenommen, und die bei der Direktion einlaufenden Beschwerden hierüber häufen sich. Diesen Uebelständen könnte bei einiger Rücksicht einigermaßen abgeholfen werden. Wenn auch die Schaffner zu ihrem Vorgehen der Form nach berechtigt sein mögen, so darf doch nicht vergessen werden, daß es sich hier um eine gänz-liche Umwälzung in der Handhabung mit den Monatskarten handelt, und es ist nur in der Ordnung, daß die Betriebsverwaltung der Großen Berliner Straßenbahn für den Monat Januar eine größere Milde walten läßt. Es würde genügen, wenn der Inhaber einer unvollständig oder gänzlich unausgefüllten Monatskarte gehalten würde, das Jahrgeld zu entrichten, ohne daß die Abnahme der Karte erfolgt. Ob überhaupt die strengeren Maßnahmen erforderlich sind, erscheint uns sehr fraglich. Wer auf der Stadtbahn eine Monats-

Karte benutzen will, geht an den Schalter und kauft sich eine, und wenn er dann seinen Namen auf die Karte geschrieben hat, sind alle Formalitäten erledigt. Welche Umstände macht es hingegen, um auf der Straßenbahn zu einer Abonnementskarte zu kommen!

Die Schlachtungen in den öffentlichen Schlachthäusern des städtischen Schlachthofes haben auch im Monat Dezember v. J. trotz des Weihnachtstages einen starken Rückgang namentlich bei den Kindern und Schafen erfahren, während die Schweine-Schlachtungen in den letzten Monaten infolge des Rückgangs der Preise eine kleine Zunahme zeigten, aber immer noch hinter der früheren Jahre zurückblieben. Geschlachtet wurden 12 548 Kinder (gegen 16 681 Stück im Dezember 1901), 11 579 Kälber (11 465), 30 604 Stück Schafe (33 128), 66 212 Schweine (61 807), zusammen 120 941 Tiere, gegen 138 076 Stück im Dezember 1901, mithin weniger 17 135 Stück und zwar weniger 4135 Kinder und 2519 Stück Schafe, dagegen 4405 Schweine mehr. Den Ausschlag geben die Kinder, sowohl nach der Zahl, als auch nach dem Gewicht. Unter den Schweinen befanden sich sehr viele junge von geringem Gewicht und 317 Stück, die wegen Tuberkulose und Finnen, sowie 4, die wegen Trichinen als zur menschlichen Nahrung ungeeignet ganz zurückgewiesen werden mußten. Außerdem mußten noch 266 Kinder, 14 Schafe und Teile von zahlreichen Tieren beanstandet und vernichtet werden.

Bei einem Einbruch im Hause Straußbergerstraße 36 wurden gestern nachmittag in der fünften Stunde zwei Diebe überfallen. Die beiden versuchten im genannten Hause bei einer Frau Berger, die dort die dritte Etage bewohnt, einzubrechen. Die Frau rief, als sie die Diebe gewahrte, Hilfe herbei, und es gelang der Nachbarnschaft dem auch, den einen der beiden im Hause Festzusetzen. 3, wo er sich auf der Flucht versteckt hatte, abzufassen. Der andre entkam bei der Verfolgung.

Ueber die Denkmalsbeschädigungen hat die Kriminalpolizei sich ein Gutachten von einem Sachverständigen ersuchen lassen. Dieser hat festgestellt, daß sämtliche Stile mit einem spitzen Werkzeug abgeschlagen sind. Bei jedem einzelnen Stück zeigt sich deutlich ein Schlagmal. Man sieht klar, daß erst nach dem Eindringen des Schlags die Absperrung erfolgte. Der Sachverständige meint, daß die Beschädigungen danach aussehen, als ob sie von Keisel und Schlaghammer herrührten, es könnte aber auch ein feiner Hammer gewesen sein. Die Schlagmotive sind besonders deutlich sichtbar am Vorsegebäude. Hier hat der Uebelthäter viermal ein so großes Stück vorgenommen. Es flog infolgedessen nicht ab, weil die Kraft des Schlags dazu nicht ausreichte. Die Spur des Werkzeugs zeigt sich nun viermal deutlich in der Mauer. Daß der von dem Herrn aus der Kaiser Wilhelmstraße gefundene Mann den Frevler an der Brücke und in ihrer Gegend verhaftet hat, wird immer wahrscheinlicher. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß der verhaftete Hugo Bilz unschuldig sei. Denn es fragt sich noch, ob er nicht die Beschädigung der Kopfschrauben-Brücke verübt hat und ob er nicht mit jenem anderen Mann irgendwie in Verbindung stand. In den Beschädigungen der Kaiser Wilhelmbrücke allein muß der Frevler nach der Ansicht des Sachverständigen bei der sehr großen Härte des Materials mindestens eine Viertelstunde gebraucht haben. Und kein Schutzmännchen etwa! Sein Werkzeug muß ein vorzüglicher und scharfer Stahl gewesen sein. Leider ist der gefundene Mann noch nicht ermittelt. Die Aufschreibung der Verlobung gilt daher nach wie vor und es wäre dringend erwünscht, wenn das Publikum mit geeigneten Mitteilungen mehr hervorträte.

Aus den besten Kreisen. Die jüngsten Mütter melden: Die frühere Schauspielerin Josefa Wiesniowska, eine ledige Schönheit von 31 Jahren, hatte seit dreiwertel Jahren in dem Hause Wartgassenstraße 19, an der Ecke der Kochstraße, eine hübsch eingerichtete Wohnung von sechs Zimmern im ersten Stock, für die sie 2000 M. Miete zahlte. Im Haushalt unterstützte sie eine Gesellschafterin Nel. T. Die ehemalige Schauspielerin veranstaltete vormittags Konversationen und nachmittags Theatervorstellungen mit allen Unternehmungen starken Aufwands. In den weiblichen Besuchern zählten besonders Choristinnen hiesiger Theater und der ersten Spezialitätenbühnen, unter den männlichen vor namentlich die Leber- und Sportwelt vertreten, darunter Sportleute mit sehr bekannten Namen. Vor einiger Zeit erfuhr die Kriminalpolizei, daß es in den eleganten Räumen bei Konversation und Thee nicht blieb und daß diese nicht einmal die Haupttische waren. Ihre Beobachtungen bestätigten die Anzeigen nach allen Richtungen. Am Montagnachmittag um 6 Uhr meldete sich bei Fräulein Wiesniowska ein Herr und wurde sehr freundlich empfangen. Die Wohnungsinhaberin aber empfing sehr heftig, als ihr der Besuch die silberne Medaille des Kriminalkommissars zeigte und sie hat, zusehnd bis zwölf Begleitern ebenfalls zu öffnen. Diese Kriminalschutzmannen besetzten im nächsten Augenblick sämtliche Räume und sahen hier Bilder, die wiederum mit Konversation und Thee nichts zu thun hatten. In „Damen“ fand man in verschiedenen Räumen drei Tänzerinnen und die Gattin eines gutgestellten Geschäftsmannes. Der Herrenbesuch gehörte den besten Kreisen an. Einer der Herren begriff zunächst die Situation nicht. Er hielt die Erkennungsmarke, die ihm gezeigt wurde, für eine Münze und fragte vertont, was er mit dem Thaler solle. Die Frauen mußten den Beantworte nach dem Polizeipräsidenten folgen. Fräulein Wiesniowska wurde wegen Stuppeln in Haft genommen, die übrigen, auch die Gesellschafterin Fräulein T., konnten wieder nach Hause gehen.

Durch einen Sturz von einer Kohlenlawe schwer verunglückt ist gestern, Freitagmorgen, der 28 Jahre alte Arbeiter Paul Krüger aus der Straßmannstraße, der in der Gasanstalt in der Danzigerstraße beschäftigt war. Er stand während der Fahrt auf der Ladung, verlor das Gleichgewicht, stürzte auf einen Kohlenhaufen und zog sich schwere Verletzungen am Kopfe und einem Bruch des Rückgrats zu. Der Verunglückte wurde mit einem Rükschen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Die „Gräfin Bülow“ hat wieder einmal hinter den schwedischen Gardinen Vorhang und Quartier nehmen müssen. Die falsche Gräfin hat schon wiederholt von sich reden gemacht. Sie ist eine Frau Alina Fröhlisch geb. Schröter aus Westenburg und tritt unter dem Namen Frau Fröhlisch geb. von Bülow oder als Gräfin Bülow auf. Nachdem sie in Ostreich ein halbes Jahr im Kerker gefesselt hatte, kam sie wieder nach Berlin und wußte sich durch ihr kühneres Eingehen in gutgestellte Kreise zu verschaffen. Unter dem Vorwande, daß ihr Vater, ein alter Generalmajor von Bülow, mit dem Tode ringt, trug sie schon jetzt Trauerkleidung. Andererseits aber bemühte sie den bevorstehenden Tod des Vaters, und durch Vorspiegelung einer bedeutenden Erbschaft, ihrer Kasse aufzubellen. Durch ihr reizendes Wesen wußte sie Männer an sich zu fesseln, die ihr auf die Erbschaft gern mit Darlehen ausstießen. Einem der Verehrer aber dauerte das Todesringen des alten Generals so auffallend lange, daß er Verdacht schöpfte, der Dame den Rücken wandte und zur Kriminalpolizei ging. Gestern traf ein Beamter die Schwindlerin, die er von früher her schon kannte, auf der Straße und nahm sie fest, als sie gerade wieder einen zahlungsfähigen Liebhaber einfangen wollte.

Von einem Balken erschlagen wurde gestern nachmittag der 24 Jahre alte Zimmermann Paul Anders, der einzige Sohn eines Arbeiters aus der Forststr. 40. Der junge Mann trug mit einem anderen auf einem Neubau in der Panitzstraße Balken ab, die sehr lang und hart waren. Hierbei stolperte er so unglücklich, daß er hinfiel und ein Balken ihm den Kopf einschlug. Der Unglückliche war sofort tot.

Feuerbericht. Freitagabend gegen 6 Uhr wurde infolge mehrmaliger Werdung ein größeres Holzhaufen nach der Ostrowerstraße 7 gerufen. Hier war durch Unvorsichtigkeit in einem Keller ein Brand entstanden, der Stroh und andres Verpackungsmaterial ergreifen hatte. Die Gefahr konnte indes bald beseitigt werden, weshalb die Löschzüge nach wenigen Minuten wieder abziehen konnten. Ein zweiter Kellerbrand beschäftigte die Wehr in der Nacht zum Freitag in der Andreasstr. 62. Gardinen und Kleidungsstücke gingen abends 11 Uhr in der Invalidenstr. 105 in einer Wohnung in Flammen auf, während am Mau-Allee 63 im vierten Stock Wäschestücke in Brand geraten waren. Nach der Straße 21 wurde die Wehr kurz darauf gerufen, weil hier auf einem Vorgelände ein Brand ausgebrochen war, der Leer,

Säcke etc. erfaßt hatte. In der Radstr. 54 mußte gleichzeitig in einem Keller ein Feuer abgelöscht werden, das in der Hauptsache altes Gerümpel einschloß. Möbel, Decken und Wäschestücke hatten in der Adersfr. 130 in einer Wohnstube Feuer gefangen, dessen Ablöschung jedoch in kurzer Zeit erfolgen konnte. Wegen eines Ladenbrandes wurde die Berliner Wehr Freitag früh gegen 3 Uhr nach der Wilmannsfr. 8 zu Rixdorf gerufen. Da aber größere Gefahr hier nicht vorlag, so überließ sie die Ablöschung des Feuers der Ortsfeuerwehr. Außerdem liefen in der Zwischenzeit noch Alarmierungen von der Lühovstr. 29, von der Rostdörferstraße und noch von einigen anderen Stellen ein. In allen diesen Fällen handelte es sich indes um ganz unbedeutende Brände, die in kurzer Zeit abgelöscht wurden.

Der neue Bürgermeister von Berlin ist am Mittwochabend zum erstenmal öffentlich aufgetreten, allerdings nicht in seinem Hauptberuf als Beamter der Hauptstadt, sondern in seinem Nebenberuf als Dichter, und nicht vor den Vertretern der Bürgerschaft, sondern vor dem Publikum aus Berlin W., das die vom Verein „Berliner Presse“ zum Festen der Unterstützungsstellen veranstalteten Vortragsabende zu besuchen in der Lage ist. Die dem Publikum gefiel der neue Bürgermeister ungemein. In der That ist Dr. Reide eine sympathische Persönlichkeit; er giebt sich in natürlicher Einfachheit, die Art seines Vortrages ist frei von jedem hohlen Pathos und seine Dichtungen ammen freien Geistes, der das Entschieden aller Bureaucratien hervorgerufen könnte. Etwas anders aber sieht es mit der Frage, ob Georg Reide ein wirklicher Dichter ist, und diese Frage ist nach den Proben vom Mittwoch rundweg zu verneinen. Etwas Dilettantischeres als „Woge und Wind“, eine Strandnovelle in Berlin, läßt sich kaum ausdenken. Das Problem ist hundertmal und weit besser behandelt worden. In einem weitestgelegenen Badeort lernt eine unverheiratete Frau einen jungen Mann kennen. Zwischen beiden entspinnt sich eine Liebeständelei, die schließlich zu einer heftigen Leidenschaft auf Seite der Frau ausartet. Aber sie darf sich dem Geliebten nicht hingeben, denn sie ist gebunden. Zwar liebt sie ihren Gatten nicht, aber ihr Gewissen verbietet es ihr, ihn zu betrügen. In schwach, die Fesseln zu sprengen, nicht willens, in diesem Widerstreit zwischen der Stimme ihres Herzens und der ihres Gewissens weiter zu leben, greift sie zum Giftbecher und macht ihren Euanen ein Ende. — Schwere innere Seelenkämpfe hat auch die Heldin der zweiten Dichtung, des einaktigen Schauspiel „Martyrer“ zu bestehen. Theo ist die Tochter eines Pfarrers, der, um nicht gegen seine eigene Ueberzeugung lehren zu müssen, sein Amt aufgegeben und sich nach Berlin N. zurückgezogen hat, wo er in den denkbar ärmlichsten Verhältnissen lebt. Seine Frau ist tot. Anher Theo hat er noch vier unerwachsene Kinder. Ihnen erweist Theo die Mutter. Nicht nur, daß sie dem weltfremden, hilflosen Vater alle Sorgen zu verdrängen bestrebt ist, hält sie allein die ganze Wirtschaft in Ordnung und bestreitet durch Erteilung von Unterricht die Kosten des Haushaltes. Sie weiß, daß Vater und Geschwister auf sie angewiesen sind. Einmal lag sie krank zu Bette, sie konnte ihr Stundengeld nicht erheben und mußte die Kinder hungern sehen. Wenn sie aus dem Hause ist, fürchtet sie, würden sich ähnliche Vorfälle wiederholen und deshalb kann sie sich nicht entschließen, einen ihrer geliebten Freunde, der um ihre Hand anhielt und ihr eine gehobene Existenz bietet, zu folgen. Einen Augenblick schwankt sie zwischen Pflicht und Liebe, aber diesen Schwanken macht der Vater ein Ende, der, in den rückständigsten Ansichten über die Bestimmung des Weibes befangen, seiner Tochter das Recht absperrt, einen freien Entschluß zu fassen. Das dürfen wohl Männer, aber nun und nimmer Frauen. Theo unterdrückt gewaltsam die Stimme ihres Herzens, dem Vater und den Geschwistern zu Liebe, die auf sie angewiesen sind. Ein wirklicher Dichter hätte aus diesem Stoff etwas machen können. Reide hat es nicht vermocht. Immerhin verdient sein Streben, sociale Probleme zu behandeln, Anerkennung. Ob er sich freilich durch die Schilderung des Hauswirts des Pfarrers, des Typus eines Berliner Hausagrariers, eines dicken Reichhermleisters, der dem Pfarrrer mit Ermision droht, den Verkauf der Masse der Hausbesitzer zugezogen hat, das wagen wir zu bezweifeln. Wäre sein Drama früher bekannt gewesen, wir glauben, die hausagrariere Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung hätte ihn nicht zum Bürgermeister gewählt.

Im Verein für vorkönlische Kurse von Berliner Hochschul-lehrern beginnt am Sonnabend, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Privatdozent Dr. Aschkinah seinen Vortragskursus mit Experimenten über „Licht- und Farbenerscheinungen“ im physikalischen Hörsaal der Königl. Technischen Hochschule in Charlottenburg, Berlinstr. 151. Die Eintrittskarten zu diesem Vortragskursus sind vergriffen.

Mathematik-Kursus. Für den Laien, der zum Verständnis der Erzeugnisse moderner Naturwissenschaften und Technik vordringen will, ist nur selten Gelegenheit geboten, die hierfür nötigen mathematischen Kenntnisse sich anzueignen. Auch wird mancher durch die gewöhnliche Systematik der Lehrmethode abgelenkt. Aus diesem Grunde hat Direktor Archenhold in der Humboldt-Akademie einen sehr interessanten Kursus angefangen, in dem er nach neuer, anschaulicher Methode, verbunden mit praktischen Übungen auf der Receptor-Sternwaage, eine „Einführung in die mathematischen Grundbegriffe“ giebt.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung wählte in ihrer letzten Sitzung nach Einführung der neuen Stadtverordneten wieder Herrn Sander zum Vorsteher. Als Stellvertreter wurde Herr Borpalle mit 8 gegen 14 Stimmen, die auf den Stadtverordneten Hfermann fielen, gewählt. — Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Anfrage der Socialdemokraten:

„Was gedenkt der Magistrat zu thun, um für Rixdorf Krankenhaus-Zustände zu schaffen, die einer Großstadt würdig sind?“

Vor der Begründung der Interpellation gab es ein komisches Zwischenpiel: Herr Rechtsanwalt Abraham, den die Vorbeeren des Herrn Weß anscheinend nicht schlafen lassen, erhob Einspruch dagegen, daß die Interpellanten die Anfrage für „die Reaktion der Arbeiterpartei“ unterzeichnet hätten und die gedruckte Vorlage diese Bezeichnung aufwies. Es handelte sich um eine Provolation, die der Vorsteher nicht hätte durchgehen lassen dürfen. (Große Heiterkeit bei den Vertretern der Arbeiterpartei.) Der Vorsteher erklärte nach einigem Hin und Her, daß er die Fragesteller nicht daran hindern könne, sich so zu nennen.

Stadt. Silberstein begründete dann die Anfrage: Die Krankenzustände in Rixdorf seien so schlimm, wie sie schlimmer nicht sein könnten. Bei 100 000 Einwohnern fänden Rixdorf eigentlich nur fünfzig Betten in einem wirklichen Krankenhaus zur sicheren Verfügung, nämlich im Kreis-Krankenhaus zu Urig. Nun habe ja Rixdorf eine sogenannte Krankenanstalt in der Gannerstraße; diese könne aber nicht im entferntesten als Krankenhaus im modernen Sinne betrachtet werden. Es sei eine frühere Cholera-Baracke mit Betten darin, den medizinischen Dienst versehen zwei Rixdorfer Ärzte nur im Nebenamt. Die Verhältnisse seien die düstertesten. Verbesserungsvorschläge hätten wenig Erfolg gehabt. Ein ständiger Assistenzarzt sei mangels einer — Wohnung nicht angestellt worden. Redner erinnert zum Beweise der schlimmen Zustände an die Vorgänge in der Prostituiertenstation, über die die Presse lehrreich berichtet, sowie an die Fälle, wo selbst Rixdorfer Schwerkranke keine Unterkunft in irgend einem Krankenhaus finden konnten. Im vergangenen Jahre sei es der Ortsklasse in mindestens 20 Fällen nicht möglich gewesen, Schwerkranke in Krankenhäusern unterzubringen. Und in diesem neuen Jahre soll fast jeden Tag ein Kranke nicht unterzubringen sein. Wenn man bei einem Berliner Krankenhaus höre, es handele sich um einen Rixdorfer Patienten, dann werde sofort abgewinkt. Redner habe selbst entsprechende Erfahrungen gemacht (die er anführt), und alle anderen Rixdorfer Ärzte könnten über solche

berichten. Bezeichnend sei, daß die Regierung, wie er wisse, dreimal beim Magistrat angefragt habe, was geschehen sei, um andere Krankenhäuser-Zustände zu schaffen. Nachdem die Interpellation eingereicht gewesen sei, habe man erfahren, daß der Magistrat dem Bau eines Krankenhauses näher-treten wolle. Redner und seine Freunde hoffen, daß die Sache nur auch wirklich gefördert und nicht von einem Etat zum andern hingezogen werde.

Überbürgermeister Boddin beantwortete die Anfrage: Auf dem Grundriss der Krankenanstalt habe sich nicht mehr machen lassen, wie geschehen sei. Im übrigen werde vom Magistrat die Notwendigkeit, ein modernes Krankenhaus zu bauen, ohne weiteres anerkannt. Auch erkenne er an, daß die Gemeinde moralisch verpflichtet sei, für ihre Kranken zu sorgen. Der Magistrat sei nicht unthätig gewesen. Eine Vorlage, die den Ankauf eines Grundstücks bezweckt, sei in Vorbereitung, und auch die weitere Förderung des Krankenhausbaues werde sich der Magistrat angelegen sein lassen. So leicht sei das in Rixdorf nicht, an die Herstellung des Baues könnte vor 1904/1905 nicht gedacht werden, vielleicht werde es noch später werden. Inzwischen wolle man das Vorhandene möglichst noch besser durch Anstellung eines festen Arztes, Anstellung und Einrichtung der vorhandenen Döckerischen Parade etc. — Von einer Diskussion wurde abgesehen.

Der Antrag der Central-Kommission der Krankenkassen auf Ueberlassung der Aula des Realgymnasiums zu populär-wissenschaftlichen Vorträgen über Gesundheitspflege führte auch in dieser Sitzung wider Erwarten doch noch zu einer Debatte. Die Herren Stolle, Koster und Behl erklärten trotz des Gutachtens der Gesundheitskommission und ihres empfehlenden Beschlusses, wovon wir schon Notiz nahmen, doch wieder gegen die Veranstaltung der Vorträge in der Aula, hauptsächlich aus Haß gegen die Central-Kommission, „dieser socialdemokratischen Firma“, wie man sagte. Ihre eigenen Fraktionsgenossen, die anderer Meinung geworden sind, vermochten sie nicht zu bekehren. Abende Kritik übten an ihnen unsere Parteigenossen Duth und Silberstein. Auch vom Bürgermeister Boigt und dem Stadtrat Dr. Zimmer mußten sie sich einige treffende Zurechtweisungen, zum Beispiel wegen der zur Schau getragenen Rückständigkeit, gefallen lassen. — Mit 27 Stimmen wurde schließlich die Ueberlassung der Aula genehmigt.

Die Versammlung nahm Kenntnis von dem Beschluß des Magistrats, durch den es ablehnt, gemäß dem Wunsch der Stadtverordnetenmehrheit eine Vorlage zu machen, wonach der Sonntag als Wahltag bei den Gewerbe-gewerkschaften aus-geschlossen sein soll.

Steglich. In der Gemeindevorstellung wählte in geheimer Sitzung Herr Gemeindevorsteher Buhrow zum Vorsitzenden des hiesigen Gewerbegerichts.

Ein erhebliches Schadenfeuer entstand am Freitagmorgen im Antiszimmer des auf Urlaub befindlichen Direktors der Schöneberger Hörsatzollerschule aus noch nicht festgestellter Ursache. Als der Säuldiener morgens um 8 Uhr das Zimmer betrat, fanden Gardinen, Stühle, Repostorien usw. in hellen Flammen. Auf dem Tisch stand eine Lampe, die durch einen Gummischlauch mit der Gasleitung in Verbindung gesetzt war. Es ist möglich, daß durch ein Unachtswerden des Schlauches der Brand, der von der Feuer-wehr bald gelöscht wurde, hervorgerufen worden ist. Der angerichtete Schaden beträgt über 700 M.

Der Rixdorfer Konvaleszenz- und Vogelschutz-Verein veranstaltete vom 10. bis 13. Januar 1903 im Restaurant „Neuer Rixdorf“ (W. Hoffmann), Rixdorf, Berlinstr. 107, Ecke Hermanns-platz, seine erste große Ausstellung von Kanarienvögeln, ausländischen Sing- und Hervögeln, ausgekosteten Vögeln, Aquarien, aller Arten Käfige, Kästchen und Futterproben sowie ornithologischen Werken und Schriften.

Ein Silberfund, der wahrscheinlich mit einem Einbruch in eine katholische Kirche zusammenhängt, wurde zu Köpenick in der Eryee gemacht. Man fand einen silbernen Deckel zu einem Speisefeld, einen silbernen Rehtisch, eine silberne Klingel ohne Klöppel, einen silbernen Zeller zum Rehtisch, zwei Klingeln ohne Klöppel aus Silber, ein Segen-Balorium, einen Mantel vom Speisefeld, ein Stück von einem roten gestickten Altartuch.

Vermischtes.

In Krefeld haben sämtliche zwölf Armenpfleger sowie der Bezirksvorsteher des neunten Bezirks ihre Ämter niedergelegt und zwar infolge eines Beschlusses der Stadtverordneten, den einzelnen Armenpflegerbezirken für ihre Ausgaben eine Maximalgrenze zu setzen. Die gestrige Stadtverordnetenversammlung beschloß, der Armen-verwaltung die Vorschläge zu überlassen, nach denen gegen die Ausständigen vorgegangen werden soll, sei es mit Entziehung der Bürgerrechte, sei es mit entsprechender Erhöhung der Einkommensteuer.

Brand von Petroleumgruben. Aus Lemberg wird berichtet: In den Petroleumgruben in Vorhyslaw ist in der Nacht zum Freitag wieder Feuer ausgebrochen, welches große Ausdehnung annahm. Es sind nach den bisherigen telegraphischen Nachrichten 27 Schächte mit den Bohrströmen, den Werkzeugen und Rohöl abgebrannt. Auch sind viele Häuser auf der Pototer Straße dem Feuer zum Opfer gefallen. Freitag früh wurde der Brand lokalisiert. In mehreren Schächten dauert der Brand noch fort.

Der Typhus in Prag. Einem amtlichen Bericht zufolge kamen in Prag vom 19. Dezember bis 3. Januar 95 Erkrankungen an Typhus vor. Als Ursache wurde der Genuß von Flußwasser festgestellt. Die Krankheit scheint jetzt jedoch mildere Formen anzunehmen. Gestern befanden sich in den Prager Krankenhäusern 88 Typhus-kranke in Behandlung. Auch in den Vororten von Prag herrscht die Typhusepidemie.

In Andischan fand am 7. d. M. vormittags 11 Uhr ein neues Erdbeben statt, das sich besonders in einem heftigen vertikalen Stoße äußerte. Menschen sind nicht verunglückt.

Laura und ihr Beichtvater. Vor Gericht in Braunhut hat sich, wie die „Frankf. Zig.“ meldet, kürzlich ein sensationeller Fall abgepielt. Im Laufe des Jahres 1900 wurde in Sandhiltcourt (Kanton Gené) bekannt, daß Laura Corbat, ein schönes Mädchen von 21 Jahren, Präsidentin der „Confédération des demoiselles“, ihrer Niederkunft entgegenstehe. Zugleich munkelte man, das Kind werde wohl mit einer Sontane zur Welt kommen. Laura Corbat, einer ultramontanen Familie angehörend, sei oft ins Pfarhaus gelassen, und der Pfarrrer habe immer schon mit ihr gehan. Sobald der katholische Pfarrrer Chéne als Vater des Kindes genannt wurde, bewirkten einflussreiche Personen, daß Laura Corbat eine Schrift unterzeichnete des Inhalts, sie habe nie intimen Verkehr mit dem Geislichen gehabt. Das Kind kam auf die Welt, farb aber schon nach drei Tagen. Nunmehr erklärten Laura Corbat und ihre Schwester öffentlich, niemand anders als der Pfarrrer sei der Vater des Kindes; jenes Schriftstück sei Laura Corbat abgezwungen worden. Laura Corbat machte sich außerdem anbeischig, ihre Behauptung aus Befehlen des Pfarrrers zu erweisen. In der That fanden sich einige kleine Briefe des Pfarrrers an Laura vor, die er in der Kirche mit Nägeln an den Kirchensstuhl seiner Geliebten befestigt hatte, um sie davor zu bewahren, daß die richtige Adresse gelangen zu lassen. Auf dem gleichen Wege bemerkte das Mädchen geantwortet, Pfarrrer Chéne strengte nun eine Verleumdungsklage gegen die beiden Mädchen an. Er bestritt die Uebereinstimmung der Briefe, die Schwester erkradeten aber den Wahrheitsbeweis. Der Richter sprach die Schwestern Corbat von der Unschuldigung der Verleumdung frei und beurteilte den Pfarrrer zu Entschädigungen an die Schwestern. Die Kosten wurden größtenteils dem Pfarrrer überbunden. Verschiedene Zeugen sagten aus, sie hätten gesehen, daß der Pfarrrer der Laura Corbat Zeichen machte, um sie in seine Nähe zu ziehen, und daß er sie geküßt habe. Der Pfarrrer hat gegen das Urteil Verufung eingelegt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 11. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefabrik, Kleine Frankfurter-Strasse 6: Versammlung. Freireligiöse Vorträge. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebendort: Vortrag des Herrn Balded Kanasse: „Kinder und Papiere“. Götze, Damen und Herren, sehr willkommen.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Norder-Ordnung. Sonntag, den 11. Januar, präzis 1 Uhr, in Bernhards Hof (Apollotheater), Hermannstr. 49: Vereinsversammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Preussische Ministerialanweisung, Verfahren vor den unteren Verwaltungsbehörden nach § 57 bis 64 S. G. G. Mit Kommentar von Hans Seelmann. Berlin-Grünwald. Verlag der Arbeiterversorgung. H. Trojssel.

Preussische Ministerialanweisung, Verfahren bei Aufhebung, Umfassung, Ersetzung und Berichtigung von Duldungsarten. Textausgabe mit Anmerkungen von Hans Seelmann, Berlin-Grünwald. Verlag der Arbeiterversorgung. H. Trojssel.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Nachnamen oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Wohnmomentangabe beizufügen. Anfragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

C. S. Es ist nicht angängig, Ihre Karte im redaktionellen Teil des Blattes zu empfehlen. Da die Anstellungen etc. nicht verpflichtet sind, unentgeltlich Hilfe zu leisten, sollten auch Sie wissen.

N. 100. Die Zeitschrift „Das Reichliche Berlin“ erscheint bei Ulrich Arndt, Danksches Wer 21.

C. S. Ob eine strafbare Handlung vorliegt, ist aus Ihrer Aufschrift nicht zu ersehen. Anzeigen wegen strafbarer Handlungen sind an die Staatsanwaltschaft zu richten. Besonders unrichtige Anzeigen sind mit Gelangnisstrafe und Verurteilung bedroht. — S. 33. 03. 1. Sie thun gut, wenn Sie Ihren Krankenliste anfragen. Windstills das halbe Krankegeld in n. h. gemacht werden. 2. Sie erhalten volle Befähigung. — S. 3. 40. Sie müßten Ihre etwaige Beschwerde an den Sachverwalter richten. — S. 300. Soweit aus Ihrer Darstellung ersichtlich, ist der Ehe im Recht, da es sich um Arbeiten in der gesetzlich zulässigen Zeit handelt. — S. 100. Ein Darlehen verfährt in 10 Jahren. In welcher Zeit eine andere Forderung verfährt, hängt davon ab, wodurch die Forderung ent-

standen ist. (Kauf, Arbeitsvertrag, Miete, Vollmacht, Auftrag usw.) — Zwei Zirkelstücke 00.00. Wein. Die Polizeibehörde ist zum Erlaß eines Strafgebots befugt. Gegen denselben ist Antrag auf gerichtliche Entscheidung zulässig. — G. S. Reize: Sie müßten unter Vorlegung des Sachverhalts bei der Polizei Erlaß der verhängten Karte beantragen. — G. S. Wein.

Witterungsbericht vom 9. Januar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Temper. in °C	Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Temper. in °C	
Zwinnende.	758	S	2	2	Laparanda	744	NRD	2	bedeckt	-11
Danzburg	759	ED	2	2	Petersburg	740	S	1	Regen	1
Berlin	758	ED	2	2	Cort	738	ED	4	bedeckt	10
Kranf. W.	758	ED	1	1	Fiberdeen	—	—	—	—	—
München	761	ED	3	3	Paris	754	S	1	bedeckt	6
Wien	761	ED	1	1	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Sonntag, den 10. Januar 1903. Mild und vielteilig heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und schwachen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 9. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyperhaus. La Traviata. (Stiletta.) — Janotte.
Schauspielhaus. Das dunkle Thor. Deutsches. Compendial. Berliner. Alt-Helberg.
Nachm. 3 Uhr: Der Strauchwippler. Leistung. Der blinde Passagier. Neues. Jedora.
Reisens. Die beiden Schützen. Thalia. Die bösen Mädchen. Weihen. Der Seitestudent.
Nachm. 3 Uhr: Dorndöschchen. Central. Madame Scherry. Belle Alliance-Theater. Cupido u. Co. Am Telefon.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wagner-Theater.) Der Pfarrer von Kirchfeld.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Jugendfreunde.
Carl Weiss. Die Blüte des Bagno. Nachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe. Luifen. Die Kameliendame. Metropol. Neuestes. Allerneuestes. Buntos Theater. Courtelino-Abend. Kleines. Erdgeist.
Casino. Moderne Frauen. Hippo. Rakris Hochzeit. Palais. Auf hoher See. Trianon. Die Liebeshaule. Reichshallen. Sittimer Sänger. Steidl. Spezialitäten. Hoftheater. Spezialitäten. Hoftheater-Panoptikum. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Urania. Tanten. 18/19.
Zuverlässigkeit 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Central-Theater
Neue. Sonnabend: 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr, halbe Preise, jeder Ermäßigung 1 Kind frei.
Schneeweißchen und Rosenrot. Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Abends 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.

Madame Sherry.
Operette in 3 Akten von Hugo Felly. Sonntag, 11. Januar, nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Die Geisha. Abends 7 1/2 Uhr: Madame Sherry.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Sonnabend und Sonntag:
Die bösen Mädchen.
Montag, den 12. Januar 1903:
Zum 153. Male:
Seine Kleine.
Am 1. Akt: Ein Wintersturm im Grünwald. Am 2. Akt: Gaben Sie nicht den kleinen Kohn geliebt? (mit Guido Thielcher). Am 3. Akt: Lebende Mädchen.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der Verschwander.

Luisen-Theater.
Die Cameliendame.
Anfang 8 Uhr. Vorverf. 10-2. Stoffe. Morgen 3 Uhr zu kleinen Preisen: Der Pfarrer von Kirchfeld. 8 Uhr: Der richtige Schwiegersohn. Vorher: Kurmärker und Picard. Dienstag: Die Cameliendame. Mittwoch: Othello. Donnerstag: Der Pfarrer von Kirchfeld. Freitag: Zum erstenmal: Die Maschinenbauer von Berlin. Sonnabend: Rattenfänger von Hameln. Sonntag 3 Uhr: Die Anne-Lise. 8 Uhr: Die Cameliendame. Montag: Die Cameliendame.

Kleines Theater.
Unter den Linden 41.
Anfang 8 Uhr.
Erdgeist.
Apollo-Theater.
Son 8-9 Uhr:
Die glänzenden Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Nakris Hochzeit.
Ausstattungs-Operette v. Paul Lincke. Kaiser-Gründung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 3 Uhr: Ermäßigte Preise: Frau Luna.

Frau Luna.
Verantwortlicher Redakteur: Carl Weid, in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Göde in Berlin. Druck und Verlag: Bernhards Hofbuchdruckerei und Verlagshaus Paul Engel & Co., Berlin SW.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Weihnachts-Ausstellung
Zauberer Mr. Francois Roberts: „Das Verschwinden einer Dame!“
Kasperle-Theater. Lebende Bilder. Grosses Konzert.

Passage-Theater.
Vorstellung.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochent. 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Die Sensation des Tages:
Augusto
Adamovic
tritt täglich auf:
Nachmittags 7 Uhr.
Abends 10 Uhr.
Willy Prager.
14 neue erstklass. Nummern.

Belle-Alliance-Theater.
Neue u. folgende Tage: Ab. 7 1/2 Uhr.
Cupido & Co.
Schwan mit Gef. u. Tanz in 3 Akten.
Dienstag:
Am Telephon.
Drama in zwei Aufzügen.
Ende 10 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
Täglich:
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes!
Allerneuestes!
Rovus in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schultz.
Gastspiel Julius Spielmann.
Emil Thomas a. G. Henry Bender.
Frid Frid. Flora Siding. Hansl Reichshagen.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Rauchen überall gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.
Direktion: Sigmund Lautenborg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die beiden Schützen.
(Les deux Ecoles.)
Lustspiel in 4 Akten v. M. Capus.
Deutsch von Theodor Wolff.
Morgen und folgende Tage: Die beiden Schützen. Sonntagnachm. 3 Uhr: Sein Doppelgänger.

Buntes Theater
Königsplatz 60. Anfang 8 Uhr.
COURTELINE-ABEND.
Er und Sie. — Monsieur Badin. Theodor sucht Streichhölzer. Tiny Sanders. — Marcell Salzer a. G. Bokken Lassen. — Carla Längen.

Casino-Theater.
Lothringer Strasse 57.
Neu: — Franz Kern. Neu: — Amos — Gretchen Reimann etc. Dazu mit neuer glanz. Ausstattung:
Moderne Frauen.
Großer Vortrags. Belgien. Couplet. Anf. 8. Sonntags 7 1/2 Uhr. Sonntagnachmittags 4 Uhr: Lenore die Grabesbraut. — Dazu sämtliche Spezialitäten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Wolfsrud mit Gesang in 5 Akten von Ludwig Angenbräuer.
Sonntagnachmittags 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Renaissance.
Montagabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Lustspiel in 4 Aufzügen v. Ludw. Juda.
Sonntagnachmittags 3 Uhr:
Heimat.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Montagabend 8 Uhr:
Renaissance.

Cirkus Busch.
Sonnabend, den 10. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Dahomey.
Elefanten im Urwald-See und auf der Flucht. — Seelöwen.
Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung. 10, 25 und 40 Pf.
Robinson Crusoe.
Ein Knabenstück in 8 Bildern von Alex. Dumas.
Abends 8 Uhr:
Die Blüte des Bagno.
Schauspiel in 5 Akten (7 Bildern) nach dem Roman v. Honoré v. G. Gautier. Für das Carl Weiss-Theater eingerichtet und inszeniert von E. Ritterfeld.
Sonntagnachmittags 3 Uhr: Ise Räder. Partell 60 Pf. Abends 8 Uhr: Die Blüte des Bagno.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeshaule.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.
Bernhard Rose-Theater
Bahstr. 58.
Sonntag, den 11. Januar 1903:
Narciss.
Trauerspiel in 5 Akten von H. C. Bradshaw. Anfang 6 1/2 Uhr. Nach der Vorstellung: Tanz.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Hill.
Brunnenstrasse 10.
Heute wegen Privat-Gelächtheit Geschlossen!
Sonntag: Senore oder: Die Grabesbraut.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Palast-Theater
Burgstrasse 22. Früher: Heer-Salut.
Das phänomen. Januar-Programm.
Alles neu! Neu! Alles neu!
8 1/2 Uhr. Reinszeniert: 8 1/2 Uhr.
Auf hoher See.
Lebensbild in Gesang u. Tanz in 3 Akten.
The Atlantics, Kraft-Alt.
Gebr. Bolling, gepulvt. Relange-Alt.
Jonny Manchenez, das med. Belmdr.
The Helsons, eine Scene im Kaffeeh.
Elen Byron, Coudbretten-Diva.
Anfang: Sonnt. 8. Samst. 7 Uhr.
Entrée 50 Pf.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-1 1/2 Uhr.


Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Wochentags:
Entrée frei!
5 Künstler-5 Kapellen.
Special-Ausschank der Berliner Backbrauerei.

Steidl-Theater.
Mittenstrasse 102.
Novität: Familie Humbert
Ultrastandlie von Fritz Steidl und das übrige glänzende Repertoire der Steidl-Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entrée 50 Pf., im Vorverkauf 30 Pf.

Wintergarten.
Vollständig neues Programm:
Tortajada Spanische Tänzerin.
Paul Conchas: „Im Bivouac“.
Morton und Elliott, Excentrics.
Walino und Marinette, Tanzduo.
Thompsons Wunder-Elefanten.
Otto Reutter, Humorist.
Das Bordenary-Trio.
Adrienne Larive, PariserSängerin.
Albertus u. Bartram, Keulen-Jongl.
Ritchie Duo, Bicycle-Künstler.
Die 7 Allisons, Akrobaten.
„Das Mädchen mit dem goldenen Haar“.
Eine Vision.

Pariser Luft. Ballett.
„Die Reise in den Mond“.
Biographische Bilder.
Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandanten-Strasse 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
Januar-Programm
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstags:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Einnachige
Sonntags-Unterführung:
Die Jägerthaler.
Einnachige
Montags-Unterführung:
Die Jägerthaler.
Neu: Geliebte Sensationssparodie: De Luy in de Luyt.

Heidelberger.
Sonntag: 2 grosse Vorstellungen.
Steidl-Theater.
Mittenstrasse 102.
Novität: Familie Humbert
Ultrastandlie von Fritz Steidl und das übrige glänzende Repertoire der Steidl-Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entrée 50 Pf., im Vorverkauf 30 Pf.

Wintergarten.
Vollständig neues Programm:
Tortajada Spanische Tänzerin.
Paul Conchas: „Im Bivouac“.
Morton und Elliott, Excentrics.
Walino und Marinette, Tanzduo.
Thompsons Wunder-Elefanten.
Otto Reutter, Humorist.
Das Bordenary-Trio.
Adrienne Larive, PariserSängerin.
Albertus u. Bartram, Keulen-Jongl.
Ritchie Duo, Bicycle-Künstler.
Die 7 Allisons, Akrobaten.
„Das Mädchen mit dem goldenen Haar“.
Eine Vision.

Pariser Luft. Ballett.
„Die Reise in den Mond“.
Biographische Bilder.
Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandanten-Strasse 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
Januar-Programm
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstags:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Einnachige
Sonntags-Unterführung:
Die Jägerthaler.
Einnachige
Montags-Unterführung:
Die Jägerthaler.
Neu: Geliebte Sensationssparodie: De Luy in de Luyt.

Heidelberger.
Sonntag: 2 grosse Vorstellungen.
Steidl-Theater.
Mittenstrasse 102.
Novität: Familie Humbert
Ultrastandlie von Fritz Steidl und das übrige glänzende Repertoire der Steidl-Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entrée 50 Pf., im Vorverkauf 30 Pf.

Wintergarten.
Vollständig neues Programm:
Tortajada Spanische Tänzerin.
Paul Conchas: „Im Bivouac“.
Morton und Elliott, Excentrics.
Walino und Marinette, Tanzduo.
Thompsons Wunder-Elefanten.
Otto Reutter, Humorist.
Das Bordenary-Trio.
Adrienne Larive, PariserSängerin.
Albertus u. Bartram, Keulen-Jongl.
Ritchie Duo, Bicycle-Künstler.
Die 7 Allisons, Akrobaten.
„Das Mädchen mit dem goldenen Haar“.
Eine Vision.

Pariser Luft. Ballett.
„Die Reise in den Mond“.
Biographische Bilder.
Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandanten-Strasse 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
Januar-Programm
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstags:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Einnachige
Sonntags-Unterführung:
Die Jägerthaler.
Einnachige
Montags-Unterführung:
Die Jägerthaler.
Neu: Geliebte Sensationssparodie: De Luy in de Luyt.

Heidelberger.
Sonntag: 2 grosse Vorstellungen.
Steidl-Theater.
Mittenstrasse 102.
Novität: Familie Humbert
Ultrastandlie von Fritz Steidl und das übrige glänzende Repertoire der Steidl-Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entrée 50 Pf., im Vorverkauf 30 Pf.

Wintergarten.
Vollständig neues Programm:
Tortajada Spanische Tänzerin.
Paul Conchas: „Im Bivouac“.
Morton und Elliott, Excentrics.
Walino und Marinette, Tanzduo.
Thompsons Wunder-Elefanten.
Otto Reutter, Humorist.
Das Bordenary-Trio.
Adrienne Larive, PariserSängerin.
Albertus u. Bartram, Keulen-Jongl.
Ritchie Duo, Bicycle-Künstler.
Die 7 Allisons, Akrobaten.
„Das Mädchen mit dem goldenen Haar“.
Eine Vision.

Pariser Luft. Ballett.
„Die Reise in den Mond“.
Biographische Bilder.
Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommandanten-Strasse 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
Januar-Programm
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstags:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Einnachige
Sonntags-Unterführung:
Die Jägerthaler.
Einnachige
Montags-Unterführung:
Die Jägerthaler.
Neu: Geliebte Sensationssparodie: De Luy in de Luyt.

Heidelberger.
Sonntag: 2 grosse Vorstellungen.
Steidl-Theater.
Mittenstrasse 102.
Novität: Familie Humbert
Ultrastandlie von Fritz Steidl und das übrige glänzende Repertoire der Steidl-Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entrée 50 Pf., im Vorverkauf 30 Pf.

Dankfagung.
Allen lieben Teilnehmern an dem Begräbnis meiner guten Frau und für die zahlreichen Kranzspenden besten Dank, speziell dem „Verein für Frauen und Mädchen der Arbeitelasse“, dem „Verein für Kranken-Unterstützung“, dem „Verein für Frauen und Mädchen“, dem „Damen-Verein „Edel-Ed“, Herrn Balded Kanasse für die freiwilligen Worte, dem Personal des „Sonnabend“ und der Sängern.
Im Namen der Hinterbliebenen
Gustav Niecke als Gatte.

60 000 Gtr. Kohlen
verkauft Josef Fischer billig ab seinen beiden Lagerplätzen Brombergerstr. 19. Hauptgeschäft, Romintenstr. 10. Zweiggeschäft, 100 St. Seifens. Brig. nur 50 Pf. 100 St. Mietenlohn 7. 60. Henkels Werke und Stadtgrube Sentenberg: 2432. 100 St. Mietenlohn 7. nur 70 Pf. 1 St. Bruchlohn nur 65. 1 engl. Anthracit nur 1,75-20.

Königstadt-Casino.
Holzmarkt. 72. Ecke Alexanderstr. Täglich erll. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Sonntag 8, Sonntags 6 Uhr.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Streich-Konzert.
Vodansitz: 15. Januar.
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Köpenick. Köttbuser Korn
alten cusschell 2975.
Aug. Tauchert, Gattwirt. Müggelheimerstr. 1.
Kunststofferei
von 2982.
Fran Kokosky,
Zreinmstr. 48. Luergch. hochpart.
Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für 353/11.
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
12-1, 3, 6-1, 8. Sonnt. 9-11.
Frack-Verleih-Institut,
Friedrichstr. 115 Ia. Oran.
Th. El. Frack Gebroek 1,50. Hose 1,00. West 50 Pf.
Alle Gummiwaren!
Irrigatorhocher . 0,45
do. Umalle u. . 0,65
Trigatoren kompl. 0,90
Gr. Unterlingen, rot,
grau 0,50
Wasserbüch. Oestlich
f. Wöchnerinnen
Pater 1,80
Inhalations-Apparate . . . 1,25
Stechbocken v. 1,80
Damenbinden Ddb. 0,20
Zinnspritzen mit geb. Kolb. . 2,70
Auf Wunsch weibl. Bedienung.
Leisegang, Reinsendborfer-Strasse 56b.

Streich-Konzert.
Vodansitz: 15. Januar.
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Köpenick. Köttbuser Korn
alten cusschell 2975.
Aug. Tauchert, Gattwirt. Müggelheimerstr. 1.
Kunststofferei
von 2982.
Fran Kokosky,
Zreinmstr. 48. Luergch. hochpart.
Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für 353/11.
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
12-1, 3, 6-1, 8. Sonnt. 9-11.
Frack-Verleih-Institut,
Friedrichstr. 115 Ia. Oran.
Th. El. Frack Gebroek 1,50. Hose 1,00. West 50 Pf.
Alle Gummiwaren!
Irrigatorhocher . 0,45
do. Umalle u. . 0,65
Trigatoren kompl. 0,90
Gr. Unterlingen, rot,
grau 0,50
Wasserbüch. Oestlich
f. Wöchnerinnen
Pater 1,80
Inhalations-Apparate . . . 1,25
Stechbocken v. 1,80
Damenbinden Ddb. 0,20
Zinnspritzen mit geb. Kolb. . 2,70
Auf Wunsch weibl. Bedienung.
Leisegang, Reinsendborfer-Strasse 56b.

Köpenick. Köttbuser Korn
alten cusschell 2975.
Aug. Tauchert, Gattwirt. Müggelheimerstr. 1.
Kunststofferei
von 2982.
Fran Kokosky,
Zreinmstr. 48. Luergch. hochpart.
Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für 353/11.
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
12-1, 3, 6-1, 8. Sonnt. 9-11.
Frack-Verleih-Institut,
Friedrichstr. 115 Ia. Oran.
Th. El. Frack Gebroek 1,50. Hose 1,00. West 50 Pf.
Alle Gummiwaren!
Irrigatorhocher . 0,45
do. Umalle u. . 0,65
Trigatoren kompl. 0,90
Gr. Unterlingen, rot,
grau 0,50
Wasserbüch. Oestlich
f. Wöchnerinnen
Pater 1,80
Inhalations-Apparate . . . 1,25
Stechbocken v. 1,80
Damenbinden Ddb. 0,20
Zinnspritzen mit geb. Kolb. . 2,70
Auf Wunsch weibl. Bedienung.
Leisegang, Reinsendborfer-Strasse 56b.

Köpenick. Köttbuser Korn
alten cusschell 2975.
Aug. Tauchert, Gattwirt. Müggelheimerstr. 1.
Kunststofferei
von 2982.
Fran Kokosky,
Zreinmstr. 48. Luergch. hochpart.
Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für 353/11.
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
12-1, 3, 6-1, 8. Sonnt. 9-11.
Frack-Verleih-Institut,
Friedrichstr. 115 Ia. Oran.
Th. El. Frack Gebroek 1,50. Hose 1,00. West 50 Pf.
Alle Gummiwaren!
Irrigatorhocher . 0,45
do. Umalle u. . 0,65
Trigatoren kompl. 0,90
Gr. Unterlingen, rot,
grau 0,50
Wasserbüch. Oestlich
f. Wöchnerinnen
Pater 1,80
Inhalations-Apparate . . . 1,25
Stechbocken v. 1,80
Damenbinden Ddb. 0,20
Zinnspritzen mit geb. Kolb. . 2,70
Auf Wunsch weibl. Bedienung.
Leisegang, Reinsendborfer-Strasse 56b.

Köpenick. Köttbuser Korn
alten cusschell 2975.
Aug. Tauchert, Gattwirt. Müggelheimerstr. 1.
Kunststofferei
von 2982.
Fran Kokosky,
Zreinmstr. 48. Luergch. hochpart.
Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für 353/11.
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
12-1, 3, 6-1, 8. Sonnt. 9-11.
Frack-Verleih-Institut,
Friedrichstr. 115 Ia. Oran.
Th. El. Frack Gebroek 1,50. Hose 1,00. West 50 Pf.
Alle Gummiwaren!
Irrigatorhocher . 0,45
do. Umalle u. . 0,65
Trigatoren kompl. 0,90
Gr. Unterlingen, rot,
grau 0,50
Wasserbüch. Oestlich
f. Wöchnerinnen
Pater 1,80
Inhalations-Apparate . . . 1,25
Stechbocken v. 1,80
Damenbinden Ddb. 0,20
Zinnspritzen mit geb. Kolb. . 2,70
Auf Wunsch weibl. Bedienung.
Leisegang, Reinsendborfer-Strasse 56b.

Köpenick. Köttbuser Korn
alten cusschell 2975.
Aug. Tauchert, Gattwirt. Müggelheimerstr. 1.
Kunststofferei
von 2982.
Fran Kokosky,
Zreinmstr. 48. Luergch. hochpart.
Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für 353/11.
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
12-1, 3, 6-1, 8. Sonnt. 9-11.
Frack-Verleih-Institut,
Friedrichstr. 115 Ia. Oran.
Th. El. Frack Gebroek 1,50. Hose 1,00. West 50 Pf.
Alle Gummiwaren!
Irrigatorhocher . 0,45
do. Umalle u. . 0,65
Trigatoren kompl. 0,90
Gr. Unterlingen, rot,
grau 0,50
Wasserbüch. Oestlich
f. Wöchnerinnen
Pater 1,80
Inhalations-Apparate . . . 1,25
Stechbocken v. 1,80
Damenbinden Ddb. 0,20
Zinnspritzen mit geb. Kolb. . 2,70
Auf Wunsch weibl. Bedienung.
Leisegang, Reinsendborfer-Strasse 56b.

Köpenick. Köttbuser Korn
alten cusschell 2975.
Aug. Tauchert, Gattwirt. Müggelheimerstr. 1.
Kunststofferei
von 2982.
Fran Kokosky,
Zreinmstr. 48. Luergch. hochpart.
Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für 353/11.
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
12-1, 3, 6-1, 8. Sonnt. 9-11.
Frack-Verleih-Institut,
Friedrichstr. 115 Ia. Oran.
Th. El. Frack Gebroek 1,50. Hose 1,00. West 50 Pf.
Alle Gummiwaren!
Irrigatorhocher . 0,45
do. Umalle u. . 0,65
Trigatoren kompl. 0,90
Gr. Unterlingen, rot,
grau 0,50
Wasserbüch. Oestlich
f. Wöchnerinnen
Pater 1,80
Inhalations-Apparate . . . 1,25
Stechbocken v. 1,80
Damenbinden Ddb. 0,20
Zinnspritzen mit geb. Kolb. . 2,70
Auf Wunsch weibl. Bedienung.
Leisegang, Reinsendborfer-Strasse 56b.

Köpenick. Köttbuser Korn
alten cusschell 2975.
Aug. Tauchert, Gattwirt. Müggelheimerstr. 1.
Kunststofferei
von 2982.
Fran Kokosky,
Zreinmstr. 48. Luergch. hochpart.
Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für 353/11.
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
12-1, 3, 6-1, 8. Sonnt. 9-11.
Frack-Verleih-Institut,
Friedrichstr. 115 Ia. Oran.
Th. El. Frack Gebroek 1,50. Hose 1,00. West

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 9. Januar 1903.

Nachtrag zur Silberkaufse. — Die „Kölnische Zeitung“ und der „Wienmarkt“.

Die in manchen Neujaarsartikeln der Finanz- und Handelspresse ausgesprochene Hoffnung, die frohe Unternehmungslust, die in der letzten Woche des alten Jahres der Börse ihr Gepräge aufdrückte, werde auch im beginnenden neuen Jahre andauern, hat recht bald der Enttäuschung weichen müssen.

Die ganzen Vorgänge zeigen deutlich, daß nicht, wie behauptet wurde, die sogenannte günstige Wendung in der Lage der Eisenindustrie, sondern das Interesse der Banken und industriellen Gesellschaften an hohen Jahresabschlussquotierungen die Ursache des Ausstrebens am Schluß des beendeten Jahres gewesen ist.

„Bedenkt man nun, wie gerade das bestehende Börsengesetz in Verbindung mit der hohen Besteuerung der Börsengeschäfte immer wieder in erster Linie für das Daniederliegen des Verkehrs an den deutschen Börsen verantwortlich gemacht worden ist, so könnte die in der letzten Woche des Jahres unverkennbar hervorgetretene optimistische Haltung der Spekulation einigermaßen in Erlaunen setzen.“

Die Tatsache, daß die fünfjährige Spekulation durch ihre Realisationslust selbst zur Wiederabwanderung der Kurse beigetragen hat, schließt natürlich ihre Geneigtheit nicht aus, sobald sich irgend eine günstige Gelegenheit dazu bietet, das Silberkursspiel zu wiederholen.

Das Geschäft ist in den meisten Zweigen unzweifelhaft etwas lebhafter geworden. Eingeleitet wurde die Bewegung durch die sehr billige Preisstellung für Blei- und Stabeisen vor einiger Zeit, was namentlich die Händler zu kräftigem Eingreifen veranlaßte.

Das Geschäft ist in den meisten Zweigen unzweifelhaft etwas lebhafter geworden. Eingeleitet wurde die Bewegung durch die sehr billige Preisstellung für Blei- und Stabeisen vor einiger Zeit, was namentlich die Händler zu kräftigem Eingreifen veranlaßte.

Was den ersten, zuverlässigeren Teil der Auslieferung anbetrifft, so befähigt er nur, was wir schon im letzten Wochenbericht über die Ursache der plötzlich strotzenden Aufträge ausführten, nämlich, daß im Oktober und November die Großhändler, da sie auf baldige Preisnachlässe seitens der Werke rechneten, mit ihren Bestellungen zurückgehalten haben, und daß dann, als die Preisberabredungen erfolgt waren und sich die Ergänzung der Läger als durchaus notwendig erwies, die bisher zurückgehaltenen Aufträge rasch auf einander folgten.

Was aber die „außerordentlich gesteigerte Ausfuhr“ anbelangt, so besteht ihre „Außerordentlichkeit“ nur in der durch allerlei Herzenswünsche erregten Phantasie des Artikelschreibers. Die Ausfuhr des Dezembers hält sich, soweit die bisherigen Berichte erlauben lassen, völlig in den Grenzen der ersten drei Quartale des vergangenen Jahres.

Wie im Reichenjahre 1902 sich der deutsche Außenhandel gestaltet hat, ist nur erst in ungenauen Umrißen erkennbar. Die statistischen Feststellungen für den Monat Dezember sind noch nicht veröffentlicht und die Angaben für die ersten elf Monate, von Januar bis Ende November, bieten nur die Gewichtszahlen, nicht die Wertziffern, da diese bekanntlich vom Statistischen Amt nicht jeden Monat, sondern immer erst am Schluß eines Quartals berechnet werden.

Die Einfuhrenmenge betrug vom Januar bis November:

Table with 2 columns: Year (1902, 1901, 1900, 1899, 1898) and Weight (Mill. Doppelcentner).

Die Wertangaben reichen, wie schon oben erwähnt wurde, nur bis Ende September; sie betragen im Vergleich zu den ersten neun Monaten der vier Vorjahre:

Table with 4 columns: Year, Total weight (Mill. Tonnen), Total value (Mill. Mark), and Value of metals (Mill. Mark).

Darauf könnte es scheinen, als wenn das vergangene Jahr das vorausgegangene überholt hätte; es kommt jedoch beim Vergleich der obigen Ziffern in Betracht, daß die Werte für das letzte Jahr nach den für 1901 festgestellten Einheitspreisen berechnet, diese teils dem aber beträchtlich gefallen sind.

Glücklicher schließt für England das Handelsjahr 1902, da es bei einer Ausfuhr von 283,5 eine Zunahme von 3,5 und bei einer Einfuhr von 528,9 eine Zunahme von 0,9 Millionen Pfund Sterling gegen das Jahr 1901 aufweist.

Im letzten Jahre eine ansehnliche Steigerung erfahren. Für den Dezember fehlt noch der statistische Nachweis; aber bis Ende November belief sich die Einfuhr bereits auf 4003 Millionen Franc gegen 3974 in 1901 und die Ausfuhr auf 3840 gegen 3651 Millionen Franc.

Die in manchen Neujaarsartikeln der Finanz- und Handelspresse ausgesprochene Hoffnung, die frohe Unternehmungslust, die in der letzten Woche des alten Jahres der Börse ihr Gepräge aufdrückte, werde auch im beginnenden neuen Jahre andauern, hat recht bald der Enttäuschung weichen müssen.

Table with 3 columns: Year (1900, 1901, 1902) and Value (Mill. Rubel) for Export, Import, and Total turnover.

Demnach beruht die Zunahme des Gesamtumsatzes ausschließlich auf der verstärkten Ausfuhr; im Vergleich zu 1901 hat letztere um 11,3 Proz. zugenommen, während die Einfuhr in derselben Zeit um 2,9 Proz. abgenommen hat und der Gesamtumsatz um 5,5 Proz. gestiegen ist.

Table with 3 columns: Year (1900, 1901, 1902) and Value (Mill. Rubel) for Foodstuffs, Raw materials, and Manufactures.

Nach den Lehren des Merkantilismus müßte Rußland im letzten Jahr einen bedeutenden weiteren Fortschritt auf dem Wege zur Wehrung seines nationalen Reichthums gemacht haben, denn seine ohnehin stark aktive Handelsbilanz hat dadurch nach merkantilistischen Begriffen noch mehr gewonnen, daß seine Einfuhr wiederum um 12 Millionen Rubel abgenommen, während zugleich seine Ausfuhr um 60 Millionen Rubel gestiegen ist.

Die russische Bevölkerung mit solchen Erzeugnissen reichlich versorgt ist, oder daß die russische einheimische Industrie sie selbst in genügender Masse produziert, so dürfte die Verschiebung der russischen Handelsbilanz nichts anderes besagen, als daß nicht nur auf Kosten der Ernährung der unteren Volksschichten der einheimischen Konsum an Ackerbau-Produkten und tierischen Erzeugnissen abgenommen, sondern zugleich auch die Kaufkraft Rußlands für ausländische Industrie-Erzeugnisse nachgelassen hat.

Briefkasten der Redaktion.

H. P. Greier Nr. 51. 1. Ja. 2. In Ihrem Bohnorte, 3. Ja. 4. Ein merkantilischer Dollar oder Peso mit 4 Mark 25 Pfennig. Wenn Sie noch so unbeschäftigt sind, daß Sie zur Ermittlung des Wertes eines merkantilischen Dollars von London nach Berlin schreiben müssen, haben Sie gut, bevor Sie weiterreisen, erheblich mehr zu lernen.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. BERLIN O. Frankfurter Allee 89.

Voranzeige!

Inventur-Ausverkauf

in allen Abteilungen zu bedeutend ermäßigten Preisen

von Montag, den 12. Januar a. e. bis Montag, den 19. Januar.

Bitte das Inserat in der Sonntags-Nummer zu beachten.

